

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumeration: Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Belegungs-Liste für 1900 unter Nr. 7971. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechspaltige Kolonne oder deren Raum 40 Pf., für vollstehende und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.
 Anzeigenschein: Amt 1, Nr. 1508, Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 23. März 1900.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Unsere Postabonnenten wollen umgehend das Abonnement erneuern, damit in der Zustellung keine Unterbrechung eintritt.

Das Ende des Bergarbeiterstreiks.

—st— Wien, 21. März.

Der gewaltige Ausbruch der österreichischen Bergarbeiter neigt sich seinem Ende zu. In den Braunkohlenrevieren in West- und Nordwestböhmen haben die Arbeiter die Arbeit bereits aufgenommen und in Mährisch-Osttrau wird nach der Auflösung des Streikkomitees, die gestern erfolgte, der Streik trotz des Widerstands der radikalen Elemente bald beendet sein. Nur in Kladsno ist auch nicht das leiseste Anzeichen einer Keckung wahrzunehmen. Dort steht noch immer mehr als drei Viertel der Arbeiterschaft im Streik; trotz der langen Dauer des Ausstands ist es da auch nicht zu den geringsten Verhandlungen gekommen. Die Proben von der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft haben das Begehren, mit den Arbeitern in Verhandlungen zu treten, bis jetzt konsequent abgewiesen; sie wollen sogar den Ausstand zu einem schmutzigen Raubzuge auf die Bruderlade anknüpfen, indem sie die streikenden Arbeiter als „entlassen“ und somit ihrer Rechte auf die Bruderlade für verlustig erklären! Herr v. Körber ist zwar durch eine feierliche Resolution des Abgeordnetenhauses zur Intervention extra aufgefodert worden, aber die schwache, jedes Selbstvertrauens beraubte Regierung hat gegenüber den Gewerkschaften verloren, so daß die meisten der Kohlenbarone die völlige Unterwerfung der Arbeiter zu fordern sich vermaßen. Der Plan der Herren von Kladsno wird aber daran scheitern, daß mit dem Aufhören des Streiks in den anderen Revieren die gesamte Kraft auf diesem Punkt konzentriert werden wird, so daß es wohl noch gelingen wird, den frevelhaften Hochmut der Ausbeuter von Kladsno zu beugen.

Die Beendigung dieses für Oesterreich größten, durch seinen Umfang wie durch seine lange Dauer gleichermäßen hervorragenden Lohnkampfes vollzieht sich zwar ohne jedes dramatische Pathos, aber der ungeordnete Abbruch kann die Empfindung nicht verklämmern, daß der Streik mit einem sicheren Erfolg der Arbeiterschaft abschließt. Den Kern des Streiks bildete die Forderung nach Einführung der Achtstundenschicht, und hier ist es gelungen, einen gewichtigen Fortschritt zu erreichen. Welcher Unterschied zwischen der lächerlich verschwommenen „Erklärung“, die Herr v. Körber am 6. Februar vor dem Einigungsamt in Zeichen abgeben ließ, und dem Geheul der socialpolitischen Ausschüsse! Damals meinte die Regierung die Arbeiter mit der vagen Begrüstung abspießen zu können, daß sie im März eine Kommission einsetzen werde, „mit der Aufgabe, die Bedingungen festzustellen, unter denen die Erhebungen gepflogen werden sollen, um ein Gesetz über die Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau vorzubereiten“. Wenn nun heute ein Gesetz entworfen vorliegt, der trotz aller Klauseln und Vorbehalte dennoch die Aachstundenschicht principieell festlegt, und wenn die fast sichere Gewissheit vorliegt, daß dieser Entwurf im Mai Gesetz werden wird, so ist dieser große Fortschritt lediglich der Standhaftigkeit der kämpfenden Arbeiter zu danken. Statt eines nebelhaften Versprechens liegt nun ein geschlossener Geheulwurf vor, und nie wäre es gelungen, den Stumpfhirn der parlamentarischen Koterien zu überwinden, wenn die Festigkeit der Streikenden das Parlament nicht vorwärts gepeitscht hätte. Es ist menschlich ganz begreiflich, daß ein Gefühl des Unmuts nicht abzuwehren ist, wenn die Arbeiter nach wochenlangen Kämpfen wieder in die Grube zurückkehren, der unmittelbare Erfolg ihrem Kampfe aber fehlen bleibt. Aber es wäre democh unverständlich, sich der Erkenntnis zu verschließen, daß mehr als jeher Referentenentwurf des socialpolitischen Ausschusses eben nicht zu erreichen war. So wirksam kann die Macht der Bergarbeiter wohl nie werden, um heute die Rothschild, Guttmann, den Erzherzog Friedrich oder die in ihrem Zeit ersinkende Prager Eisenindustrie-Gesellschaft wirtschaftlich auszulungern. Sie war aber groß genug, um das so verrottete österreichische Abgeordnetenhause zu einem gesetzgeberischen Akte für die Arbeiter anzutreiben, und wenn auch ein unmittelbarer Erfolg des Streiks größere Bemühungen hervorgerufen hätte, so ist jene Wirkung vielleicht noch wertvoller, denn sie zeigt uns den wachsenden Einfluß der von der Socialdemokratie geleiteten Arbeiterklasse auf die öffentliche Meinung.

Die Arbeiter haben wohl auf keinem Punkt einen vollen Erfolg errungen, aber jede ihrer Forderungen hat ein gewisses Zugeständnis, eine wenigstens teilweise Befriedigung erlangt. Was sich als Summe der erreichten Konzessionen darstellt, ist eine unabweisliche Verbesserung der traurigen Lage der österreichischen Bergarbeiterschaft. Nicht nur in materieller Hinsicht — obwohl die betreffenden Zugeständnisse der Gewerkschaften oft sehr bedeutend sind —, noch weit mehr fällt die moralische Eroberung ins Gewicht, die in ihrem Arbeitsergebnisse den Arbeitern der Streik bringt. Wenn man an den Streik im Jahre 1896 zurückdenkt, wo die Unternehmer mit den Arbeitern überhaupt nicht verhandelt haben, weil sie mit dem „Arbeitsbuch“ nicht an einem Tisch sitzen wollten, oder wenn man sich gar der früheren Zustände erinnert, die von der Staatsgewalt einfach mit Unterdrücken „erledigt“ worden sind; dann erinnert man den enormen Fortschritt, den die österreichische Arbeiterschaft binnen einem Jahrzehnt errungen hat! Wenn sich's früher unter den Bergarbeitern rührte, kamen sofort die

Bajonette in Bewegung; die Streikenden wurden wie Barbaren behandelt, die in die Grube unter allen Umständen zurückzutreiben ein Gebot staatlicher Ordnung sei. Welch eine gewaltige Aenderung hat sich da vollzogen! Die Regierung hat ins Streikrevier Specialgesandte geschickt, die zu Einschüchterungen so bereiten politischen Behörden hat man gründlich Mores gelehrt, das Parlament wurde zur Intervention getrieben, die Sympathien der gesamten unbefangenen Meinung standen auf Seite der Streikenden. Der misachtete, unwissende und von der Welt abgetrennte Arbeiter wurde eine Macht, die sich überall Achtung und Respekt erzwingt! Diese Wendung, die auf das unmittelbare Verhältnis zwischen den Bergarbeitern und ihren Ausbeutern zurückwirken muß und einwirken wird, ist vornehmlich der Energie der stets kampfbereiten und von keiner Rücksicht angeleiteten österreichischen Socialdemokratie zu verdanken. Was wir auf politischem Gebiet wahrnehmen: daß die socialdemokratische Fraktion auf die Gestaltungen im Parlament einen zu ihrer Größe ganz unverhältnismäßigen Einfluß hat, das wirkt auch auf die gewerkschaftlichen Kämpfe zurück und führt ihnen die ganze politische Macht der österreichischen Arbeiterschaft zu.

Freilich, einer Organisation kann keine gewerkschaftliche Bewegung auf die Dauer entzogen, wenn nicht schwere und unheilvolle Schädigungen eintreten sollen. Gewisse Erscheinungen, namentlich in Mährisch-Osttrau, wären nicht möglich, wenn die Arbeiterschaft durch den entsehligen Druck, unter dem sie ihr Leben verbringt, von der Erkenntnis der ökonomischen Zusammenhänge nicht vollständig abgeschnitten wäre. Es liegt natürlich außerhalb jeder Möglichkeit, eine Organisation aus der Erde zu stampfen, und so haben die nach Ausbruch des Krieges von den Socialdemokraten nordwärts errichteten Versuchungen nicht bis zum Schluß vorgehalten. Eine Organisation ist die Frucht menschlicher, langwieriger und namentlich rastloser Arbeit, und bevor die verletzten, von den Gewerkschaften abhelfend in Verzweiflung und Unwissenheit gehaltenen Ostrauer Arbeiter eine Gewerkschaft bilden werden, wird noch viel Arbeit und Mühe geihan werden müssen. Aber die Erkenntnis, das Begehren der socialen Erscheinungen ihnen beizubringen, ist immerhin möglich, und die Verbesserung ihrer materiellen Lage wird es noch möglicher machen. Diese armen Arbeiter werden von den Gewerkschaften seit jeher betrogen, jeder einzelne fühlt sich immer überbeutelt und gegen das Reich von Visten, das ihn umgibt, ohnmächtig. Was Wunder, daß er den Glauben an Treu und Redlichkeit verloren hat und selbst bei denen, die gekommen sind, ihm zu helfen, immer „Verrat“ wittert! Hier sind „die Laster der Unterdrückten“ nur die traurige Folge des ökonomischen Elends und nur mit der Besserung der wirtschaftlichen Lage wird das Licht der Erkenntnis auch in die düstern Höhlen dringen, in denen die Bergarbeiter ihr trauriges Leben verbringen. Doch es ein gesunder, kräftiger und dem Fortschritt zugänglicher Menschenschlag ist, das hat der bewunderungswürdige Verlauf des grandiosen Kampfs überzeugend vollbracht. Das Aufwärtstreben einer Arbeiterschaft vollzieht sich immer und überall unter schweren Kämpfen; ein Schritt und wahrlich kein kleiner für die österreichische Bergarbeiterschaft war dieser Streik, der bei den Entbeeren der Gesellschaft so viel Opfermut und Hingebung, so viel ethische Kraft und sittlichen Geldemut gezeitigt hat!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. März.

Der Reichstag

Ist heute mit der Aufarbeitung der Reste fertig geworden und hat die zweite Lesung des Etats beendet, doch nicht, ohne daß es noch einige recht lebhaft Erörterungen gab.

Die Regierung hatte beantragt, die Ueberschüsse der Reichseinnahmen zur Verstärkung der Betriebsmittel der Reichskasse zu verwenden; die Kommission dagegen will sie zur Schuldentilgung verwandt wissen. Die Diskussion über diesen Punkt war insofern bedeutungsvoll, als die Rechte sich mit Händen und Füßen gegen den Gedanken sträubte, dem Zustande ein Ende zu machen, daß die Berufsgenossenschaften, also Unternehmerorganisationen, zinslosen Vorschuh von der Reichspost empfangen. Hauptwortführer der Unternehmerschaft war Herr v. Kardorff, der von Singer die gebührende Abfertigung erhielt.

Die Uebersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Rechnungsjahrs 1898 wurde auf Antrag Singer an die Rechnungscommission zurückverwiesen. Genosse Singer hob hervor, daß die Palästina-reise des Kaisers, an der der Staatssekretär des Auswärtigen Amts teilgenommen hat, zu einer Etatsüberschreitung seitens des genannten Amtes geführt habe, über die keine genügende Aufklärung gegeben sei. Für den Antrag auf Rückverweisung an die Kommission erhoben sich Socialdemokraten, Freisinnige und ein Teil des Centrums; da die Rechte außerordentlich schwach besetzt war, so war damit der Antrag angenommen.

Nunmehr schritt das Haus zur zweiten Beratung des Gesetzes über die Patentanwälte. Zu § 1 lag ein Antrag von unsrer Seite vor, der die Errichtung einer Patentanwalts-Kammer fordert. Genosse Heine begründete den Antrag mit der Notwendigkeit, die bureaukratische Bevormundung der Patentanwälte zu verhindern, die sonst unsehbar eintreten werde. Die Freisinnigen Träger, Hoffmeister, Schrader stimmten zu; die Redner der andern Parteien, sowie die Vertreter

der Regierung, wußten keine sachlichen Gründe gegen den Antrag vorzubringen, dessen Tendenz Herr Dr. Hertel zum Beispiel ausdrücklich billigte; sie behielten sich, um ihre ablehnende Abstimmung notdürftig zu motivieren, mit allgemeinen Redensarten, wie, daß die Zeit noch nicht gekommen sei, daß die Patentanwälte noch kein „Stand seien“, daß sie, „wie man sich am Bundesratsstische geschmackvoll ausdrückte, eine „gemischte Gesellschaft“ darstellen usw. Den Diktaten der Regierung gehorsam folgend, stimmten Konservative, Centrum und Nationalliberale den Antrag Heine nieder.

§ 2 des Gesetzes regelt die Eintragung in die Listen der Patentanwälte. Unsrer Partei beantragte die Hinzufügung eines Satzes, der ausdrücklich bestimmen soll, daß politische, wissenschaftliche, religiöse und künstlerische Handlungen und Anschauungen, keinen Grund zur Verweigerung der Eintragung bilden soll. Die Antise miten dagegen beantragten einen Zusatz, wonach nur Inländer als Patentanwälte zugelassen werden sollen. Ueber den antisemitischen Antrag, der mit großer Mehrheit abgelehnt wurde, ward nur ganz nebenher verhandelt, während unser Änderungsantrag zu einer ausgedehnten Debatte Anlaß gab. Heine und Singer wiesen auf die fortgesetzten Maßregelungen von Beamten wegen ihrer politischen Gesinnung hin; die Fälle Stadthagen, Kagenstein, Arons und Delbrück, die Maßregelung der kanalgegnerischen Landräte spielten eine große Rolle in der Erörterung; auch Mirbachs Staatsstreich-Reden und v. Boguslawskys Staatsstreich-Proschüren fanden die gebührende Beleuchtung. Auf Seiten der Rechten that sich als Hauptkämpfer Herr Dr. Hertel, lyrischer Dichter im Nebenamt hervor; seine persönlichen Kurenpeleien prallten an Heines vornehmer Ruhe wirkungslos ab.

Staatssekretär Graf Posadowsky setzte die harmloseste Miene auf; bestritt die Absicht, oppositionelle Patentanwälte maßregeln zu wollen; in seltsamem Widerspruch zu dieser tröstlichen Versicherung stand der Feuerreifer, den er gegen unsren Antrag an den Tag legte. Nebenher ließ er eine Vorlesung gegen den Ton in politischen Kämpfen einfließen, die sich hoffentlich die im Saale und auf den Tribünen anwesenden Redacteure, Hintermänner und Mitarbeiter der „Staatsbürger“, der „Deutschen“, der „Deutschen Tages“, und der „Kreuzzeitung“ hinter Ohr geschrieben haben. — Die Debatte endete mit der Annahme eines Centrumsantrags, der mit dem unsern fast gleichlautend ist, nur, daß das Wortchen „künstlerische“ in ihm fehlt. — Ohne erhebliche Diskussion wurde der Rest des Gesetzes erledigt. Die dritte Lesung soll morgen vorgenommen werden; ferner steht die dritte Beratung des Gesetzes über die Entziehung elektrischer Arbeit auf der Tagesordnung.

Das preussische Abgeordnetenhause

Stimmte am Donnerstag in dritter Beratung den Entwürfen über die Aenderung der Grenzen der Stadtkreise Posen und Halle debattelos zu. Dann wurden Petitionen erledigt. Die Mehrzahl war rein persönlicher Natur. Am längsten hielt die Petition einiger Landgerichtsräte aus Allenstein auf, die ihre Veretzung in den Ruhestand und die Gewährung der Wohlthaten der mit Rücksicht auf das Zukunftsreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs getroffenen Bestimmungen vom 18. Juli 1899 an alle über 65 Jahre alten Richter wünschten. Der Justizminister Schöndert drückte seine Bewunderung über diese Petition aus und sagte es dem Hause ins Gesicht, daß er es im Interesse des Ansehens des Beamtenstandes nicht für richtig halte, wenn höhere Beamte an den Landtag petitionierten. Das Haus ließ sich das ruhig sagen. Der Petition wurde übrigens keine Folge gegeben, sie wurde gegen den Widerspruch einiger Centrumsabgeordneter durch Uebergang zur Tagesordnung beseitigt. Nur Civilrichtern und nicht Strafrichtern ist die Wohlthat der frühzeitigen Pensionierung und zwar auch nur bis zum 1. Januar d. J. eingeräumt worden. — Eine Petition des Berliner Frauenvereins auf Zulassung der Frauen zum Universitätsstudium wurde verlegt, da Herr Richter, der sich der Petition gerne annehmen wollte, erkrankt ist. — Am Freitag steht die Regulierung der schlesischen Gebirgsflüsse auf der Tagesordnung.

Krisen-Furcht.

Einen „Mahnruf an die Industriellen Deutschlands“ entsendet die Norddeutsche Allgemeine Zeitung. Haltet Maß! ruft das offiziöse Blatt den Industriekreisen zu, wenn nicht ein Rückschlag der wirtschaftlichen Prosperitätsperiode ein Ende mit Schrecken bereiten soll.

Schon seit längerer Zeit mahnen die großkapitalistischen Zeitungen vor übermäßigen Preistreibern; auch wir wiesen wiederholt auf allerlei Anzeichen einer sich allmählich entwickelnden wirtschaftlichen Krisengefahr hin. Es ist höchst auffällig, daß jetzt das Regierungsorgan entgegen bisherigen Gepflogenheiten die Stimme des Warners vor wirtschaftlicher Gefahrenbildung erhebt. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ sagt u. a.:

„Vorau lag es, daß die früheren Perioden wirtschaftlichen Aufschwungs ein so schnelles Ende nahmen? Wesentlich an der ungelunden Preis- und Kurstreiberi jeder Zeiten. Die große Nachfrage nach Rohstoffen, insbesondere Kohlen und Eisen, verführte die Produzenten zu einer mißbräuchlichen Ausnutzung der dadurch entstandenen Notlage und rief alle andern Industrien mit in diesen Strudel hinein, so daß das Ende nur ein großer Zusammen-

bruch sein konnte. In den damaligen kritischen Zeiten fehlte es an der Erfahrung und guten Führung; allgemein galt die Lösung des Zugreiffens.

Wir stehen jetzt wieder an einem solchen kritischen Wendepunkt. Ueber alles Erwarten glänzend hat sich die industrielle Entwicklung in Deutschland gestaltet. Trotz der fortgesetzten steigenden Kohlen- und Eisenproduktion kann die Nachfrage doch nicht befriedigt werden. Im Gegenteil: je mehr auf diesen Gebieten geschafft wird, desto größer wird die Nachfrage. Wie der Eisenbahnminister jüngst im Landtag ausgesprochen hat, und auch wir annehmen, werden sich diese Verhältnisse noch weiter verschärfen. Mit der Vermehrung der Nachfrage wächst aber auch die Gefahr, daß die Produzenten ihre Preise ins Ungemeinere steigern, und dann sind wir wieder an der Klippe angelangt, die für Produzenten wie Konsumenten gleich verberblich ist.

Sollte die weitere Entwicklung der Dinge auf diesen tragischen Ausgang hinführen, dann würden die Schäden diesmal schwerer sein denn je.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schildert alsdann die Gefahren, welche besonders dem Staat, dem größten Betriebs-Unternehmer, aus einem Zusammenschmelzen des Eisenbahnverkehrs erwachsen würden. Herr Riquel hat offenbar starke Besorgnis für seine größtenteils auf unsichere Einnahmen aufbauende Finanzwirtschaft. Ob nicht auch die Besorgnis mitspielt, daß die Frage der Kostendeckung für die große Flotte ungeheurer erschwert werden wird, wenn die nächste Vierteljahrs-Abrechnung der Staats- und Reichs-Einnahmen sich noch weit ungünstiger gestalten wird als die Abrechnungen der vorherigen Quartale, die bereits recht bedenklich und zwar in einem von Quartal zu Quartal zunehmendem Maße bedenklich waren?

Um die Gefahr einer Krise abzuwenden, giebt es, so fährt das offiziöse Organ fort, zur Zeit nur ein Mittel, das ist Mahhalten auf allen wirtschaftlichen Gebieten. Noch ist es Zeit! Es ist daher die erste Pflicht aller Beteiligten, gemeinsam dieses Lösungswort auszugeben. Die „Norddeutsche“ stimmt weiter ein Loblied auf die Syndikate an: „Ganz zweifellos befänden wir uns jetzt schon wieder in der Gewitterschwüle wilder fieberhafter Ueberproduktion und Ueberproduktion, wenn den Industrien in ihren Syndikaten nicht eine gute Führung zur Seite stände.“ Dagegen seien die Zwischenhändler anzuklagen, welche „keine Grenze in der Preisstellung“ kennen. „Ihnen gegenüber werden in erster Linie die Syndikate selbst strenge Maßregeln ergreifen und bei Abgabe von Kohlen geeignete Bedingungen zum Schutz gegen Ueberborteilung des Publikums stellen müssen. Wir glauben, daß bei zielbewußtem Vorgehen hier viel zu erreichen ist.“

Der Alarmartikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ schließt mit nochmaliger eindringlicher Mahnung an die industriellen und kommerziellen Kreise, mächtig zu sein, auf daß nicht dem starken Kaufs ein starker Verkauf folge.

Wenn die Befürchtungen der „Nordd. Allg. Ztg.“ berechtigt sind, so dürften die Mahngelbungen kaum großen Erfolg haben, denn sie sollen auf den unfruchtbaren Boden der kapitalistischen Planlosigkeit. Die „Lösung des Zugreiffens“, von der das Regierungsorgan spricht, galt nicht nur in früheren kritischen Zeiten, sondern ist die Lösung des Kapitalismus überhaupt, der auf dem wirtschaftlichen Grundsatz beruht, daß jeder sehe, wie er es treibe, jeder nur seinem persönlichen Vorteil in wilder Hast nachjage, unbekümmert um das Gemeinwohl.

Charakteristisch ist die heilsame Rolle, die das Regierungsblatt den Syndikaten zuweist, in denen gerade eine erste Ueberwindung des individualistischen Wirtschaftsprincips, wenn auch noch nicht in einer wahrhaft gemeinnützigen Gestalt, herbricht. Und gegen dasselbe preissteigernde Zwischenhändlerium, das die preussische Regierung auf anderen Wirtschaftsgebieten durch kümmerliche Warenhaus-Gesetze künstlich schützen will, wird Anklage erhoben, weil es die Warenpreise übermäßig emporkreibe. Das Regierungsorgan muß also notgedrungen anerkennen, daß diejenigen Wirtschaftsbildungen, in welchen eine planmäßige Regelung der Produktion sich zeigt, krisenhemmend wirken, während die wirtschaftliche Form des ungeordneten, jeder höheren Kontrolle ermangelnden Zwischenhandels die Krise verursacht und ihr Hereinbrechen fördert. So weit die „Nordd. Allg. Ztg.“ in ihren Bemerkungen auch noch von einer durchbildeten sozialistischen Erkenntnis entfernt ist, es freut uns, die ersten Keime solcher Erkenntnis in ihr spritzen zu sehen. Vielleicht lernt sie mit der Zeit noch verstehen, daß wirtschaftliche Krisen nicht durch Mahngelbungen an die Kapitalisten, sondern nur durch organisatorische Regelung von Gütererzeugung und Gütervermittlung beseitigt werden können.

Deutsches Reich.

Konservativer Fleischschau-Gaber.

In Sachen des Fleischschau-Gesetzes wird hinter den Coulissen nicht nur anscheinend eifrig gehandelt, sondern die Agrarier scheinen auch einzusehen, daß ihnen vorläufig nichts weiter übrig bleibt, als etwas einzulassen. Auseinandersetzungen, welche Mittwoch in der Plenarsitzung der Landwirtschaftskammer für die Provinz Ostpreußen stattfanden, lassen das erkennen.

Auf der Tagesordnung stand ein Referat des Grafen Lindowström über das Fleischschau-Gesetz. Nach Eröffnung der Sitzung teilte der Vorsitzende mit, daß der Vorstand beschlossen habe, im Einverständnis mit dem Minister und den Abgeordneten der Provinz, das Referat von der Tagesordnung abzugeben.

Graf Kanitz stellte die Frage, welche Gründe den Vorstand zur Absetzung des Referats veranlaßt hätten. Graf Lindowström antwortete, daß der gegenwärtige Stand der Angelegenheit so distinkter Natur sei, daß es sich nicht empfehle, dieselben zur Zeit in der Öffentlichkeit zu verhandeln. Graf Kanitz widersprach dem und erklärte des Weiteren, daß die konservative Partei am letzten Donnerstag in ihrer Fraktionsitzung mit allen gegen eine Stimme beschlossen habe, an dem Verbot der Einfuhr von Pöfelsfleisch festzuhalten. Graf Lindowström bestritt, daß dieser Beschluß mit allen gegen eine Stimme gefaßt sei. Die Partei werde sich vielmehr mit dieser Frage noch eingehender zu beschäftigen haben.

Die Beratung der Flottenvorlage soll nun doch, da Abg. Müller-Zulda wieder gesund ist, am Dienstag in der Budgetkommission begonnen werden. Doch werden die Beratungen jedenfalls nach einigen Tagen abgebrochen werden, da die Kommission nicht länger tagen soll als das Plenum.

Unmündige Flottenschwärmer. Die Flottenpresse verbreitet gegenwärtig Petitionsbogen zur Forderung der jaht eingeschlafenen Marine-Agitation. Sie scheint aber damit able Erfahrungen zu machen. Benignus erklärten die Berliner Reuesten Nachr. „Scraps“, daß die Unterzeichnung nur seitens solcher Persönlichkeiten erwünscht ist, denen das aktive Reichswahlrecht zusteht. Dazu ge-

hören die Herren aktiven Offiziere, die Damen und Gymnastiken, auch der Oberlassen, nicht.“

Eine Nummer später aber sah das Krupp'sche Blatt ein, daß es mit dieser offenkundigen Witterung eine Dummheit begangen und nun flunkerte es, daß die Beteiligung an den Unterschriften „tief in die ländlichen und die Arbeiterkreise“ hineinreichte.

Damit übertraf das Blatt noch seine erste Dummheit; denn jedermann weiß, daß die „Verl. Neuesten Nachr.“ weder in ländlichen noch in Arbeiterkreisen gelesen werden. Allerdings hat Schweiburg in seinen Wetteilbriefen es wiederholt den Unternehmern ans Herz gelegt, für ihre Beamten und Arbeiter Exemplare des Blattes zu abonnieren, und es ist schon möglich, daß einer oder der andere Industrielle „seine“ Arbeiter hat unterschreiben lassen. Jedoch wäre in diesem Fall das winzige Ergebnis unverkündbar: 389 Listen mit 1819 Unterschriften. Der eine Krupp beschäftigt ja fast 45 000 Arbeiter und Beamte.

Wetterliche Betrachtungen stellt neuerdings die ministerielle „Verl. Korresp.“ über die Protestbewegung gegen die lex Heinze an. Sie wiederholt ihre jammernde Mahnung, daß diejenigen Protestierenden, welche sich von dem politischen Parteitreiben gefesselt ferngehalten haben, Gefahr laufen, bei der Geldentwertung ihrer sachlichen Bedenken gegen die lex Heinze in das Kielwasser der radikalen Opposition zu geraten.

Die Künstler und Gelehrten können sich füglich diese Gouvernanten-Armahme des ministeriellen Organs verbitten, das sich wegen der Sympathien ängstigt, die sich die Socialdemokratie durch ihren lex Heinze-Bildung liberal erworben. Das „Kielwasser“ schreckt nicht, in dem überdies auch die Regierung schon geschwommen hat; in Sachen des Fleischschau-Gesetzes war die Socialdemokratie die einzige Regierungspartei.

Die Leda mit der Tunika. Der Abg. Müller-Meinungen erwähnte bei den lex Heinze-Debatten, daß sich eine Leda mit dem Schwane, die Herrn Lorenz Schwanefeld so besonders stark verlegt hat, auch auf einem Thorflügel der Peterskirche zu Rom befindet.

Trümpfend stellt jetzt die „Köln. Volksztg.“ fest, daß tatsächlich zwar eine Leda mit dem Schwane spielend dargestellt sei. Aber die Figur ist mit einer Art Tunika bekleidet, die bis zum Halse vollständig geschlossen ist.

Also nur das Nackte wäre für das katholische Blatt anstößig! Sonst erscheint das heidnische „Spiel“, das, wie bekannt, trotz der Tunika nicht ohne Folgen blieb, dem fromm-katholischen Organ auch auf Kirchentüren einwandfrei. Um so schlimmer!

Aber sollte die „Köln. Volksztg.“ nicht das Opfer eines Schwärzboldes geworden sein, der das Blatt für seinen Konfessions-Zanandus strafen wollte?

Herr Bören geht nicht nach München zur Abhaltung einer lex Heinze-Versammlung, die er zugelegt hatte. Die Beratung des Flottengesetzes in der Budgetkommission bietet ihm eine bequeme Ausrede, um der Fahrt in die bayrische Amststadt zu entgehen. An der Versammlung hätte er sicherlich keine Freude erlebt.

Bürgermeisteramtliche Flottenagitation. Aus Elsfeld-Lothringen schreibt man uns: In dem Städtchen Wesselnheim erhielt vor kurzem der Bürgermeister Robinet auf amtlichem Wege die folgende Einladung an die Einwohner:

„Ich beehre mich, Ihnen die Anzeige zu machen, daß am Sonntag, den 11. März, nachmittags 3 Uhr, in der Wirtschaft „Zum Stern“ Herr Dr. Oberwinder aus Berlin einen Vortrag über das Thema „Arbeiter und Flotte“ halten wird, zu dem ich Sie ergebenst einlade. Fabrikbesitzer bitte ich höflichst, ihren Arbeitern davon Kenntnis zu geben und beifolgende Einladungen in den Arbeitsräumen anzuschlagen zu lassen.“

Der Erfolg der bürgermeisteramtlichen Fabrikpropaganda blieb freilich aus. Denn unter den etwa 60 zum Oberwinder'schen Flottensermom Erschienenen war nicht ein einziger Arbeiter.

Konferenz von Fabrikinspektoren. Unter dem Vorsitz des Handelsministers Vredel tagt gegenwärtig in Berlin eine Konferenz der preussischen Regierungs- und Gewerbeämter. Diese seit drei Tage berechnete Konferenz hat seit dem Jahre 1804 alljährlich stattgefunden und wurde am Donnerstag früh durch den Minister eröffnet.

Kreuzzeitungs-Gesamter. Nachträglich lud die „Kreuz-Ztg.“ die Verhandlungen der Gewerbe-Ordnungs-Kommission des Reichstags vom 14. d. M. in demagogischer Weise gegen unsre Partei anzuschlagen. Sie verneigt Wahres mit Falschem, bezw. verschweigt Vorgänge, um die Haltung der socialdemokratischen Mitglieder der Kommission verdächtigen zu können, dieselben hätten mit ihrer Taktik und Abstimmung gegen die Interessen der Arbeiterklasse gehandelt.

Demgegenüber stellen wir folgendes fest: Die noch vor der vorjährigen Verlegung des Reichstags auf 28 Mitglieder verstärkte Gewerbe-Ordnungs-Kommission, deren Vorsitzender der Vicepräsident des Reichstags Herr v. Frege ist, war die Vorbereitungs der Art. 46 „Arbeitskammer“, Nr. 61 „Reichsarbeitsamt“, Nr. 144, betreffend a) Vertretung der Arbeiter, b) Arbeitslosen-Unterstützung, Abgabe von Gutachten und Ausbau der im Gewerbegerichts-Gesetz vorgesehenen Einigungsämter bei Streitigkeiten zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitern; und endlich Nr. 107, die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine betreffend, übertrug.

Am 14. November v. J. hat der Reichstag seine Verhandlungen wieder aufgenommen. Bis zum 14. März d. J., also während voller vier Monate ist es weder Herrn v. Frege eingeleitet, die Kommission zur Förderung der ihr übertragenen Arbeiten einzuberufen, noch haben die Mehrheitsparteien ein Bedürfnis zur Berücksichtigung der Beratungen belundet. Die socialdemokratische Fraktion war um deswillen an einer Beschleunigung uninteressiert, als der von ihr am 27. November v. J. eingebrachte Arbeiter-Erhöhungs-Gesetzentwurf noch der ersten Lesung im Plenum und damit der Verweisung an die Gewerbe-Kommission harrte.

Anfangs dieses Monats war im Senatorkonvent vereinbart, daß zum nächsten Schwereinstag unser Arbeiter-Erhöhungs-Gesetzentwurf die Priorität haben sollte. Nun mit einem Mal wurde die Gewerbe-Kommission mobil gemacht. Ohne unsre Partei zu unterrichten, vereinbarten die Mehrheitsparteien die Resolution Freyherz Hehl und Dr. Hige. Einem solchen Verhalten der Mehrheitsparteien gegenüber wäre es unsrerseits Pflichterletzung gewesen, hätten wir den Verzicht unterlassen, die Verlegung der Beratungen auf so lange herbeizuführen, bis unser Arbeiter-Erhöhungs-Gesetzentwurf die erste Lesung passiert hätte.

Unser Antrag auf Vertagung wurde gegen unsre und die freisinnige Stimme abgelehnt und damit war unsere Stellungnahme, die von den Genossen Segih und Pfannkuch begründet wurde, gegeben. Für den ersten Abschnitt der Resolution Hehl betr. die „Vertretung der Arbeiter“ haben wir gestimmt.

Gegen den 2. Abschnitt mußten wir stimmen, weil mit der Annahme desselben das Eintreten wird und nur, was die „Kreuz-Zeitung“ und zum Vorwurf macht — die Verzögerung der Angelegenheit. Für denjenigen, der in die parlamentarische Sprechweise eingeweiht ist, bedarf es keines weiteren Beweises für die Nichtigkeit dieser Behauptung als die Ausführung des einleitenden Satzes des 2. Abschnitts:

„Die verbündeten Regierungen sollen ersucht werden, in Erwägung darüber einzutreten, in welcher Weise durch gesetzliche Ausgestaltung der Gewerbe-Gerichte der unter a erstrebte Zweck erreicht wird.“

In „Nares Deutsch“ überieht bedeutet das nichts anderes, als ein auf die lange Bank-Schieben der Sache. Aber was thut's, die Mehrheitsparteien haben ihr Gewissen salviert und der Regierung die Verantwortung aufgeschoben. Demgegenüber betonen wir nochmals: Von unsrem Arbeiter-Erhöhungs-Gesetzentwurf wird die Arbeitervertretung und die Einführung der Einigungsämter ausdrücklich gefordert. Der gleiche Versuch ist und wird des Weiteren von uns mit den Anträgen bezüglich des Ausbaues der Gewerbe-

gerichte betrieben. Wenn es Ernst mit der Vertretung der Arbeiterinteressen ist, muß das Verhalten der socialdemokratischen Fraktion billig und unterwürdig sein.

Früher erhob die „Kreuz-Zeitung“ den Vorwurf der zu geringen Mitarbeit gegen uns. Heute ist ihr unsere Mitarbeit unbedeutend. Deshalb die andre Form der Demagogie.

Agrarische Ausfuhr. Während die Agrarier die Grenzen gegen die Einfuhr von Lebensmitteln möglichst verschperren wollen, führen sie in steigendem Maße ihre Produkte aus. Im Januar und Februar ist die Getreideausfuhr um 40 000 Tonnen gestiegen, dagegen die Ausfuhr um 17 797 Tonnen gesunken. Die Konkurrenz des Auslandes läßt also nicht nur nach, sondern die Agrarier beginnen selbst als Konkurrenten auf dem Weltmarkt aufzutreten.

Die Verlegenheitspause. Die „Nat.-Ztg.“ schreibt: „Die Verhandlungen über das Fleischschau-Gesetz zwischen der Regierung und der Mehrheit der zweiten Lesung ruhen vollständig; es scheint überhaupt, als ob für die gespannte innere Politik die Parole: Vertagung bis nach Ostern, ausgegeben wäre.“ — Ob man aber nach Ostern den Faden gefunden haben wird, der aus dem Labyrinth des sammelnden Jidzackurjes hinausführt? —

Keine Bestrafung des Kontraktbruchs. Die Braun-schweiger Regierung hatte dem Landtag eine Vorlage unterbreitet, die den Kontraktbruch ländlicher Arbeiter unter Strafe stellte.

Wie jetzt zuverlässig verlautet, beabsichtigt die Regierung, diesen Entwurf eines Ausnahmengesetzes für Landarbeiter zurückzuziehen. Vielleicht hat man eingesehen, daß dadurch nur die Leutenot verschärft werden würde.

Wangenheim in Afrika.

Die Landwirtschafts- und Handelskammer für Deutsch-Centralafrika hat, wie wir der „Socialen Praxis“ entnehmen, dem Foralen Office eine Petition überreicht, die ein großes Streiflicht auf die Arbeitsverhältnisse der Eingebornen und ihre „civilisatorische“ Beeinflussung wirft. Die Arbeitgeber (vorwiegend Kaffeeplanzer) beklagen sich über die Konkurrenz, die ihnen von den Minendistrikten auf dem heimischen Arbeitsmarkt gemacht wird und verlangen von der Regierung „Arbeitserschwerungs-Maßnahmen“, die es verhindern sollen, daß die Neger aus dem Gebiete des britisch-centralafrikanischen Protektorats sich nach Beira oder Rhodesia begeben. Die Pflanzer wollen die Freizügigkeit einschränken, um billigere Arbeitskräfte zur Disposition zu haben, wobei sie angeblich nur das Interesse der Eingeborenen vor Augen haben, da diese in den Minendistrikten viel rascher mit dem europäischen Laster bekannt würden; in Centralafrika hätten sie wenig Gelegenheiten zum Alkoholgenuß, während man ihnen in Beira Spirituosen sogar auf Kredit liefere und auch in Rhodesia seien ihnen solche trotz des herrschenden Verbotes zugänglich. Trotz der höheren Löhne dorfselbst kehren die Eingebornen doch immer ohne Ersatzmittel nach Hause zurück und fählich kämen sie besser mit den niedrigen Löhnen im Protektorat, wo sie billiger lebten, weg.

Man sieht: die afrikanischen Agrarier reden genau wie unsre Kaniz, Wangenheim und Dertel. Aus rührender Sorge um ihre Moral soll den Arbeitern in Deutschafrika wie in Afrika die Freizügigkeit entzogen werden, damit sie die Pflanze arbeiten und während der Ruhe in den — Schmitterhäusern Sittlichkeit lernen.

Ueber Bismarck's Entlassung teilt jetzt Münchener Blum einige bisher unbekannt gebliebenen Einzelheiten mit:

Als Herr v. Lucanus am Abend des 17. März 1890 bei dem Fürsten Bismarck erschien und ihm mitteilte, der Kaiser beabsichtige, ihn zum Herzog von Lauenburg zu machen, erwiderte Fürst Bismarck etwa: „Das hätte ich schon lange haben können, wenn mein Streben danach gestanden hätte.“ Weiterhin berichtet Blum über Bemerkungen Bismarck's folgendes: „Darauf glaubte mir der Chef des kaiserlichen Zivilkabinetts auch noch die weitere Versicherung geben zu können: „Seine Majestät mache sich verbindlich dafür, daß mir zur Erhaltung der standesgemäßen Führung des Herzogtums und Ranges eine Station bewilligt werde.“ Ich wies auch das bestimmt zurück, indem ich etwa ansetzte: „Ich hätte doch eine solche Laufbahn hinter mir, daß man mir nicht zumuten könnte, dieselbe damit zu beschließen, daß ich einer Gratifikation, wie sie eifrigen Postbeamten zu Neujahr zu teil werde, nachlaufe.“

Er war doch sonst nicht so spröde, Gratifikationen anzunehmen! —

Bremen, 21. März. Eins der in der letzten Würger'schafts-Liste gewonnenen Mandate war beansprucht worden, weil einige wegen Armenunterstützung nicht zur Wahl berechtigte Personen gewählt hatten. Genosse Fohg, der mit nur 4 Stimmen Majorität gewählt war, hatte daraufhin sein Mandat niedergelegt. In der heute stattgefundenen Nachwahl wurde er indessen glänzend wiedergewählt. Er erhielt 310 Stimmen, somit 78 Stimmen mehr als im November. Die liberalen Gegner blieben mit 232 Stimmen, ihrer damals erzielten Stimmenzahl ziemlich gleich. Die Wahlbeteiligung war sehr hoch. Der Wahlbezirk dürfte in Zukunft fester Besitz unserer Partei bleiben.

Aus deutschen Gefängnissen. Der Redacteur der „Mittel- und Westfälischen Arbeiterzeitung“, Genosse Levin in Dortmund, hatte wegen Freyherz's eine Gefängnisstrafe von drei Wochen im dortigen Amtsgerichtsgefängnis zu verbüßen. Das Gefängnis ist alt und hat deswegen keine Centralheizung. Die Hitze, in der Levin seine 21 Tage verbringen mußte, wurde in dieser Zeit — vom 22. Februar bis 15. März — nur fünfmal abgeleitet. Seit dem 1. März gab es kein Licht mehr; zu dieser Zeit geht die Sonne schon gegen 16 Uhr unter und kam ist es in solcher Gefängniszelle auch fortwährend, an kalten Tagen noch früher. Jahrbücher und Klopfpapier wird nur als besondere Vergünstigung gewährt. Levin beklagt sich außerdem darüber, daß er die Querscheiben der eisernen Gitter des Nachts am Rücken gefühlt habe.

Auslieferungsvertrag. Zwischen Oesterreich und Deutschland wurde über die Auslieferung von Verbrechern eine neue Vereinbarung getroffen, weil die alte in einigen Punkten zu Zweifeln Anlaß gab.

Ein ergötzlicher Vnderstreit

toht gegenwärtig zwischen dem „kleinen (Hof-) Journal“ des Dr. Leipziger und dem großen Hof- und Regierungs-Journal, der „Norddeutschen Allg. Ztg.“ Das kleine Hof-Journal hatte dieser Tage eine Sensationsmeldung verbreitet, wonach trotz der ablehnenden Antwort der deutschen Regierung Verhandlungen seitens Deutschlands und Nordamerikas mit England stattfänden, um den Frieden zu vermitteln. Dierzu schrieb die „Norddeutsche“:

Das Auswärtige Amt kann nicht jeden Ansturm widerlegen, der da oder dort anstaut, und besonders in den vorliegenden Fällen bedurfte es für ernsthafte und unbefangene Politik keines feierlichen Dementis. Die ersichtlich tendenziöse Sensationsmeldung des „kleinen Journals“ aber, an der kein wahres Wort war, ist mit Recht von keiner namhaften Zeitung, soviel wir sehen, ernst genommen worden.

Darauf das „kleine Journal“, das im übrigen seine Meldung aufrecht erhält:

Es interessiert vielleicht die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg.“, daß wir diese Mitteilung von einer Stelle des Auswärtigen Amtes, und zwar keiner Subalternen, erhalten haben. Wir verbitten uns, und zwar energisch, Ausdrücke wie: „Ansturm“ und „tendenziöse Sensationsmeldung“. Wenn wir auch Gott sei Dank, nicht genötigt sind, wie Herr Lauser, unsre Nachrichten durch müßeligen Worten in den Vorzimmern der Ministerien zu erlämpfen, so hat die Nichtigkeit unsrer Meldungen darunter bisher nicht gelitten.

Und nun wieder das offiziöse „norddeutsche“ Blatt:

Das „Kleine Journal“ erdreistet sich, gegenüber den in unserer letzten Nummer gegebenen authentischen Aufklärungen die falsche Behauptung weiter zu vertreiben, daß über die Frage des Friedensschlusses in Südafrika, hauptsächlich Verhandlungen zwischen Berlin, Washington und London“ schweben. Das „Kleine Journal“ beruft sich für diesen Unfug auf „eine Stelle des Auswärtigen Amtes und zwar keine jubalsterne“. Wir stellen nochmals fest, daß Verhandlungen der von dem „Kleinen Journal“ erfundenen Art weder amtlich, noch in Gestalt halbamtlicher Fiktion der Diplomatie eingeleitet sind, und daß keine „Stelle des Auswärtigen Amtes“ in der Lage sein konnte, über gar nicht existierende Dinge dem „Kleinen Journal“ Mitteilung zu machen.

Wie sich zwei so patriotische, staatsdienliche und königstreue Blätter gegeneinander so schlecht zu behandeln vermögen! —

Ein überbärdeter Patriot.

In gewissen Kreisen, so schreibt die „Wiener Arbeiter-Zeitung“, gilt es seit einiger Zeit für besonders die, das Herrenhaus und seine Mitglieder in möglichst geringfügiger Weise zu behandeln. Das ist aber ein großes Unrecht, denn unter den Mitgliedern des Herrenhauses befindet sich so manches, das nicht nur früher einmal etwas geleistet hat, sondern auch heute noch in einem fort etwas leistet. Da haben wir zum Beispiel den Fürsten Fürst v. B. u. e. g. Es ist einfach unglaublich, was der Mann alles zusammen leisten muß. Man kann ohne Uebertreibung so sagen, daß es wohl nicht viele Menschen auf Erden giebt, die ein ebenso großes Arbeitspensum zu bewältigen haben, wie er. Er ist nämlich keines Reichens Patriot, und zwar ein vier- bis fünffacher, also gewiß ein sehr überhärdeter Patriot. Er sitzt im österreichischen, im preussischen, im württembergischen und im badischen Herrenhaus. Er ist von Amtes wegen österreichischer, preussischer, württembergischer, badischer und natürlich auch deutscher Patriot. Er hat fünf Landesväter: zwei Kaiser, zwei Könige und einen Großherzog.

Und nun stelle man sich, wenn man kann, einmal vor, was für ungeheuren Forderungen der Mann entsprechen muß. Er muß fünf Vaterländer lieben und fünfleiethen dynastische Gefühle hegen. Daß der deutsche Kaiser zugleich preussischer König ist, vereinfacht die Sache zwar ein bißchen, aber sie bleibt doch immer schwierig genug. Und es ist sehr zu verwundern, daß der Fürst Fürst v. B. u. e. g. nicht an Hypertrophie seiner patriotischen und dynastischen Gefühle gestorben ist. Noch sonderbarer ist es aber, daß er sich in dieser Gefühlskonfusion auskennt, daß er sich die fünf Vaterländer und Landesväter überaugen merken kann und sie jederzeit, ohne erst lange nachdenken zu müssen, aufzählen und streng zu sondern und auseinander zu halten weiß. Am unbegreiflichsten aber ist es, wie er zu gleicher Zeit an den Gesetzgebungsarbeiten in vier verschiedenen Staaten teilnehmen kann. Daß ihm da nie eine Verwechslung passiert! Ist es zum Beispiel nicht sonderbar, daß er sich im österreichischen Herrenhaus, das jetzt so lange nicht getagt hat, sofort zurechtfindet, sich sofort daran erinnert, daß in Oesterreich gegenwärtig die Sprachenfrage diskutiert wird und nicht die Hundesteuer oder die Leichtenverbrüderung? Der Mann muß ein phänomenales Gedächtnis haben! ...

Interessant wäre es zu wissen, wie Fürst Fürst v. B. u. e. g. nehmen würde, wenn die fünf Patrioten in ihm mit einander zu streiten anfangen. Wie würde er sich zum Beispiel benehmen, wenn zwischen Deutschland und Oesterreich ein Krieg ausbräche? Würde er sich für den österreichischen oder für den deutsch-preussisch-württembergisch-badischen Patriotismus entscheiden? Die Situation wäre geradezu tragisch, wenn Fürst Fürst v. B. u. e. g. ein ebenso überzeugter Deutscher wie Oesterreicher wäre. Es wäre ein gefundenes Fressen für unsere Erkundungsbureau, stets auf der Jagd nach einem Stoff begriffenen Dramatiker. Man sieht, es ist nicht so leicht, ein vaterlandsvoller Mensch zu sein. Man kann in unlösbarer Konflikte mit sich selber geraten. Freilich, die vaterlandsvolle Notte hat keine Ahnung davon, welcher hohe sittliche Ernst dazu gehört, fünf Vaterländern zu dienen. Sie ist zwar international, aber sie hat absolut kein Verständnis für den internationalen Patriotismus.

Berichtigung. In dem gestrigen Artikel „Die Stilligkeit auf dem Lande“ muß es auf der zweiten Seite, erste Spalte, Zeile 68 heißen: „anderns werden 8 und 4 Quadratmeter Bodenfläche und 10 bis 14 Kubikmeter Luftraum verlangt.“ —

Ausland.

Ueber die russischen Bahnan-Konzessionen in der Türkei verläutet immer noch nichts Zuverlässiges, und die Angelegenheit scheint auch noch nicht ganz abgeschlossen zu sein. Heute kommt aus Konstantinopel folgende etwas mysteriöse Mitteilung: Die russische Botschaft erhielt vorgestern die durch ein Trade-sanctionierte Antwort, betreffend die Eisenbahn-Angelegenheit. Ueber dieselbe verläutet nur, daß die Türkei sich dazu verpflichtet, russischen Konzessionären den alleinigen Vorzug zu geben, wenn die Türkei die Eisenbahn-Bauten zur russischen Grenze und auch zur Mündung des Schwarzen Meeres nicht mit eigenem Kapital baut und selbst exploitiert. Bezüglich der Eisenbahnbauten an der persischen Grenze bleibt die Verständigung mit der Türkei vorbehalten. Die Vereinbarungen scheinen jedoch mit der vorstehenden türkischen Erklärung nicht völlig abgeschlossen. Wie verläutet, w eigerte sich der Justizminister Abdurrahman den im Ministerialrat gefassten Beschluß zu unterzeichnen und verleihe seine Entlassung ein. Die russischen Eisenbahnvorrechte sollen sich auf die Vilajets Konstantin, Sinas, Trapezunt, Erzerum und Van beziehen. —

England.

London, 22. März. Unterhaus. Nicoll fragt an, ob es wahr sei, daß die Mannschaft des deutschen Kriegsschiffes „Deutschland“ in der Höhe von Portsmouth ein dreimaliges Hoch auf die Boercu in Anwesenheit ihrer Offiziere angebracht hätten. Parlamentssekretär Macartney erwidert, der Erste Lord der Admiralität wolle sich auf die betreffende Zeitungsmeldung aufmerksam gemacht werden. Auf Grund von Nachforschungen, welche in Portsmouth angestellt worden seien, halte er die Meldung für reine Erfindung. (Weisfall.)

Parlamentsuntersekretär Brodie erklärt, er sei nicht im Stande, Mitteilungen zu machen über die Unterhandlungen zwischen Rußland und der Türkei, welche bekanntlich vertraulicher Natur seien, es würde auch nicht passend sein, über die bezüglich jener Unterhandlungen einschlägige Politik eine Erklärung abzugeben. —

Italien.

Die Ostraktion, welche von der gesamten Linken ausgeführt wird und die sich gegen die verfassungswidrigen Maßnahmen der Regierung, die „decreto legge“ richtet, soll durch die Abänderung der Geschäftsordnung seitens der Mehrheit lahm gelegt werden. Am Donnerstag wurde die Diskussion über den Antrag Cambrey-Digny in der Deputiertenkammer eröffnet. Luca beantragt unter Hinweis auf die bestehende Geschäftsordnung, den Antrag Cambrey-Digny der Geschäftsordnungs-Kommission zu überweisen. (Sehr lebhafter Zwischenruf.) Nach erregter Debatte wird der Antrag Luca in namentlicher Abstimmung mit 208 gegen 134 Stimmen abgelehnt. —

Dänemark.

Ministerkrisis in Dänemark. Kopenhagen, 22. März. Bei der ersten Beratung des Budgets im Landtag erklärte Ministerpräsident Hörring, das Ministerium sei geneigt, die Annahme des Budgets nach den Beschlüssen des Folketings zu empfehlen. Infolge der vom Folketing bezüglich der Steuer-vorlagen eingenommenen Haltung der Regierung gegenüber habe die Regierung den Wunsch geäußert, zurückzutreten, und habe diesen Wunsch dem Könige mitgeteilt. Der Kriegsminister führte aus, er könne in Anbetracht der politischen Situation die Annahme des Kriegsbudgets empfehlen. Der Ministerpräsident machte

später die Andeutung, sein Rücktritt werde erst nach Schluß der Reichstags-sitzung stattfinden. Der Führer der Linken, Wabjen Rygstad, sprach den Wunsch aus, es möge einmal eine Regierung kommen, welche nicht im Gegensatz zu der öffentlichen Meinung regiere. —

Amerika.

In den neuesten Kurieren. Das Kanonenboot der Vereinigten Staaten „Wheeling“ geht nach Toluca, um alle Angehörigen der lauffähigen Klasse zu schützen. Die Vereinigten Staaten handeln bei Entsendung des Schiffes unabhängig, nicht in Teilnahme an einer internationalen Demonstration. —

Partei-Nachrichten.

Das Reichstagsmandat für Mühlhausen. Zu der Angelegenheit des Genossen Wueh wird in der „Freien Presse für Elsaß-Lothringen“, unserem Straßburger Parteiblatt, folgende Erklärung veröffentlicht:

„Genosse F. Wueh in Mühlhausen veröffentlicht in der Nummer des Mühlhauser Tagesblatts vom 13. März und in den Nummern des dortigen „Tropf“ vom 16. und 19. März Zuschriften, in welchen er sich zu den Erörterungen in der bürgerlichen Presse über seine Rücktrittsabsicht als Reichstags-Abgeordneter äußert. Die letzte dieser Veröffentlichungen nötigt uns, das folgende öffentlich festzustellen:

Auf der am 26. Dezember v. J. in Mühlhausen abgehaltenen Kreisversammlung, auf welcher das unterzeichnete Komitee vertreten war, wurde nach umfassender Erörterung der Beschluß gefaßt:

„Die Kreisversammlung nimmt das Mandat des Reichstags-Abgeordneten Wueh zurück und ersucht den Abgeordneten Wueh, die nötigen Formalitäten mit einer diesbezüglichen öffentlichen Erklärung sofort zu erfüllen.“

In der Diskussion, welche dieser Beschlusfassung vorausging, wurde daran erinnert, daß der Genosse Wueh in einer am 24. September desselben Jahres im Aufsatze an die Landeskonferenz in Straßburg abgehaltenen engeren Versammlung, deren Teilnehmer sich zusammenschrieben aus den Delegierten des Kreises Mühlhausen, den Mitgliedern des Landeskomitees und den zwei Vertretern des Vorstandes der Gesamtpartei, den zuvor der Mühlhauser Parteivorstand mitgeteilten Entschluß bestätigt hatte, als Reichstags-Abgeordneter zurückzutreten. Es wurde in der Diskussion ferner bedauert, daß der Genosse Wueh einseitig den in Straßburg vereinbarten Termin zur Erklärung des Rücktritts — nach Vermeidung der auf Mitte Oktober angesetzten Mühlhauser Gemeinderats-Wahl — nicht trenn geliebten war, andererseits aber auch seit Wiedereröffnung des Reichstags die Verhandlungen, bei welchen unter andern die Juchthausvorlage zur Beratung kam, nicht mehr besucht hatte.

Wueh's Schreiben vom 25. Januar d. J. wurde, als bis dahin nichts erfolgt war, durch den Schriftführer des unterzeichneten Komitees der Genosse Wueh gefragt, ob ihm der Beschluß der Kreisversammlung etwa nicht zugegangen sei. In dem Schreiben wurde der Beschluß in dem oben mitgeteilten Wortlaut angeführt mit dem Zusatz, daß die Annahme des Beschlusses mit Einstimmigkeit erfolgt sei. Durch Brief vom folgenden Tage bestätigte der Genosse Wueh den Empfang dieses Schreibens, abermals seine Bereitwilligkeit betonend, das Mandat „so eber, desto lieber, los zu werden“ und nur hinzuzusetzen, daß er sich beim Parteivorstand in Berlin noch vorstellen möchte, um dessen Entschluß zu erhalten.

Inwiefern Verhandlungen zwischen dem Vorstand der Gesamtpartei und dem Genossen Wueh in der Sache seither geschwebt haben mögen, entgeht unserer Kenntnis. Als Vertreter der Landesorganisation können wir uns aber keinesfalls einverstanden erklären mit dem gegenwärtigen Verhalten des Abgeordneten Wueh, der in der bürgerlichen Presse seines Wahlkreises sich in Betrachtungen ergeht über den Mangel wichtiger Beratungsgegenstände und namentlicher Abstimmungen zu einer Zeit, wo die vereinigte Linke des Reichstags etc. ... unsere Auffassung von parlamentarischer Pflichten-Erfüllung ist eine andre.

Der Genosse Wueh besitzt sein Abgeordnetemandat auf Grund seiner Ernennung als Kandidat zunächst durch die organisierte Partei im Kreise, dann durch die organisierte Partei im Lande. Nachdem beide Faktoren sein Mandatsangebot angenommen haben, ist sein Mandat für uns erloschen.

Straßburg, 19. März 1900.
Das Landeskomitee der sozialdemokratischen Partei Elsaß-Lothringens.
Bernh. Wöhlle, Charles Hind.
Gustav Hoffmann, Jean Martin, Charles Schott.

Frankfurt a. M., 22. März. Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Straßburg telegraphisch: Der Reichstags-Abgeordnete Wueh in Mühlhausen veröffentlicht eine Erklärung, daß er demüthig sein Reichstags-Mandat niederlegen werde.

Die Landesversammlung der Parteigenossen im Großherzogtum Sachsen-Weimar wird am 16. April (2. Oftertag) nach Erfurt einberufen. Auf der Tagesordnung stehen die vier Punkte: Geschäftsbericht vom Landesauswärtigen, Linke Statistik unterem neuen Ausst. Stellung zur nächsten Landtagswahl, Organisation. Es ist recht leuzigend für die Zustände in Weimar, daß sich eine Partei noch Vereinen Städten muß, um ihre Partei-Angelegenheiten in voller Öffentlichkeit beraten zu können.

Polizeiliches, Gerichtliches u. d. v.

Durch große Gewissenhaftigkeit zeichnet sich auch das anhaltische Staatsministerium aus. Aus Anlaß des Kampfs, den die anhaltischen Parteigenossen gegen die bisherige Handhabung des Versammlungsberechts geführt haben, hatte das dortige Staatsministerium die Absicht ausgesprochen, die bisherige Verwaltungspraxis einer Revision zu unterziehen, falls ein obergerichtlich-liches Erkenntnis dazu Veranlassung geben sollte. Nachdem nun das Oberlandesgericht Naumburg die von uns schon erwähnte Entscheidung gefaßt hat, daß die Anwendung der Strafen und Minderjährigen aus den öffentlichen politischen Versammlungen dem hiesigen Wortlaut des Gesetzes widerspricht, richtete ein Parteigenosse ein Schreiben an das Staatsministerium, worin er unter Berufung auf das Urteil und die früher ausgesprochene Absicht des Ministeriums um Ausföhrung dieser Absicht ersuchte. Darauf erhielt der Betreffende von dem Ministerium zur Antwort, daß es „in die beabsichtigte Revision der die Handhabung des Vereinsgesetzes betreffenden Verwaltungspraxis erst dann eintreten werde, wenn ihm die Entscheidung des königlichen Oberlandesgerichts in Naumburg auf amtlichem Wege zugegangen sein wird, was bisher noch nicht geschehen ist.“

Gewissenhaftigkeit ist eine gute Sache, namentlich bei Behörden, es wäre aber weit wünschenswerter, wenn sie sich in der Weise äußerte, daß von vornherein auf richtige Handhabung der Gesetze gesehen wird. Es ist nämlich gar kein Gerichtsursache nötig, um zu erkennen, daß die Polizei das Gesetz bisher falsch handhabte und daher der Mangel eines solchen gar kein zulässiger Grund, an der sonnenklar falschen Handhabung des Gesetzes zum Schaden der Staatsbürger festzuhalten.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

In dem Streik der Schneider in der Damen-Kostüm-Branche sind zur Zeit 120 Arbeiter und 180 Arbeiterinnen beteiligt. Die in der Branche maßgebenden Firmen haben zwar die Forderungen der Arbeiterklasse größtenteils bewilligt, dagegen sind es hauptsächlich die billiger arbeitenden Geschäfte, welche sich hartnäckig sträuben, Zugeständnisse zu machen. Einzelne Firmen, die sich bereits mit ihren Arbeitern geeinigt haben, haben die Bewilligungen wieder zurückgezogen, angeblich auf Verreiben des Vereins der Damen-Kostüm- und Mäntel-Fabrikanten. In einer Sitzung, die Vertreter der Arbeiter mit Vertretern dieses Vereins am Montag hatten, erklärten die Arbeitgeber die geforderte neunstündige Arbeitszeit im

Princip an, trotzdem hat aber keiner derselben in seinem Geschäft diese Forderung bewilligt. Sollten die Unternehmer auf ihrem absehbenden Standpunkt beharren, dann dürfte die Situation eine ernste und der Kampf ein hartnäckiger werden.

Von der Berliner Unionsbrauerei erhalten wir folgende Berichtigung:

Zu der Nummer 88 Ihrer Zeitung befindet sich ein Artikel, welcher unsere Brauerei betrifft und worin behauptet wird, daß die bei uns beschäftigt gewesenen Arbeiter der Flaschenkellerer (familial) entlassen seien, weil sie einen im „Handelshilfsarbeiter“ erschienenen Artikel nicht widerrufen wollten.

Wir bemerken hierauf, daß die Arbeiter von und nicht entlassen sind, sondern daß sie sämtlich die Arbeit niedergelegt haben, weil wir sie wegen jenes Artikels zur Rede gestellt hatten. Sie behaupten allerdings das Gegenteil, um einen Grund für die unmotivierte Arbeitsüberlegung anzugeben. Die Leute haben allerdings durchschnittlich 2 1/2 Ueberstunden neben 10 stündiger Arbeitszeit gearbeitet, aber dafür auch die abgemachte Lohnentschädigung erhalten, so daß sie wöchentl. nicht, wie behauptet wird, 18, 19 und 21 M., sondern 25 bis 29,50 M. verdienen.

Es wurde auch von ihnen angegeben, daß die Arbeit in dem Flaschenkeller wegen der Feuchtigkei ungesund sei und ihnen darauf erwidert, daß dagegen nichts zu machen wäre, weil solche Arbeiten, die mit Wasserverbrauch in Verbindung hängen, nicht anders einzurichten seien und, falls einzelner von ihnen diese Arbeit nicht paßten sollte, es jedem überlassen bleiben müßte, sich andre Arbeit zu suchen.

Wir fügen hinzu, daß die Leute in Krankheitsfällen zu ihrem Krankentassen-Geld noch 1 M. Zuschuß von uns täglich erhalten.

Zum Streik der Rohrer Berlin und der Umgegend ist zu berichten, daß derselbe für die Arbeiter äußerst günstig verläuft. Von 11 Firmen haben 8 bedingungslos bewilligt, 2 Firmen (H. Schröder und Krumer) haben noch nicht bewilligt, die Firma Krause beschäftigt zur Zeit keine Leute. 88 Kollegen sind zu den neuen Bedingungen mit Arbeitsberechtigungsgeldern in Arbeit getreten, 15 Kollegen sind noch im Auslande. Außerdem sind 4 Arbeitswillige vorhanden. Unser Verkehrslokal ist bei Franz Schmidt, Hammerstr. 28.

Die Lohnkommission. J. A.: W. Bernau, Hammerstr. 22.

Deutsches Reich.

Ausständig. Wie unser Juchthauser Parteiblatt berichtet, hat die Direktion des Helenehospital in Hohndorf-Lichtenstein (Sachsen) ihren Arbeitern vom 1. April an 20 Pf. Schichtlohn-zulage bewilligt und wird die Ausständigzeit als Urlaub behandelt, damit den Arbeitern die Rechte an die Pensionstasse erhalten bleiben.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Am 2. Oftertag feiert der Genossenschaftliche Männerchor im Restaurant Velvedere sein erstes Stiftungsfest dieses Lokal steht den Arbeitern zu Versammlungen, wie bekannt, nicht zur Verfügung. Es wird versucht, in Arbeiterkreisen Mittel abzugeben. Die Genossen wollen hiervon Notiz nehmen.

Die Lokalkommission.

Charlottenburg. Ein Parteigenosse und Genosse zur Kenntnis, daß am Sonntag, morgens 7 1/2 Uhr, ein Flugblatt verteilt wird. Angabe desselben: im I. Bezirk bei Baße, Potsdamerstr. 44; im II. Bezirk bei Leber, Börsenstr. 74; im III. Bezirk bei Dörre, Wallstr. 10, und Gimpel, Donabserstr. 4; im IV. Bezirk bei Rant, Pestalozzistr. 65; im V. Bezirk bei Wille, Börsenstr. 85; im VI. Bezirk bei Brill, Goethestr. 78; im VII. Bezirk bei Wredlow, Ansbacherstr. 31. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, sich daran zu beteiligen. Der Vertrauensmann.

Schmargendorf. Ein Sonntagabend, den 24. März 7 1/2 Uhr abends sprachen Genosse Fritz Jubrit in der öffentlichen Versammlung in „Sausonci“ über die Flottenvorlage.

Den Parteigenossen von Steglitz hiermit zur Kenntnis, daß am Sonntag, den 25. d. M., nachmittags 2 1/2 Uhr, bei Schellhase, Altonstr. 13a eine Protestversammlung gegen das Unfallversicherungsgesetz stattfindet. Zur Organisation für die Versammlung findet Sonntagvormittag eine Flugblatt-Verbreitung statt. Treffpunkt 8 Uhr in bekannten Lokalen.

Straßen-Kummelsburg. Die Mitglieder des hiesigen Sozialdemokratischen Vereins werden auf die am Sonntag, den 25. d. M., vormittags 10 Uhr, stattfindende Besichtigung der Räume des Berliner Gewerkschaftshauses, Engel-Nfer 15, hierdurch noch besonders aufmerksam gemacht. Nichtmitglieder können an der Besichtigung teilnehmen. Treffpunkt: Straßau-Kummelsburger Bahnhof 1/10 Uhr.

Gerichts-Beilage.

Im Militärbesetzungsbereich von Elberfeld wurde am Mittwoch der Fall des Grenadiers Friedrich S., der im gestrigen Bericht erwähnt wurde, weiter erörtert. Die vernommenen Zeugen, unter denen sich Angehörige der Potsdamer Garnison befanden, bestätigten im wesentlichen den gestern geschilderten Thatbestand. Ein Musiker Drees vom 173. Infanterie-Regiment zu St. Auloid hat sich durch einen unbestimmten Mann gleichfalls verleiten lassen, sich für 500 M. bei Strußberg in Behandlung zu begeben. Infolge eines anonymen Briefs ist in der Kaserne bei ihm eine erfolgreiche Hausdurchsuchung nach Pillen abgehalten worden, worauf er mit neun Monaten Gefängnis bestraft wurde. — Stabsarzt Dr. Uebeling-St. Auloid bekundet, daß der Musiker Drees an Geldsucht und starkem Herzklappen gelitten habe. Nachdem jedoch dem Drees die Pillen fortgenommen waren, habe das Herzklappen nachgelassen und auch die Geldsucht sei wieder verschwunden. Er habe alsdann festgestellt, daß Drees vollständig gesund sei. — Oberstabsarzt Dr. Runge vom 173. Infanterie-Regiment zu St. Auloid: Die gelben Pillen enthalten Pikrinsäure von 0,087 Gramm, also nicht ganz ein Teigramm im Durchschnitt. Pikrinsäure ist starkes Blutgift. Diese Pillen erzeugen Erbrechen, Nüchternheit und Geldsucht. Die Pikrinsäure kann, wenn sie längere Zeit oder in großen Dosen genommen wird, die Gesundheit in erheblicher Weise gefährden. Die andern Pillen enthalten Digitalis. Es ist dies ein starkes Herzgift, das in starken Dosen, oder in kleinen Dosen längere Zeit genommen, zum Tode führen kann. Es erzeugt jedenfalls starkes Herzklappen. Anfänglich wird der Pulsschlag durch Digitalis verlangsamt, schließlich aber bis 120 Pulsschläge in einer Minute beschleunigt. — Es folgt der Fall H. H. S., Oberstabsarzt Dr. Saarbohm vom 6. Infanterie-Regiment zu Adla bekundet auf Befragen des Präsidenten: Einmal Tages sei Dr. Ziel in seiner Abwesenheit bei ihm gewesen, habe seine Karte abgegeben und ihn, zwecks Erneuerung früherer Freundschaft — sie haben in Bonn gemeinschaftlich einen militärärztlichen Kursus durchgemacht — in ein Restaurant eingeladen. Er habe dieser Einladung Folge gegeben. Bei dieser Gelegenheit habe Dr. Ziel in einer nicht ablichen, ja geradezu auffallenden Weise, trotz seines Protestes, die Fische, die 1,20 M. betrug, für ihn bezahlt. Er sei alsdann nochmals mit Dr. Ziel in einem Restaurant zusammengekommen, um sich zu verabschieden, allein Dr. Ziel sei ihm zuvor gekommen und habe wiederum die Fische, die allerdings auch nur eine minimale war, für ihn bezahlt. Er (Dr. Saarbohm) habe infolgedessen den Beschluß gefaßt, nicht mehr mit Dr. Ziel zusammenzukommen. Bei der zweiten Zusammenkunft habe Dr. Ziel ihm mitgeteilt, daß er den Redacteur Hüls unterrichte und bei diesem einen Herzfehler entdeckt habe. Hüls werde in nächster Zeit vor ihm (Zeugen) zur Musterung erscheinen. Er (Dr. Ziel) habe dem Hüls ein Attest ausgestellt. Darauf habe er (Zeuge) erwidert: Des Attest könne ihm wenig nützen, er müsse den Musterungspflichtigen selbst unterrichten. Er habe nun einen Herzfehler bei Hüls nicht entdecken können, auch ein Geruch am Herzen nicht wahrgenommen. Eine erhöhte Herzthätigkeit sei bei fast allen Gesehungspflichtigen zu beobachten.

Ein interessanter Fall von Zwangs-Etatistierung be- schäftigte diese Tage das Ober-Verwaltungsgericht. Am Gymnasium in Eberswalde fungiert der konservative Reichstags- Abgeordnete Paulh als Professor der Mathematik und Physik. Während der Verhandlungen des Reichstags hält sich Herr Paulh in Berlin auf. Als er 1898 wieder nach Berlin überföhrte, war, um an den Sitzungen des Reichstags teilzunehmen, sollte die Stadt für einen Stellvertreter sorgen. Nach vergeb- lichen Aufforderungen schickte das Provinzial-Schulkollegium einen Verbands-Kandidaten zur Vertretung Paulhs nach Eberswalde. Die Stadt lehnte die Erstattung der Kosten ab, worauf der Regierungspräsident im Wege der Zwangs-Etatistierung gegen sie vor- ging und die Einstellung der Kosten in den Etat verfügte. Die Stadt sucht die Verfügung durch die Klage an, das Ober-Ver- waltungsgericht erkannte jedoch zu Gunsten der Regierung und führte an:

Die Stadt Eberswalde habe freiwillig die Einrichtung und den Be- trieb des Gymnasiums übernommen und die Konzession vom Provinzial- Schulkollegium unter der selbstverständlichen Voraussetzung erhalten, daß der Betrieb in der genehmigten Weise aufrechterhalten werde. Wenn also ein Lehrer längere Zeit verhindert sei, den Unterricht zu erteilen, dann müsse die Stadt für einen Stellvertreter sorgen. Es handele sich hier nicht um eine erhöhte neue Leistung, sondern es solle nur der Betrieb aufrechterhalten werden, wie es genehmigt sei. Die Frage, ob die Stadt Herrn Paulh ersatzpflichtig machen könne, habe nicht der Verwaltungsrichter, son- dern der Zivilrichter zu entscheiden. Das Provinzial-Schulkollegium sei beauftragt gewesen, einen Vertreter für den abwesenden Reichstags- Abgeordneten zu stellen, denn als der Aufsichtsbekörbe liege es ihm ob, dafür zu sorgen, daß der Schulbetrieb gehörig fortgesetzt werde. Die Zwangs-Etatistierung sei zu Recht erfolgt.

Der Prozeß wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften, welcher vorgestern vor der VIII. Strafkammer gegen die Verlags- Buchhändler Schuster und Köppler, den Referendar Ernst Schuhr und die Schriftsteller Dr. phil. Richard Dehmel und Theodor Kabelitz begann, ist erst gestern nachmittags beendet worden.

Das Urteil lautete für die Angeklagten Schuster und Köppler wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften in je zwei Fällen, für die Angeklagten Schuhr und Kabelitz in je einem Fall, für jeden Fall auf 30 M. Geldstrafe event. 6 Tage Haft. Im übrigen wurde auf Freisprechung erkannt.

Sociales.

Deutsche Streikstatistik im vierten Quartal 1899. Nach den Veröffentlichungen des kaiserlichen statistischen Amtes wurden im vierten Quartal des vorigen Jahres im ganzen 238 Streiks be- gonnen und 472 beendet. Die beendeten Streiks erstreckten sich auf 1453 Betriebe, in denen zusammen 61 633 Arbeiter beschäftigt waren. Die Höchstzahl der gleichzeitig streikenden Arbeiter belief sich auf 19 717. Die beendeten Streiks verteilten sich auf nachstehende Industriezweige:

Gruppen	Anzahl der beendeten Streiks	Anzahl der betroffenen Betriebe	Anzahl der Streikenden
Baugewerbe	68	750	4668
Holz- und Schnitzstoffe	38	202	1000
Textilindustrie	27	99	2558
Metallverarbeitung	26	102	4050
Steine und Erden	24	90	2149
Maschinen zc.	22	28	1427
Bekleidung und Reinigung	19	60	1041
Nahrungsmittel- und Genussmittel	14	56	402
Leberrindustrie	11	11	472
Poligraphische Gewerbe	6	10	269
Handelsgewerbe	5	5	97
Bergbau, Hüttenwesen zc.	3	3	268
Papierindustrie	2	4	28
Künstlerische Gewerbe	2	9	119
Gärtnerei	1	1	4
Chemische Industrie	1	1	27
Verkehrsgewerbe	1	1	212

Sind kaiserlich deutsche Beamte Sklaven? Die General- direktion der Reichs-Eisenbahnen in Elshof-Lothringen hat eine Ver- fügung erlassen, die diese Frage rechtfertigt. Sie verweist darin auf die sehr vermehrte Mühseligkeit und auf die vielfach erhebliche Ver- kürzung der Dienststunden der Betriebsbeamten. Leider bemängeln aber die Beamten vielfach ihre dienstfreie Zeit in einer Weise, die eine wirtschaftliche Erholung und die Erreichung größerer Freude und Leistungsfähigkeit für den Dienst ausschließt. Anstatt sich der Ruhe hinzugeben und nur mit leichten Verrichtungen in Haus und Garten zu beschäftigen, unterzögen sich einzelne Beamte während ihrer freien Zeit teils im eigenen, teils im fremden Haushalt anstrengenden und ermüdenden Arbeiten, andre dagegen bräuzten die ver- mehrte freie Zeit zu vermehrtem Wirtshausbesuch. Infolgedessen seien sie, insbesondere nach ihren Anbelangen, weniger frisch und leistungsfähig, als sie es sein würden, wenn sie ohne Missetag in ihrem regelmäßigen Dienste verblieben wären; sie schädigten dadurch aber nicht nur ihre Gesund- heit, sondern gefährdeten auch die Sicherheit des Betriebs- dienstes. Die Verfügung schließt dann mit einer entsprechenden, an die Beamten gerichteten Mahnung, und einer Aufforderung an die Vorgesetzten, ihre nachgeordneten Beamten auch in dieser Hinsicht zu überwachen und, wenn Ermahnungen fruchtlos bleiben, an- zugehen.

Die reichsländische Eisenbahnverwaltung scheint zu glauben, daß sie für die Vergütung, die sie gewährt und die gewiß nicht glänzend ist, den ganzen Menschen in ihren Beamten gepachtet hat. Sie kann wohl verlangen, daß jeder Beamte seinen ihm zugewiesenen Dienst vorwurfsmäßig leistet und sich dabei keiner Nachlässigkeit schuldig macht, aber den Angestellten vorzuschreiben, wie sie ihre freie Zeit nützen sollen, wohl gar zu überwachen, wie sich diese in ihrem Haushalt beschäftigen, das ist wirklich eine Annahme, die alle Grenzen überschreitet.

Wernerstenswert ist dabei noch, daß der Bahnverwaltung bei dieser Gelegenheit klar geworden ist, daß übermäßige Anstrengung der Beamten die Betriebssicherheit gefährdet. Es ist doch notwendig, daß effektive Isthändige Arbeitszeit noch massenhaft auf deutschen Bahnen vorkommt, das heißt also eine Arbeitszeit, nach deren Ab- leistung es keinem Menschen mehr möglich ist, noch irgend eine andre Arbeit zu leisten. Man wird sich nun mit der Behauptung, daß durch die den Eisenbahn-Beamten zugewiesene Arbeitsanstrengung die Betriebssicherheit gefährdet wird, auf die eignen Erklärungen der reichsländischen Eisenbahn-Verwaltung berufen können.

Zur Förderung des Bauarbeiterschutzes ist durch Beschluß einer Konferenz, die am Sonntag in Lübeck tagte, für Weidenburg, Lübeck zc. eine Landeskommission gebildet worden, deren Aufgabe es ist, die Tätigkeit der örtlichen Kommissionen zu regulieren und zusammenzufassen.

Eine sehr mangelhafte Kinderkutsch-Verordnung hat die Polizeibekörbe in Hannover erlassen. Danach ist die Beschäftigung schulpflichtiger Kinder unter 12 Jahren in Gaf- und Schankwirt- schaften verboten. Sie kann aber für Knaben schon von 10 Jahren an gestattet werden, wenn ein Amtsarzt bescheinigt, daß keine Nachteile für die Gesundheit eines solchen Knaben zu befürchten sind. Offenlich findet sich kein Arzt, der eine solche Bescheinigung ausstellt. Schulkinder über 12 Jahre dürfen bis 11 Uhr abends in Wirtschaften beschäftigt werden, dann aber nicht mehr früh vor Beginn der Schule. Auf die eigenen Kinder der Wirte findet die Verordnung keine Anwendung. Auf andre gewerbliche Beschäftigung der Schulkinder bezieht sie sich nicht.

Die Aussperrung in der Berliner Holzindustrie.

Die Holzarbeiter nahmen gestern Abend in drei öffentlichen Versammlungen Stellung zu den Einigungsbedin- gungen.

Der Saal der Brauerei Friedrichshain war dicht gefüllt und wurde bald nach 8 Uhr polizeilich abgesperrt. Nachdem Glocke ein Referat über die Einigungsverhandlungen gegeben hatte, betonte er, daß von einer bedingungslosen Aufnahme der Arbeit in den Werkstätten, wo der Mindestlohn von 24 Mark nicht erreicht wird, gar keine Rede sein könne. Die Streikleitung werde am Freitag beim Einigungsamt anfragen, ob es der Auslegung zustimme, welche die Meisterversammlung diesem Passus giebt. Sei dies der Fall, dann könne natürlich der Einigungs- vertrag nicht angenommen werden. Auch die von der Meister- versammlung angenommene Resolution, welche den Nachweis ordnungs- mäßiger Entlassung fordert, sei kein Beweis lokaler Auslegung der Einigungsbedingungen seitens der Arbeitgeber. — Mit wenig Ausnahmen sprachen die Disziplinardirektoren gegen die Annahme der Einigungsbedingungen und die Versammlung gab durch lebhaften Beifall ihre Zustimmung zu diesen Ausführungen zu erkennen. Allgemein ging die Ansicht dahin, daß mit Rücksicht auf die Haltung, welche die Meister in ihrer Versammlung eingenommen haben, der Streik noch nicht beigelegt werden könne. — Durch die Abstimmung erklärte sich die Versamm- lung fast einstimmig gegen die Einigungsvorschläge und be- schloß, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, bis die am 19. Februar gestellten Forderungen soweit bewilligt sind, daß der fünfwöchige Streik gerechtfertigt erscheint.

Die Versammlung im Böhmisches Brauhaus nahm einen ähnlichen Verlauf; das Lokal war bereits 8 1/4 Uhr abgesperrt. Tischler M a s s erläuterte hier die Einigungsvorschläge unter großer Klarheit der Anwesenden. Stärkliche Zwischenrufe bei den Aus- führungen der Redner, die sich zumeist gegen die Vorschläge aus- sprachen und die nachfolgende Abstimmung zeigte, daß der größte Teil mit den Einigungsvorschlägen nicht einverstanden ist.

— Von der dritten Versammlung sieht bei Schluß der Redaktion das Resultat noch aus.

Die an den Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter, die gestern Donnerstag bei Fiebig, Frankfurterstraße, eine sehr stark besuchte Versammlung abhielten, in der der Ver- trauensmann über die Verhandlungen vor dem Einigungsamt berichtete, beschloßen die Beteiligung an der geplanten **Acht- zehner-Kommission abzulehnen**. Im übrigen erklärten sich die Versammelten aber mit dem Verhalten ihrer Ver- treter vor dem Einigungsamt einverstanden. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß die Holzbearbeitungs-Maschinenarbeiter nicht in den Streik getreten sind und keine Forderungen gestellt haben, und folglich bei den Einigungsbedingungen gar nicht in Betracht kommen. Sie sind ohne Ursache von den Unternehmern brutal auf- gepflastert worden, sie haben demzufolge keine Veranlassung, sich an der Kommission zu beteiligen, um dadurch ohne jede Vor- teil auf längere Zeit in ihrem Vorgehen behindert zu sein.

Die Tischlermeister nahmen in einer stark besuchten Ver- sammlung, die gestern nachmittags im Konordia-Saal tagte, Stellung zu den Vorschlägen des Einigungsamts. Zunächst teilte Direktor Lorenz mit, daß jetzt die Gesellen in einzelnen Werkstätten von den Einigungsbedingungen abweichende Specialforderungen gestellt haben. Herr Lorenz verlas ein Schreiben des Gewerbeberichters v. Schulz, worin dieser die Stellung von Specialforderungen nach Annahme der Einigungsbedingungen für unstatthaft erklärt, denn es sei Sache der Achtzehner-Kommission, über derartige Forderungen zu entscheiden. Hierauf erklärte Herr Br y die Einigungsbedingungen. Er ermahnte die Tischlermeister, daß sie nichts zugegeben, wozu sie nach dem Einigungsprotokoll nicht verpflichtet sind. Wo die Accord- löhne so niedrig sind, daß nicht 24 M. verdient werden, da könne es nur im Interesse der Berliner Holzindustrie liegen, wenn solche Accordlöhne erhöht werden. Sollte der Kundenverdienst aber darauf zurückzuführen sein, daß die Gesellen die Arbeitszeit nicht inne halten oder sonst nachlässig sind, da sei eine Lohnserhöhung nicht zuzubilligen. Die Unternehmung derartiger Verhältnisse sei Aufgabe der Achtzehner-Kommission. Die Ent- scheidung der Kommission resp. des als Vermittlungsinstanz fungie- renden Einigungsamts müsse von beiden Parteien unbedingt befolgt werden. Arbeitgeber, die sich dem nicht fügen, würden von der freien Vereinigung nicht unterstützt werden. Die Achtzehner-Kommission sei das Fundament eines dauernden Friedens, ihre Tätigkeit solle den Erfolg haben, daß die partischen Streiks aus der Welt geschafft werden. Da heute verschiedene Arbeiter er- klärt hätten, sie seien mit den Einigungsbedingungen nicht zufrieden, und deshalb für ihre Werkstätten Specialforderungen gestellt haben, so seien die Tischlermeister heute nicht in der Lage, den Streik als beendet zu erklären. Erst müsse in der Mehrzahl der Betriebe die Arbeit aufgenommen werden. Ueber die endgültige Beilegung des Streiks solle eine am Sonntag stattfindende Versammlung ent- scheiden. — Später erklärte Br y als Entgegung auf die Ausführungen eines Redners, wenn sich die Arbeiter den Beschlüssen ihrer eignen Organisation nicht fügen, so werde auch der Arbeitsnachweis des Holzarbeiter-Verbands nicht mehr funktionieren und die Arbeit- geber würden sich einen eignen Arbeitsnachweis einrichten, der die- jenigen Arbeiter zurückweist, welche sich den Einigungsbedingungen nicht fügen.

Die Vorschläge des Einigungsamts wurden von der Versammlung einstimmig angenommen und weiter erklärt, daß der Streik mit Rücksicht auf die bezeichnete Haltung einer Anzahl von Arbeitern noch nicht beendet sei.

Hierauf nahm Holzarbeiter M a h das Wort. Er meinte, die Ausführungen des Herrn Br y hätten zu Irrtümern und neuen Differenzen Veranlassung geben. Er wolle deshalb feststellen, daß nach dem Einigungsprotokoll den Arbeitern derjenigen Werkstätten, wo nicht 24 M. verdient werden, das Recht zustehe, mit den be- treffenden Arbeitgebern wegen Erhöhung der Accordlöhne in Ver- handlung zu treten, ohne daß es von vornherein der Annahme der Achtzehner-Kommission bedürfe. Es sei vielmehr zu wünschen und liege ja auch im Interesse der Arbeitgeber, daß sie sich ohne Davozischen- treten der Kommission mit ihren Arbeitern einigen. Weiter erklärte der Redner, daß der Holzarbeiter-Verband für eine loyale Durchführung der Einigungsbedingungen sorgen werde. Br y bemerkte darauf, daß er der von Mah gegebenen Auslegung des Vertrags beipflichte, jedoch dürfe die Wiederaufnahme der Arbeit, wo Verhandlungen wegen des Lohns stattfinden, nicht von einer vorherigen Einigung abhängig gemacht werden. Selbst wenn eine Einigung nicht erzielt wird, müßten die Gesellen die Arbeit aufnehmen, sie könnten dann eben die Achtzehner-Kommission anrufen. M a h blieb demgegenüber bei seiner Auffassung, daß, wo 24 M. nicht verdient werden, erst eine Einigung erzielt und dann die Arbeit aufgenommen werde.

An diese Ausführungen knüpfte sich eine längere Debatte, in der die Redner beider Seiten auf ihrem Standpunkt verharren. Schließlich erklärte M a h, wenn die Meister den betreffenden Passus loyal aus- legen, dann werde es auch zu einer Einigung kommen. (Achtstellige Zustimmung.)

Zum Schluß wurde noch folgende **R e s o l u t i o n** angenommen: Um eine richtige Durchführung des auf dem Einigungsamt des Berliner Gewerbevereins geschlossenen Vergleichs zu ermöglichen, verpflichten sich alle Arbeitgeber der Berliner Holzindustrie, während der nächsten 14 Tage neue Arbeiter nur dann einzustellen, wenn diese ihre ordnungsmäßige Entlassung durch schriftliche Bescheinigung nachweisen.

In Sachen des Tischlerstreiks ist zur Beilegung von Miß- verständnissen folgendes Schreiben an die Beteiligten erlassen worden:

Wir teilen mit, daß nach dem Zustandekommen des Vergleichs **S p e c i a l f o r d e r u n g e n** einzelner oder aller Arbeiter in den einzelnen Werkstätten nicht erhoben werden dürfen. Derartige Forderungen

zu prüfen und eventuell als gerechtfertigt festzustellen ist lediglich Sache der noch zu bildenden Achtzehner-Kom- mission, und in letzter Linie des Einigungsamts. Gewerbebericht als Einigungsamt. Der Vorsitzende h. Schulz."

Versammlungen.

Der Wahlverein des dritten Berliner Reichstags-Wahl- kreises hielt am Dienstag eine gut besuchte Versammlung ab. Reichstags- Abgeordneter Rosenow hielt einen beifällig auf- genommenen Vortrag: „Die Lohnarbeiter im Mittelalter und im Zeitalter der Reformation.“ Eine Diskussion über den gehörten Vortrag fand nicht statt. Im Punkt Vereinsangelegenheiten teilte der Vorsitzende mit, daß am nächsten Sonntag im „Märkischen Hof“, Admiralstraße 18c, ein gemütliches Beisammensein, verbunden mit Gesangs-vorträgen, Tanz usw. stattfindet. Nach einigen internen An- gelegenheiten wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den 4. Wahlkreis (Südost) hielt am Dienstag bei Graumann, Raunynstraße, eine von etwa 500 Personen besuchte Versammlung ab. Genosse Dr. Leo Arons referierte über die Konjunktioschwächen und ihre Be- deutung für die Arbeiterklasse. Seine interessanten Ausführungen gipfelten darin, daß Konjunktioschwächen zwar nicht die Verteilung aus der kapitalistischen Wirtschaftsordnung herbeiführen könnten, daß sie aber sehr wohl im Stande seien, in gewissem Maße zur Besse- rung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterfamilie zu dienen und das Solidaritätsgefühl in sonst sehr schwer zugänglichen Kreisen des Proletariats zu fördern. Ferner könnten die Konjunktioschwächen nach Sicherung eines genügenden Absatzgebiets mit Erfolg an die Produktion gewisser Waren der Lebensmittel- und Bekleidungsindustrie gehen und gerade in diesen die Ausbeutung be- sonders begünstigenden Industrien, die zum Teil Hausindustrie seien, Musterwerkstätten einrichten. Redner wandte sich zum Schluß entschieden gegen die Rabatt-Sparvereine. Von den vermeintlichen Ersparnissen ihrer Mitglieder könne man geradezu sagen, daß sie in die Tasche hineingelogen seien. Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Genosse Müller teilte mit, daß der von Parteigenossen gegründete Konsumverein Berlin-Nordost in der Pfläckerstraße eine Verkaufsstelle habe, wo jederzeit Mitglieder aufgenommen würden. Donner meinte, die Mehrzahl der Ge- nossen sehe dem Konsumverein sympathisch gegenüber. Da aber auch im Rabatt-Sparverein Südost fast dieselben Parteigenossen an der Spitze ständen, wählte man nicht, wofin man sich wenden solle. Dr. Arons stimmte dem zu. Er würde eine reinliche Scheidung je eher je lieber sehen. Kurze vom Vorstand des Rabatt-Sparvereins erklärte auch den Konsumverein für das richtigere, er war aber der Meinung, daß der Rabatt-Sparverein mit seinen 24 000 Mitgliedern doch nicht so- bald fallen gelassen werden könne und dürfe. Hauptsache sei, daß jeder für den Konsumverein agitiere. Der Vorsitzende stellte fest, daß der Vereinsvorstand mit dem Vortrage des Genossen Arons nicht etwa bezweckt habe, für den Beitritt zum Konsumverein zu agitieren. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen wurde die Ver- sammlung geschlossen.

Die Textilarbeiter beschäftigten sich in ihrer Versammlung am Dienstag mit dem zu Ostern stattfindenden Kongreß zu Göpping. Als wichtigste Frage, die dem Kongreß zur Beratung vorliegt, ist, wie der Referent K o p f e ausführte, die des Reihnundtags zu be- trachten. Im Interesse der Kultur sei es erforderlich, daß der Kongreß zur Durchführung dieser für die Textilarbeiter geradezu brennenden Frage die geeigneten Mittel und Wege prüfe und wähle. In trefflicher Weise verstand es der Referent, den Versammelten die Notwendigkeit einer Verkürzung der Arbeitszeit vor Augen zu führen, erörterte sodann die ablehnende Haltung weiterer Unternehmungskreise zu dieser Forderung und betonte zur Ueberwindung dieses Widerstands die Notwendigkeit einer wohlgeleiteten und wohlorganisierten Arbeiterkraft. Die Diskussion ergab das Einverständnis der Ver- sammelten mit den gehörten Ausführungen.

Als Delegierte zum Kongreß wurden G o s e m ä r k e r und W o i g t gewählt. Eine Resolution, die ausgesperrten Holzarbeiter moralisch und finanziell zu unterstützen, fand einstimmige Annahme. G o s e m ä r k e r schilderte in anschaulicher Weise die geradezu haar- sträubenden Zustände in einigen Färbereien, in denen beispielsweise ohne jede Pause von früh 6 bis abends 1/2 10 Uhr gearbeitet werde, wie überhaupt in diesen Giftdüben von einer Nachachtung der gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Arbeiterkraft wenig zu verpflären sei.

Der Krieg.

Die Operationen scheinen hauptsächlich für einige Zeit zu ruhen. Nachrichten über kriegerische Ereignisse laufen nicht ein und der Korrespondent der „Daily Mail“ in Bloemfontein meldet, er habe in Bloemfontein erfahren, daß auf drei Wochen hinaus keine weitere Bewegung wahrscheinlich sei, da Unterhandlungen im Gange seien.

Lord Roberts meldet vom 21. aus Bloemfontein: Da eine große Anzahl Burghers den Wunsch ausgesprochen haben, sich unter den Bedingungen der letzten Proklamation zu ergeben, habe er kleine Kolonnen nach verschiedenen Richtungen entsandt, um die Waffen der Burghers entgegenzunehmen.

Im Boerenlager ist man dagegen, wie aus den gestern ver- öffentlichten Nachrichten aus Aroustadt ersichtlich, noch unentnützig.

Letzte Meldungen.

London, 22. März. Das „Reutersche Bureau“ meldet aus Aroustadt vom 20. d. M.: Die Boeren unter Olivier haben die britischen Truppen unter Gatoore in der Nähe von Bethulle in ein **Gefecht** verwickelt. Die britischen Truppen wurden geschlagen und erlitten schwere Verluste. Die Boeren machten viele Gefangene. Die Boeren ziehen eine starke Streitmacht zusammen. Kommandant de Wet ist heute hier eingetroffen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Krupps Flottenprojekt.

Adln, 22. März. (V. G.) Die „Adln. Volkstg.“ fordert den Reichstag und insbesondere die Budgetkommission auf, allen Ernstes in eine Prüfung der vielfach besprochenen Krupps-Pläne einzutreten. . . . Krupp verdiene allein bei dem Flottenprojekt an den Rüstungsarbeiten 175 Millionen Mark. Ob die Sache nicht völlig klargestellt sei, könne nicht ein einziges Schiff bewilligt werden. Mit un- bestimmten Nebenarten dürfe der Reichstag von der Marine- verwaltung sich nicht abweisen lassen. Er müsse volle Klarheit verlangen. Es komme nicht in Betracht, ob die Marineverwaltung am liebsten mit gewissen Firmen arbeite, sondern nur, ob andre es billiger machen können.

Frankfurt a. M., 22. März. (V. G.) Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus New York: In San Francisco sind neue Fälle von **Dubonnest** vorgekommen. Die Behörden suchen sie zu verhindern.

Damm (Schlesien), 22. März. (V. G.) Von den Arbeitern einer Anzahl Spinnereien, die seit letztem Freitag ausständig sind, wurden gestern Abend **schwere Ausschreitungen** begangen. Etwa 2000 Arbeiter drangen in verschiedene Wärdereien und plünderten dieselben. Die Gendarmen war den Ausschreitungen gegenüber machtlos; zwei Gendarmen wurden durch Steinwürfe schwer verletzt. Auf heute morgen hatte der Bürgermeister die Fabrikanten zu einer Besprechung zur Beilegung des Ausstands eingeladen. Da mehrere Fabrikanten dieser Einladung nicht gefolgt waren, gegen die Ausständigen nach den Wohnungen dieser Fabrikanten und schlugen dort die Thüren und Fenster ein. Es sind drei Patrouillen Infanterie eingetroffen, welche die Gendarmerie bei der Aufrechterhaltung der Ordnung unterstützen sollen. Auch in den benachbarten Gemeinden kam es zu Ausschreitungen.

Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen und Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

174. Sitzung. Donnerstag, den 22. März, 1 Uhr.

Von Bundesratspräsident v. Ziehmann. Zunächst wird der Rest des Etats in zweiter Lesung ohne Debatte erledigt. Ebenso das Staatsgesetz und das Anleihegesetz. Weiter wird folgende Resolution angenommen:

Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag mit dem nächsten Etatentwurf die Grundzüge der Reichsverwaltung über Deckung von Ausgaben des Reichs durch Aufnahme von Anleihen mitzuteilen.

Von den vorliegenden Petitionen wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt eine Petition des Allgemeinen Deutschen Steno-Tachygraphen-Berufsverbandes betreffend Einführung der Steno-Tachygraphie als Unterrichtsgegenstand an den Kapitulantenschulen. Es müßten erst Erfahrungen gesammelt werden über die praktische Brauchbarkeit der verschiedenen Systeme, Stenographie usw.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes wegen Verwendung überschüssiger Reichseinnahmen aus dem Rechnungsjahre 1900.

Nach § 1 der Regierungsvorlage ist der Ueberschuß an den den Bundesstaaten zu überweisenden Beiträgen zu kürzen und zur Verstärkung der Betriebsmittel der Reichsfinanzverwaltung zu verwenden.

Nach den Kommissionsbeschlüssen dagegen sind drei Viertel des Ueberschusses an den den Bundesstaaten zu überweisenden Beiträgen zu kürzen und zur Verminderung der Reichsschuld zu verwenden.

Die Kommission hat dem § 1 noch folgenden Zusatz gegeben: Die Verminderung der Reichsschuld erfolgt durch entsprechende Abhebung vom Anleihefonds. Soweit geeignete Anleihekredite nicht mehr offen stehen, wird über die Art der Schuldentilgung durch den Reichshaushalts-Etat Bestimmung getroffen.

Staatssekretär v. Ziehmann

verweist auf die Notwendigkeit einer Verstärkung der Betriebsmittel des Reichs und bittet das Haus, den Paragraphen in der Fassung der Regierungsvorlage anzunehmen.

Abg. v. Kardorff (Rp.)

bemerkt gegenüber den Ausführungen des Referenten, der betont hätte, daß dem Reiche vorwiegend ein Mehr an Betriebsmitteln verbleiben würde, wenn keine Verpflichtung aufhöre, den Berufsgenossenschaften langfristige Zuschüsse zu gewähren, er müsse es, soweit er die Stimmung des Hauses kenne, für ausgeschlossen halten, daß das Haus an den Beschlüssen der Unfallversicherungs-Kommission etwas ändern werde, somit das Reich auch weiterhin 75 bis 80 Millionen aus seinen Betriebsmitteln für die Berufsgenossenschaften festlegen müsse.

Abg. Singer (Soz.)

Ich lasse es ganz dahingestellt, ob die Auffassung des Herrn v. Kardorff die richtige ist, daß das Haus den Beschlüssen der Unfallversicherungs-Kommission beitreten wird. Ich möchte mich aber dagegen verwahren, daß die Voranschlagsleistung der Post an und für sich und das Verlangen der Unfall-Versicherungsgenossenschaften tatsächlich berechtigt wären.

Das Gesetz, welches die Sache regelt, legt der Post die Verpflichtung auf, die Zuschüsse zu leisten. Aber abgesehen davon, daß es auch nicht ganz richtig ist, daß der Staat nichts anderes zur Unfallversicherung beiträgt als diese Voranschlagsleistung — ich erinnere mir an die großen Ausgaben für das Reichs-Versicherungsamte, die doch sehr erheblich von der Unfallversicherung herrühren — laßt mich doch nur schiefen, daß das Verlangen der Unternehmer, die ihnen gesetzlich auferlegten Kosten 3/4 Jahre lang durch das Reich sich vorzahlen zu lassen, durchaus unbillig ist. Wenn man die Unfallversicherung als eine Last der Unternehmer auffassen will, so liegt doch hier kein Grund vor, um das Reich d. h. die übrigen Steuerzahler mit einem Teil der Last zu belasten zu Gunsten der Industrie und der Berufsgenossenschaften. Ich lasse mir an diesen Ausführungen genügen. Jedenfalls werden die Aufschonungen des Vorredners nicht auf allen Seiten des Hauses geteilt.

Abg. Büsing (natl.): Ich wollte nur dem Wunsch Ausdruck geben, daß ich lieber gesehen hätte, wenn die Fassung der verbindlichen Bestimmungen und nicht die Kommissionsfassung angenommen würde.

Abg. Singer (Soz.)

Ich will nur noch wiederholen und nachweisen, daß die Behauptung des Herrn von Kardorff, daß die Unternehmer die Lasten der Unfallversicherung allein zu tragen hätten, unbedeutend nicht richtig ist, weil ein außerordentlich großer Teil sämtlicher Unfallkosten von den Krankenkassen getragen werden müssen, die bekanntlich bis zur 13. Woche mit den Kosten der durch Unfall entstandenen Schäden belastet sind. Es ist ja ganz charakteristisch, daß dieselbe Seite, die die Lasten der Unfallversicherung als von den Unternehmern allein getragen ansieht und dagegen protestiert, daß die Reichsverwaltung von den Voranschlägen entlastet wird, gerade wieder diejenige ist, die dem Bestreben, die Karenzzeit von 13 Wochen auf 4 Wochen herabzusetzen, gegenübersteht. Ich glaube, daß wenn das Haus erst in die Beratung dieser Materie eintritt, dann zur Evidenz klar werden wird, daß die Ansicht, als ob die Arbeiter zur Unfallversicherung gar nichts zu leisten haben, durchaus irrig ist, und ich hoffe, daß das Haus einsehen wird, daß gar kein Grund vorhanden ist, die Reichspost Voranschlag leisten zu lassen und dadurch die erheblichen Kosten von diesem Voranschlag zu vernichten, um damit der Unternehmerschaft, der Industrie, die sich in einem ungeahnten Aufschwung befindet, möglichst noch weniger Lasten aufzubürden, als ihr von Reichs wegen zukommen.

Abg. v. Kardorff (Rp.): Es handelt sich hier nicht nur um die Industrie, sondern auch um die ganze Landwirtschaft. Gerade diese trägt an den Lasten der Unfallversicherung sehr schwer.

Abg. v. Nitzsch (L.): Seit langer Zeit hat das Reich gewisse Zuschüsse gegeben, jetzt fragt es sich, ob die Betriebsunternehmer belastet werden sollen, damit das Reich zu Geld käme.

Abg. Singer (Soz.): Ich möchte dem gegenüber richtig stellen, daß es sich nicht darum handelt, daß das Reich begünstigt werden soll zu Lasten der Betriebsunternehmer. Was verlangt wird, ist nichts anderes, als daß die Betriebsunternehmer das, was ihnen durch die Versicherungs-Gesetzgebung zu zahlen auferlegt ist, nicht erst 3/4 Jahre später zahlen sollen. Wir haben keine Ursache, dem Unternehmer einen zinslosen Kredit in dieser Höhe zu gewähren.

Abg. v. Nitzsch (L.): Wenn dem Unternehmer der zinslose Kredit entzogen wird, so werden ihm neue Lasten auferlegt, die schwerer das Reich gebt hat.

Damit schließt die Diskussion. § 1 wird angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes.

Präsident Graf v. Helldorf teilt mit, daß die Regierung auf die Vorlegung der Ergänzung-Etats für den Augenblick verzichtet und sich vorbehaltlich, sie nach der Osterpause als Nachtrag-Etats dem Hause wieder vorzulegen.

Es folgt die zweite Beratung der Ueberzicht der Reichsausgaben und -Einnahmen für 1900.

Abg. Singer (Soz.)

Ich bedauere sehr, daß der Herr Berichterstatter auf das Wort verzichtet hat. Ich hätte geglaubt, daß er eine Frage berühren würde, auf die ich nunmehr kommen will. In dem vorliegenden Etat findet sich beim Auswärtigen Amt eine Ueberweisung, die motiviert ist durch Dienstreisen und die Reise des Herrn Staatssekretärs nach Jerusalem. Ich meine aber, daß der Teil der Ueberweisung, der verursacht ist durch die Reise des Herrn Staats-

sekretärs nach Jerusalem, angefochten werden muß. Nach meinem Wissen sind die Reisen, welche der Kaiser macht, Privatreisen, und wenn er hohe Beamte, gleichviel welcher Art, zu seiner Begleitung einladet, so ergibt sich von selbst, daß dann auch die Kosten dieser Reisen durch den Kaiser selbst zu tragen sind. Gandelte es sich hier um Reisen im dienstlichen Interesse, so wäre doch eine Gelegenheit gewesen, den Herrn Staatssekretär über die Resultate seiner Dienstreise zu interpellieren. Aber ich darf doch behaupten, daß ganz allgemein diese Reise als aus der Privatinitiative des Kaisers entstanden angesehen wird. Man wird sehr erstaunt sein, wenn man zu vernehmen, daß ein Teil dieser Reise auf Reichskosten gemacht worden ist. Ich bitte Sie, den Etat zur noch mangelhaften Verichterstattung an die Kommission zurück zu verweisen. Es wird von principieller Bedeutung sein, wenn wir dann auf Grund dieses Verichts in die Lage kommen, die Ansicht des Reichstags über derartige Ueberweisungen auszusprechen. — Wenn derartige Ueberweisungen ohne weiteres von dem Reichstag genehmigt würden, so würde das gerade unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein großes Feld von Mehrtausgaben für uns eröffnen. Demgegenüber ist es wichtig, daran festzuhalten, daß solche Reisen aus der Privat-Initiative des Kaisers bestritten werden. Also die Frage eignet sich zur eingehenden Erörterung und ich bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen.

Der Antrag Singer wird darauf angenommen. Dafür stimmen die Socialdemokraten, Freisinnigen und ein Teil des Centrums.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Patentanwälte.

§ 1 lautet: Bei dem kaiserlichen Patentamt wird eine Liste der Patentanwälte geführt. In die Liste werden Personen, welche andere in Angelegenheiten, die zum Geschäftskreise des Patentamts gehören, vor demselben für eigene Rechnung berufsmäßig vertreten wollen, auf ihren Antrag eingetragen.

Der Abg. Heine beantragte, dem § 1 folgenden Absatz 2 zu geben:

Sämtliche eingetragenen Patentanwälte bilden eine Patentanwaltskammer mit dem Sitz in Berlin, die aus ihrer Mitte einen Vorstand erwählt. Die Sitzungen der Patentanwaltskammer unterliegen der Genehmigung des Reichskanzlers.

Abg. Heine (Soz.):

Unsere Stellung im allgemeinen zu diesem Gesetz behalten wir uns vor. Wir haben sehr wichtige Bedenken dagegen, daß überhaupt hier wieder ein neuer Berufsstand eingeschaltet werden soll in eine der Fächer der Bureaucratie, und abhängig gemacht werden soll von den Staatsbehörden. Diese Stellung werden wir bei der Generaldebatte in dritter Lesung näher präzisieren. Wenn man aber das Prinzip annimmt, von dem das Gesetz ausgeht, daß man den Stand der Patentanwälte nach der Art der Rechtsanwälte regeln will, so muß man eine andere Lösung suchen, aus hier gefunden ist. Die einzige selbständige Organisation, die den Patentanwälten durch das Gesetz gewährt wird, ist das Ehrengericht. Aber auch dazu wählen sie die Mitglieder nicht selbst, sondern diese werden vom Reichskanzler ernannt. Die Patentanwälte haben das von vornherein als Minderheitsvotum empfunden und petitioniert, man möge ihnen Anwaltskammern und korporative Organisationen geben. Der einzige Gegenstand von Belang, der dagegen erhoben worden ist, war, der Stand der Patentanwälte wäre noch zu jung und hätte keine Gewähr dafür, daß er seine Angelegenheiten selbständig ordnen könne. Dies Argument ist aber doch zu einer Zeit, wo man jedem Schuster und Schneider, jedem Bäcker und Bauer das Recht giebt, sich korporativ zu organisieren, durchaus mangelhaft. Ich vermag den lebhaften Widerstand, den die Reichsregierung diesem Vorschlag entgegenstellt, nur zu verstehen, indem ich annehme, sie will auch diesen neuen Berufsstand unter ihre Fittiche nehmen, um ihren Machtbestand so viel wie möglich zu erweitern. Auf Zukunftsvertretungen können sich die Patentanwälte nicht einlassen. Wo einmal die Bureaucratie ihre Lage angeht, da nimmt sie sie nicht so leicht wieder herunter. Nehmen Sie meinen Antrag jetzt ab, so werden die Patentanwälte später nicht mehr aus der Bevormundung herauskommen, denn dazu gehört dazu die Zustimmung der Reichsregierung, und diese wird, wie die Erfahrung lehrt, nicht erteilt werden. Ich bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen und zu den Patentanwälten das Vertrauen zu haben, daß sie ihre Angelegenheiten mit Würde und zum Besten des Standes, den sie vertreten, zu regeln im Stande sind. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Unterstaatssekretär Nothe:

Ich bitte Sie, den Antrag Heine abzulehnen. Die Patentanwälte sind noch ein junger Stand. Sie sollen ein solcher erst werden. Einstweilen sind sie noch eine gemischte Gesellschaft. (Weiterleut bei den Socialdemokraten.) Es gehören zu ihnen Juristen, Chemiker und Kaufleute. Der Hinweis auf die Rechtsanwälte ist nicht angebracht, denn wir haben 5000 Rechtsanwälte, während die Zahl der Patentanwälte auf etwa 300 geschätzt wird.

Abg. Dr. Certeil (L.):

Wir halten die Errichtung einer Patentanwaltskammer für möglich, nur zur Zeit noch nicht durchführbar. Erst muß ein Stand der Patentanwälte gebildet werden. Das ganze vorliegende Gesetz ist ein Uebergangsgesetz. Bei der nächsten Revision wird sich die Sache verwirklichen lassen. Wie lange haben die Rechtsanwälte und Juristen auf ihre Kammern warten müssen. Die Landwirtschaftskammern und Handwerkskammern sind zum Vergleich nicht heranzuziehen. Ich bitte Sie, den Antrag Heine abzulehnen.

Abg. Dr. Pauli (Oberbarnim, Rp.) empfiehlt die Annahme des Gesetzentwurfs nach den Kommissionsbeschlüssen unter Ablehnung des Antrags Heine.

Abg. Hoffmeister (fr. Bg.) tritt für den Antrag Heine ein. Gerade die Kammer werde den Hauptzweck der Vorlage, die Beseitigung unläuterer Elemente von dem Stande, erreichen.

Abg. Träger (fr. Bg.): Wir stimmen dem Antrag Heine zu. Wir halten ihn für notwendig und für durchführbar. Der natürliche Boden für das Ehrengericht ist die Patentanwaltskammer. Wenn wir die Kammer beschließen und die Regierung geht auf den Vorschlag nicht ein, so mag sie die Verantwortung tragen.

Abg. Müller-Duisburg (natl.):

Der Vorredner hat den Umstand nicht genügend gewürdigt, daß heute die Patentanwälte noch eine gemischte Gesellschaft bilden und die Vorlage ja erst eine Sanierung dieser Verhältnisse bezweckt. Vorerst halte ich deshalb die Errichtung einer Patentanwaltskammer nicht für geboten und werde gegen den Antrag Heine stimmen.

Geh. Rat Haub:

Kein Vorwurf ist ungerichtet, als der des Bureaucratismus, den Abg. Heine erhoben hat. Die Anregung zu dem Gesetzentwurf ist aus dem Publikum und den Kreisen der Beteiligten selbst gekommen. Das Patentamt ist bereits stark überlastet und hatte gar keine Veranlassung, sich die Aufsicht über die Patentanwälte noch aufzuladen. Die Regierung hegt auch kein Mißtrauen gegen die Patentanwälte, eine große Zahl verdient Vertrauen. Ein anderer Teil hat freilich dieses Vertrauen nicht gerechtfertigt. Später wird die Errichtung einer Kammer möglich und nützlich sein. Momentan fehlt das Material für die Bildung einer Kammer noch. Vorläufig besteht noch kein geschlossener Patentanwaltsstand. Es bestehen sehr schwere Bedenken bei und gegen den Antrag Heine.

Abg. Kirsch (C.) schließt sich den Ausführungen der Abg. Certeil und Müller an und erklärt sich gegen die Errichtung einer Patentanwaltskammer.

Abg. Heine (Soz.):

Ich muß die Analogie mit den Landwirtschaftskammern und Handwerkskammern aufrecht erhalten. Denn diese Korporationen haben noch mehr Befugnisse als die Patentanwaltskammern bekommen sollen. Der Bureaucratismus sehe ich in der Ausführung des Gesetzes. Der Herr Unterstaatssekretär sprach von einer „gemischten Gesellschaft“. Sollte er damit eine moralisch gemischte Gesellschaft gemeint haben, so wäre das eine sehr unglückliche Bezeichnung, denn die faulen Elemente werden ja jetzt schon nicht zugelassen, wenn das Gesetz in Kraft tritt. Die Patentanwälte haben nicht alle studiert, deshalb glaubte sich der Unterstaatssekretär berechtigt, von einer gemischten Gesellschaft zu reden. Da sehen wir den alten bürokratischen Jopf. Der Stand der Patentanwälte soll gehoben werden. Es ist richtig, daß die Patentanwälte selbst nach Standeserhöhung verlangen. Solchem Verlangen stehe ich aber streng gegenüber. In einer Patentanwalts-Versammlung habe ich gehört, die Standeshebung müsse nicht so sehr im Interesse des Publikums erfolgen, als vielmehr im Interesse der Patentanwälte selbst, denn es sei doch schrecklich, daß es unter den Patentanwälten Leute giebt, die nicht einmal ein Examen gemacht haben. (Heiterkeit.) Das ist der alte Amtstrod und Titelstang, die wir bekämpfen.

Unterstaatssekretär Nothe erwidert, er habe mit dem Ausdruck „gemischte Gesellschaft“ nicht den Patentanwälten einen moralischen Tadel anheften wollen. Der Ausdruck stammt übrigens aus den Kreisen der Patentanwälte selber.

Abg. Schrader (fr. Bg.): Herr Heine hat ganz recht. Die faulen Elemente sollen ja schon beim Inkrafttreten des Gesetzes ausgeschlossen werden. Deshalb sehe ich aber auch gar keinen Grund ein, den Patentanwälten die Organisation der Kammern, die sie wünschen, noch vorzuenthalten. Auch die Ehrengerichte werden mehr Autorität haben, wenn sie ganz aus eigener Wahl der Patentanwälte hervorgehen.

Nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Certeil schließt die Diskussion.

Der Antrag Heine wird gegen die Stimmen der Socialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt und § 1 in der Kommissionsfassung angenommen.

§ 2 lautet: Die Eintragung ist nur zulässig, wenn der Antragsteller gemäß der §§ 3—5 keine technische Befähigung und den Besitz der erforderlichen Rechtskenntnisse nachweist.

Im übrigen ist die Eintragung zu verweigern:

- 1. wenn der Antragsteller nicht im Inlande wohnt,
2. wenn er das 25. Lebensjahr nicht vollendet hat,
3. wenn er in der Befähigung über sein Vermögen durch gerichtliche Anordnung beschränkt ist,
4. wenn er sich eines unwürdigen Verhaltens schuldig gemacht hat.

Wird die Eintragung gemäß Absatz 2 Nr. 4 verweigert, so ist ausschließlich eine Beschwerde nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen zulässig. Die Beschwerde ist innerhalb eines Monats nach der Zustellung der Entscheidung schriftlich bei dem Patentamt anzumelden. Ueber die Beschwerde entscheidet das Ehrengericht.

Ein Antrag Heine befragt:

Abg. 2 Ziffer 4 erhält folgende Fassung: „wenn er sich durch sein Verhalten der Achtung unwürdig gezeigt hat, welche sein Beruf erfordert. Politische, wissenschaftliche, künstlerische und religiöse Ansichten oder Handlungen, die solche können nicht als ein Verhalten angesehen werden, welches dieser Achtung unwürdig macht“.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antif.) beantragt, die Ziffer 1 wie folgt zu fassen: „wenn der Antragsteller nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt und nicht im Inlande wohnt“.

Abg. Heine (Soz.):

Unser Antrag entspricht einem Zeitbedürfnis und ist, wie der Referent schon angedeutet hat, auch in der Kommission verhandelt worden. Es handelt sich dort zunächst um eine große Majorität für den Antrag. Selbst ein konservativer Mann, der Abg. Certeil, hat für ihn gestimmt mit dem Bemerkung, daß er mit dieser Abstimmung seine Partei nicht binden wolle. Später sind die national-liberalen und konservativen Mitglieder der Kommission durch andere erlegt worden, und diese haben dagegen gestimmt, so daß der Antrag schließlich gefallen ist. Diese Aenderung der Stimmung ist zurückzuführen auf den energischen Widerspruch, den die Regierung, namentlich der Unterstaatssekretär Nothe, gegen den Antrag erhoben hat. Auch hier wieder ist der einzige Grund das Bestreben der Bureaucratie, ihre Macht und ihren Einfluß zu erweitern. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Herr Unterstaatssekretär Nothe hat ja ausdrücklich erklärt, daß die Regierung nicht die Absicht habe, politischen, religiösen oder sonstigen Handlungen von Patentanwälten zu nahe zu treten. Warum sträubt er sich dann aber mit solchem Eifer, das gesetzlich festzulegen? Das erinnert mich an das Treiben gewisser Geschäftsleute, die bei geschäftlichen Abmachungen alles versprechen, wenn man es aber schriftlich verlangt, erklären, nein, das geht gegen meine Ehre, darauf lasse ich mich nicht ein. Wer mit den Verträgen zu thun hat, weiß, was man mit solchen Leuten für Erfahrungen macht. Die gute Absicht, von der der Herr Unterstaatssekretär gesprochen hat, glaube ich ihm für seine Person sehr gern, die Regierung des präsidierenden Bundesstaats hat aber die ganze Tradition gegen sich. Ihre ganze Geschichte beweist, daß sie die Gewohnheit besitzt, Machtbefugnisse, die ihr übertragen worden sind, um bei Beamten gegen fittliche Verfehlungen einzuschreiten, mißbraucht zur Unterdrückung der Freiheit der Ueberzeugung. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Man sagt, man wolle nicht gegen Bestimmungen, sondern nur gegen Handlungen vorgehen. Eine Bestimmung aber, die nicht bestrafbar ist, ist keine Bestimmung mehr. In dem Augenblick aber, wo ein Beamter seine Bestimmung ausübt, liegt eine politische Handlung vor und dann fühlen sich die Behörden berufen, einzuschreiten. Es ist in diesen Tagen in den Zeitungen daran erinnert worden, daß schon 1794 der große Kant es sich gefallen lassen mußte, von jemand, der trotz der Warnor-Standbilder, die ihm gesetzt sind, zu den Schandfleckern in der preussischen Geschichte gehört, sich vorzuschreiben zu lassen, was er lehren oder nicht lehren solle. Im Jahr 1864 wurde Professor Müller in Königsberg als unwürdig seiner Stellung gemahregelt, weil er auf den Landtags-Präsidenten v. Voßum-Dollé ein Hoch angedrückt und eine fortschrittliche Versammlung einberufen hatte. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Ein Antisovostet wurde seiner Stellung unwürdig erklärt, weil er einem Socialdemokraten beim Abschied die Hand gedrückt und erklärt hatte: „Es hat mich sehr gesteuert“. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Ein Schulze wurde gemahregelt, weil er es ablehnte, kontraktbrüchig zu werden und einen socialdemokratischen Mieter aus dem Hause zu werfen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Ich erinnere Sie an den Fall des Professor Delbrück und die Mahregelung der Landräte, über die Sie (nach rechts) mit gutem Recht geäußert haben. Denken Sie an den Postbeamten, der vor kurzem gemahregelt wurde, weil er durch sein Auftreten den Verdacht erregt hatte, er interessiere sich für die Socialdemokratie. Ich rate also den Herren, die hier im Hause sitzen und das Unglück haben, Beamte zu sein, wenn sie einem von uns in den Korridoren begegnen, nur ja eine saure Miene aufzusetzen und ein bißchen die Stirne zu runzeln, um zu zeigen, daß sie sich für keinen von uns interessieren, es könnte ihnen sonst an den Krallen gehen. (Heiterkeit.) Der Fall des Dr. Arons hat uns nun ja gezeigt, daß auch gegen Nicht-Beamte wegen ihrer politischen Ueberzeugung vorgegangen werden kann. Man hat bei ihm einen beamtenähnlichen Charakter konstruiert, das selbe kann auch bei den Patentanwälten geschehen. Man hat gesagt, Arons benutze die Hörsäle der Universität, ebenso kann man von den Patentanwälten sagen, sie benutzen die Terminzimmer, die Bibliothek usw. des kaiserl. Patentamts. Aller-

Die Worte des Grafen v. Helldorf anders als die Empfehlung des Staatsrechtes. (Lehnhauer Verlag.)
Damit schließt die Diskussion.
Der Antrag Liebermann von Sonnenberg wird gegen die Stimmen der Konservativen und Antisemiten abgelehnt.
Der Antrag Schmidt-Warburg wird gegen die Stimmen der Rechten und eines Teils der Nationalliberalen angenommen und mit diesem Zusatz § 2.
Die §§ 3 und 4 werden debattelos angenommen. § 5 wird nach dem Kommissionsantrag gefasst.
§ 6 wird auf Antrag des Abg. Heine (Soz.) mit demselben Zusatz verlesen, den § 2 erhalten hat.
Die folgenden §§ 7-17 werden debattelos angenommen.
§ 18 lautet: Der Präsident des Patentamts ist befugt, Personen, die ohne in die Liste eingetragen zu sein, die Vertretung vor dem

Patentamt berufsmäßig betreiben, von dem Vertretungsgehalt auszufüllen. Auf Rechtsanwältin und Forscher der Patentbureaus industrieller Firmen findet diese Vorschrift keine Anwendung.
Abg. Hoffmeister (fr. Vg.) beantragt die gesperrt gesetzten Worte, die die Kommission hinzugefügt hat, zu streichen.
Innenminister Nothe tritt für den Antrag Hoffmeister ein.
Abg. Kisch (C.) beantragt hinter die gesperrt gesetzten Worte einzufügen: „soweit diese die Firmen vor dem Patentamt vertreten.“
Abg. Müller-Sagan (fr. Vp.): Die von der Kommission hinzugefügten Worte ermöglichen eine Umgehung der ganzen Ordnung, die wir geschaffen haben. Die nicht in der Liste eingetragenen Personen brauchen ja bloß Kellernamen zu errichten, um dann als Vertreter dieser Firmen mit vollem Rechte als Patentanwalt zu fungieren. Ich bitte deshalb um Annahme des Antrags Hoffmeister.

Der Antrag Hoffmeister wird angenommen. Der Antrag Kisch ist damit hinfällig geworden.
Der so veränderte § 18 wird angenommen, ebenso die übrigen Paragraphen des Gesetzes.
Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes betreffend die Bekämpfung der Entziehung elektrischer Kraft. Das Gesetz wird debattelos angenommen.
Schließlich wird der Initiativantrag der Frau Lothringer auf Regulierung der Wahlen zum Landesauschuss von Elb-Lothringen in dritter Lesung unverändert angenommen.
Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr: Dritte Beratung der Gesetze über die Patentanwälte und den Diebstahl elektrischer Kraft; Petitionen.
Schluß 6 1/2 Uhr.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 23. März.
Cyrenhaus. Abd. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Die Tochter des Grobmans. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Abd. Hierauf: Der grüne Kadob. Anfang 7 1/2 Uhr. Leistung. Als ich wiederkam... Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Freilicht. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues. Ein Kellereigentum. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Gebildete Menschen. Anfang 8 Uhr.
Wesken. Abdella. Anfang 7 1/2 Uhr. Thalia. Im Himmelhof. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Die Dame von Marim. Anfang 7 1/2 Uhr.
Enliten. Der Millionenbauer. Anfang 8 Uhr.
Central. Die Puppe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weiss. Der Minenking von Transvaal. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Cigarettenmädchen. Hierauf: Ein Studentenfreud. Anfang 8 Uhr.
Victoria. Dichter und Bauer. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelms-Theater. Maria Stuart. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitätenvorstellung. Die verkehrte Welt. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten - Vorstellung. Im Reiche des Indra. Anfang 7 1/2 Uhr.
Palast. Spezialitäten - Vorstellung. Die neue Herrin. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Vossage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Irania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 6-10 Uhr: Sternwarte.
Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: „Von den Alpen zum Vesuv“.

Schiller-Theater

(Wagner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr: Gebildete Menschen.
Sollstid in 3 Akte v. Victor Leon.
Sonabend, abends 8 Uhr: Gebildete Menschen.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Die Räuber.
Sonntag, abends 8 Uhr: Der Probestell.

Central-Theater

Direktion: José Forency.
Die Puppe. (La Poupée).
Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Odouneau und Sinigeli. Musik von G. Kuban.
Morgen und folgende Tage: Die Puppe (La Poupée).
Sonntag, nachmittags 3 Uhr zu halben Preisen: Die Fledermaus von Joh. Strauß.

Belle-Alliance-Theater.

3. Gastspiel des Wiener Operetten-Theaters (Wöhler ohne Wöhler).
Direktion: Gothov-Grüneke.
Zum 3. Male:
Cigarettenmädchen.
Operette in 1 Akt v. Gothov-Grüneke. Hierauf zum 3. Male:
Ein Studentenfreud.
Operette in 1 Akt v. Gothov-Grüneke. Anfang 8 Uhr.

Wilhelm-Theater.

Dresdenerstr. 96.
Eröffnung:
Sonabend, den 24. März 1900:
Die Cirkus-Fee.
Operette in 2 Akten von G. Fleisch. Musik von G. Schelcherhoffer. Billetverkauf von heute ab im Theaterbureau.

Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
Wiederholung der am Mittwoch mit großem Erfolg aufgeführten Benefiz-Vorstellung.
Aufstehen der ersten Reihen.
Kunst-Spezialitäten.
In Berlin noch nie dagewesen.
Cläre Schaffer
mit ihren 12 besten Schwestern.
Um 8 1/2 Uhr: Direktor Wilhelm Fröbel in der Berliner Volks-Operette.
Die neue Herrin.
Abd. 7 1/2 Uhr. Sonabend v. 11-1 Uhr. Sonabend: Frühlings-Fest. Freitanz - Preisverteilung.

Urania

Taubenstrasse 48/49.
In Theater abends 8 Uhr:
„Von den Alpen zum Vesuv“
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum.

Von Sonnabend, d. 24. d. M. ab:
35 Togo-Neger
(28 Mädchen, 5 Männer, 2 Kinder).
Vorstellung um 11, 12, 3 1/2, 4 1/2, 5 1/2, 6 1/2, 7 1/2, 9 Uhr.

CASTANS PANOPTICUM

165. Friedrichstr. 165.
Im glänzend restaurierten Theatersaal:
Vorführung lebender Photographien in Lebensgröße.
Der englische Riese nur noch kurze Zeit.
In der Schreckenskammer
Reinze, der Mörder.

Thalia-Theater.

Tel. Amt IVa 6440. Dresdenstr. 72/73.
Täglich: Kleinkalender!
Im Himmelhof.
Thomas, Diabloscher, Geinardung Junfermann, Paulmüller.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Im Himmelhof.
Sonabend, den 24. März: Benefiz für Emil Thomas: Im Himmelhof.

Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstr. 132.
Täglich: 8 Uhr: Der Minenking von Transvaal.
Morgen und folgende Tage: Der Minenking von Transvaal.
Vorgabestück haben Gültigkeit.
Morgen Sonabend nachmittags 4 Uhr: Hölzer und die geradete Prinzessin. Kleine Preise.

Cirkus Schumann.

Heute Freitag, den 23. März, abends 8 Uhr.
Gr. außerord. Gala-Vorstellung.
Wozu hervorragendes Programm. Aufstehen sämtlicher neu engagierter Künstlerinnen sowie Aufstehen sämtl. Klavierspieler und Tänzerinnen mit ihren neuesten Entrees und Intermezzen.
Ren! Ren!
Ein musikalisches Entree von 60 Damen.
Direktor Albert Schumann mit seinen anerkannt unerlässlich bestehenden Original-Dressuren.
Zum Schluss: Zum 49. Male:
Dr. Faust.
Einerromantisch-phantastische Handlung in drei Abteilungen vom Hofballmeister A. Stems.
Sonntag: 2 gr. Vorstell. Nachm. 3 1/2 Uhr: Im Weihnachtsbar, abds. 7 1/2 Uhr: Dr. Faust. In beiden Vorstellungen: Ein musikal. Entree von 60 Damen. Nachm. 1 und 1 1/2 Uhr.

Reichshallen-Restaurant.

Täglich: **Konzert** des Reichshallen-Orchesters.
Mittwoch, 28. März: Benefiz-Konzert für den Kapellmeister Herrn Courths. Großartiges Novitäten-Programm! U. a.: „Reichshallen-Gelster“, neuestes Potpourri von Maxel. „Kiecher-Lotchen“, Humoreske. „Benefiz-Polka“ von Courths etc.
Wir beehren uns, ergebend zur Anzeige zu bringen, dass sich vom 24. d. M. ab unser Bureau in dem eigenen neu erbauten Hause der Gesellschaft

Berlin W., Jägerstrasse 24

Postamt 56, Fernsprecher I. 2874, befindet.
Hamburg-Bremer Feuerversicherungs-Gesellschaft.
Die Verwaltung für die Provinz Brandenburg.
Wilh. v. Feilitzsch.

Metropol-Theater.

Täglich um 9 Uhr 30 Min.:
Verkehrte Welt!
mit der hochoriginellen **Weiber-Parade.**

Das große März-Spezialitäten-Programm:

Die 8 Diamants, Deltorelli-Trio, Fred Gillet, Sandor-Trio, Les Rissots, The Daytons, Mary Wolf etc.
Anfang an Wochentagen um 8, an Sonntagen um 7 1/2 Uhr.

Cirkus Busch.

Nur noch kurze Zeit!
Heute Freitag, den 23. März 1900, abds. 7 1/2 Uhr: Gala-Klown-Vorstellung. Zum 134. Male: **Die Camorra.**
Außerdem: Equestrischer Karnevalszug. Amateur-Konkurrenz-Reiten. 50 Mark Prämie. Adons & Campton, faszinöse Medtamer. Die Grigori-Troupe.
Reisenshallen.
Täglich: **Stettiner Sänger**
Anfang: **Wochentags 8 Uhr. Samstags 7 Uhr. Entree 50 Pfennig. Sonntags 40 Pf.**



Charlottenburg. Holzarbeiter!

Heute, Freitag, den 23. März 1900, abends 8 1/2 Uhr, in der „Gambrians-Brauerei“, Wallstr. 94:
Verammlung.
Tages-Ordnung: 8 1/2
Die Vorschläge des Einigungsamts. Der Einberafer.

Tischler-Verein.

Sonabend, den 24. März, abends 8 1/2 Uhr, Reichstr. 15:
Verammlung.
Tages-Ordnung: Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.

Teppich- u. Linoleumleger.

Heute, Freitag, den 23. d. M., abends 8 1/2 Uhr, in den Armin-Hallen, Kommandantenstr. 20.
Deffentliche außerordentliche Verammlung.
Tages-Ordnung: Bericht über die Antwort der Firmen auf die Forderungen der Leget. Es ist Pflicht eines jeden, zu erscheinen. 678 Der Vorstand.

Möbel-Offerte!

Wegen Aufgabe werden Krausnickstr. 22, bei der Craniensburgerstr. Hof-Abrißspeicher, **Zimmer-Einrichtungen**, sowie einzelne Stücke Spiegel und Porzellanwaren bedeutend unter dem Selbstkostenpreis verkauft!

Frühstücks-Suppen Gemüse- und Kraftsuppen

Bouillon-Kapseln Suppen-Würze
stets vorrätig bei **Georg Wernick**, Friedrichsberg, Frankfurter Allee 198.

Zähne 2 M.

10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilz. wöchentl. 1 M. Zahnarzt **Wolf**, Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7.

Aug. Stein Gold- u. Silberwaren

Berlin SO., 177 Oranienstr. 177, Ecke Adalbertstr.
Einsegnungs-Schmucks mit Opalen, Türkisen, Perlen etc. 188000
Hochzeits-Geschenke in silberne vom billigsten bis feinsten Genre. 12600

Montag, den 26. März, abends 8 Uhr, bei Ballhimmeler, Badstraße 16: Volksversammlung.

1. Die Bedeutung der Konsum-Genossenschaften für die arbeitende Klasse. Referent: Genosse **Dr. L. Arons.** 2. Diskussion.
Die Mitglieder werden gebeten, am Sonntag, den 25. März, vormittags 8 Uhr, bei Gasomann, Grünthalstr. 65 und bei Listke, Brunnensstraße 85 zur Flugblatt-Verteilung zahlreich zu erscheinen.
Nehme die Befriedigung gegen Herrn Paul Schulz hierdurch jurisd. 629 Frau Winter.

W. Noacks Theater.

Brunnensstraße 16.
Mutter und Sohn.
Schauspiel in 4 Akten (5 Bildern) von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Neben Sonntag, Dienstag und Donnerstag nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.
Freitag und Sonnabend: Keine Vorstellung.
Sonntag, den 25. März: **Hoffmanns Norddeutsche Sänger**
Wir von der Kavallerie.
Nach der Sonne: **Tanzkränzchen.**

Apollo-Theater.

Im Reiche des Indra und 8 erstklassige Spezialitäten.
Beginn der Vorstellung 7 1/2 Uhr. Vorverkauf von 10-2 Uhr im Theater sowie beim „Invalidendank“ und „Künstlerdank“.

Charlottenburg. Holzarbeiter!

Heute, Freitag, den 23. März 1900, abends 8 1/2 Uhr, in der „Gambrians-Brauerei“, Wallstr. 94:
Verammlung.
Tages-Ordnung: 8 1/2
Die Vorschläge des Einigungsamts. Der Einberafer.

Tischler-Verein.

Sonabend, den 24. März, abends 8 1/2 Uhr, Reichstr. 15:
Verammlung.
Tages-Ordnung: Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.

Teppich- u. Linoleumleger.

Heute, Freitag, den 23. d. M., abends 8 1/2 Uhr, in den Armin-Hallen, Kommandantenstr. 20.
Deffentliche außerordentliche Verammlung.
Tages-Ordnung: Bericht über die Antwort der Firmen auf die Forderungen der Leget. Es ist Pflicht eines jeden, zu erscheinen. 678 Der Vorstand.

Möbel-Offerte!

Wegen Aufgabe werden Krausnickstr. 22, bei der Craniensburgerstr. Hof-Abrißspeicher, **Zimmer-Einrichtungen**, sowie einzelne Stücke Spiegel und Porzellanwaren bedeutend unter dem Selbstkostenpreis verkauft!

Frühstücks-Suppen Gemüse- und Kraftsuppen

Bouillon-Kapseln Suppen-Würze
stets vorrätig bei **Georg Wernick**, Friedrichsberg, Frankfurter Allee 198.

Zähne 2 M.

10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilz. wöchentl. 1 M. Zahnarzt **Wolf**, Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7.

Aug. Stein Gold- u. Silberwaren

Berlin SO., 177 Oranienstr. 177, Ecke Adalbertstr.
Einsegnungs-Schmucks mit Opalen, Türkisen, Perlen etc. 188000
Hochzeits-Geschenke in silberne vom billigsten bis feinsten Genre. 12600

Montag, den 26. März, abends 8 Uhr, bei Ballhimmeler, Badstraße 16: Volksversammlung.

1. Die Bedeutung der Konsum-Genossenschaften für die arbeitende Klasse. Referent: Genosse **Dr. L. Arons.** 2. Diskussion.
Die Mitglieder werden gebeten, am Sonntag, den 25. März, vormittags 8 Uhr, bei Gasomann, Grünthalstr. 65 und bei Listke, Brunnensstraße 85 zur Flugblatt-Verteilung zahlreich zu erscheinen.
Nehme die Befriedigung gegen Herrn Paul Schulz hierdurch jurisd. 629 Frau Winter.

W. Noacks Theater.

Brunnensstraße 16.
Mutter und Sohn.
Schauspiel in 4 Akten (5 Bildern) von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Neben Sonntag, Dienstag und Donnerstag nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.
Freitag und Sonnabend: Keine Vorstellung.
Sonntag, den 25. März: **Hoffmanns Norddeutsche Sänger**
Wir von der Kavallerie.
Nach der Sonne: **Tanzkränzchen.**

Apollo-Theater.

Im Reiche des Indra und 8 erstklassige Spezialitäten.
Beginn der Vorstellung 7 1/2 Uhr. Vorverkauf von 10-2 Uhr im Theater sowie beim „Invalidendank“ und „Künstlerdank“.

Charlottenburg. Holzarbeiter!

Heute, Freitag, den 23. März 1900, abends 8 1/2 Uhr, in der „Gambrians-Brauerei“, Wallstr. 94:
Verammlung.
Tages-Ordnung: 8 1/2
Die Vorschläge des Einigungsamts. Der Einberafer.

Tischler-Verein.

Sonabend, den 24. März, abends 8 1/2 Uhr, Reichstr. 15:
Verammlung.
Tages-Ordnung: Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.

Teppich- u. Linoleumleger.

Heute, Freitag, den 23. d. M., abends 8 1/2 Uhr, in den Armin-Hallen, Kommandantenstr. 20.
Deffentliche außerordentliche Verammlung.
Tages-Ordnung: Bericht über die Antwort der Firmen auf die Forderungen der Leget. Es ist Pflicht eines jeden, zu erscheinen. 678 Der Vorstand.

Möbel-Offerte!

Wegen Aufgabe werden Krausnickstr. 22, bei der Craniensburgerstr. Hof-Abrißspeicher, **Zimmer-Einrichtungen**, sowie einzelne Stücke Spiegel und Porzellanwaren bedeutend unter dem Selbstkostenpreis verkauft!

Frühstücks-Suppen Gemüse- und Kraftsuppen

Bouillon-Kapseln Suppen-Würze
stets vorrätig bei **Georg Wernick**, Friedrichsberg, Frankfurter Allee 198.

Zähne 2 M.

10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilz. wöchentl. 1 M. Zahnarzt **Wolf**, Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7.

Aug. Stein Gold- u. Silberwaren

Berlin SO., 177 Oranienstr. 177, Ecke Adalbertstr.
Einsegnungs-Schmucks mit Opalen, Türkisen, Perlen etc. 188000
Hochzeits-Geschenke in silberne vom billigsten bis feinsten Genre. 12600

Montag, den 26. März, abends 8 Uhr, bei Ballhimmeler, Badstraße 16: Volksversammlung.

1. Die Bedeutung der Konsum-Genossenschaften für die arbeitende Klasse. Referent: Genosse **Dr. L. Arons.** 2. Diskussion.
Die Mitglieder werden gebeten, am Sonntag, den 25. März, vormittags 8 Uhr, bei Gasomann, Grünthalstr. 65 und bei Listke, Brunnensstraße 85 zur Flugblatt-Verteilung zahlreich zu erscheinen.
Nehme die Befriedigung gegen Herrn Paul Schulz hierdurch jurisd. 629 Frau Winter.

W. Noacks Theater.

Brunnensstraße 16.
Mutter und Sohn.
Schauspiel in 4 Akten (5 Bildern) von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Neben Sonntag, Dienstag und Donnerstag nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.
Freitag und Sonnabend: Keine Vorstellung.
Sonntag, den 25. März: **Hoffmanns Norddeutsche Sänger**
Wir von der Kavallerie.
Nach der Sonne: **Tanzkränzchen.**

Apollo-Theater.

Im Reiche des Indra und 8 erstklassige Spezialitäten.
Beginn der Vorstellung 7 1/2 Uhr. Vorverkauf von 10-2 Uhr im Theater sowie beim „Invalidendank“ und „Künstlerdank“.

Charlottenburg. Holzarbeiter!

Heute, Freitag, den 23. März 1900, abends 8 1/2 Uhr, in der „Gambrians-Brauerei“, Wallstr. 94:
Verammlung.
Tages-Ordnung: 8 1/2
Die Vorschläge des Einigungsamts. Der Einberafer.

Tischler-Verein.

Sonabend, den 24. März, abends 8 1/2 Uhr, Reichstr. 15:
Verammlung.
Tages-Ordnung: Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.

Teppich- u. Linoleumleger.

Heute, Freitag, den 23. d. M., abends 8 1/2 Uhr, in den Armin-Hallen, Kommandantenstr. 20.
Deffentliche außerordentliche Verammlung.
Tages-Ordnung: Bericht über die Antwort der Firmen auf die Forderungen der Leget. Es ist Pflicht eines jeden, zu erscheinen. 678 Der Vorstand.

Möbel-Offerte!

Wegen Aufgabe werden Krausnickstr. 22, bei der Craniensburgerstr. Hof-Abrißspeicher, **Zimmer-Einrichtungen**, sowie einzelne Stücke Spiegel und Porzellanwaren bedeutend unter dem Selbstkostenpreis verkauft!

Frühstücks-Suppen Gemüse- und Kraftsuppen

Bouillon-Kapseln Suppen-Würze
stets vorrätig bei **Georg Wernick**, Friedrichsberg, Frankfurter Allee 198.

Zähne 2 M.

10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilz. wöchentl. 1 M. Zahnarzt **Wolf**, Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7.

Aug. Stein Gold- u. Silberwaren

Berlin SO., 177 Oranienstr. 177, Ecke Adalbertstr.
Einsegnungs-Schmucks mit Opalen, Türkisen, Perlen etc. 188000
Hochzeits-Geschenke in silberne vom billigsten bis feinsten Genre. 12600

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Am Sonntag, den 25. März, abends 6 Uhr, im „Kolberger Salon“, Kolbergerstraße Nr. 23:
Öffentl. Versammlung für Männer und Frauen.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Dr. Freudenberg** über: „Die Kultur aufgaben leiden nicht“. 2. Diskussion.
Nach der Versammlung: **Gemütliches Beisammensein.**
Um zahlreichem Besuch ladet ein **Der Vertrauensmann.**
111/18 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Am Sonntag, den 25. März, abends 6 Uhr, im „Kolberger Salon“, Kolbergerstraße Nr. 23:
Öffentl. Versammlung für Männer und Frauen.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Dr. Freudenberg** über: „Die Kultur aufgaben leiden nicht“. 2. Diskussion.
Nach der Versammlung: **Gemütliches Beisammensein.**
Um zahlreichem Besuch ladet ein **Der Vertrauensmann.**
111/18 **Die Ortsverwaltung.**

Samariter-Kursus

für Arbeiter und Arbeiterinnen.

XII. Stiftungsfest

am Sonnabend, den 24. März, im Tonienstädtischen Konzert-
haus, Alte Jakobstraße 37.

BALL.

Gefangenvorträge des Gefangenenvereins „Nord“, (M. d. Arb.-Sänger).
Freunde und Gönner des Kursus sind hiermit eingeladen.
Billets sind bei den Unterzeichneten zu haben.
Anfang 8 1/2 Uhr. Eintritt Herren 50 Pf., Damen 30 Pf.

Voranzeige.

Am zweiten Osterfesttag, mittags 12 Uhr, findet zum Besten der Arbeiter-Samariterkolonne eine Matinee im Palast-Theater statt. Auftreten des gesamten Künstlerpersonals. Eintritt 25 Pf.
Billets sind bei den Unterzeichneten und an der Kasse zu haben.
Programme gratis.

E. Stein, Vorsitzender, Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 40.
G. Hellmuth, Kassierer, Berlin O., Langestr. 22.

Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Leder-Galanteriewaren-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Zahlstelle Berlin.

Morgen, Sonnabend, den 24. März 1900
in Kellers Festsälen, Koppenstraße 29:

Feier des XIII. Stiftungsfestes

Großes Vokal- u. Instrumental-Konzert
(Neues Berliner Konzert-Orchester), Dirigent: Herr Tieb, unter Mitwirkung
des „Buchbinder-Männerchors“.

Auftreten des „Berliner Uk-Trio“.
Festrede, gehalten vom Reichstags-Abgeordneten Rosenow-
Ghemnitz.

Nach dem
Konzert: **Großer Ball in beiden Sälen.**
Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Für großen Saal: Ballmusik von 2 Orchestern.

Abendkasse findet nicht statt.
Billet 20 Pf. Anfang 8 1/2 Uhr.

Sämtliche Zahlstellen sowie das Bureau und
die Bibliothek bleiben morgen abend geschlossen.
Billets sind noch in unserem Bureau bis morgen abend 9 Uhr zu haben.

Am Sonnabend, den 31. März 1900, behält sich unser
Bureau sowie Arbeitsnachweis und Bücherei im „Gewerkschafts-
haus“, Engel-Hier 15. II. Etage, Zimmer Nr. 21-22.

Wegen des Umzugs bleiben die Büroräume
am Freitag, den 30. März, geschlossen.
Die Kreisverwaltung.

Centralverband der Elektromonteuere u. Berufsgen.

Deutschlands (Sektion Berlin II).

Sonnabend, den 24. März, in den „Flora-Sälen“,
Weberstraße 17.

Gr. Wiener Masken-Ball.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Um recht zahlreichen Besuch bittet. Der Vorstand.
Billets sind im Vereinslokal Sophienstraße 5 bei Hummel zu
haben. 250/130

Für Dampferpartien und Ausflüge!

„Zum Sportshaus“ in Ziegenhals bei Zeuthen.
(Vorort-Station d. Gürtler- u. Stadtbahn.)

Neu eröffnet: **Gänzlich renoviert!**
Herrlich am Wald und Wasser gelegen. Dampferleg.
Bier- und Gesellschaften bitte recht zeitig anmelden. — Jede Auskunft,
auch per Telefon, bereitwillig. 38130

Hugo Engel, Berlin O., Tilsiterstr. 87. Tel.: Amt VII 3242.

Oscar Arnold, Hut-Engros-Lager

nur **Dresdenerstr. 116.**

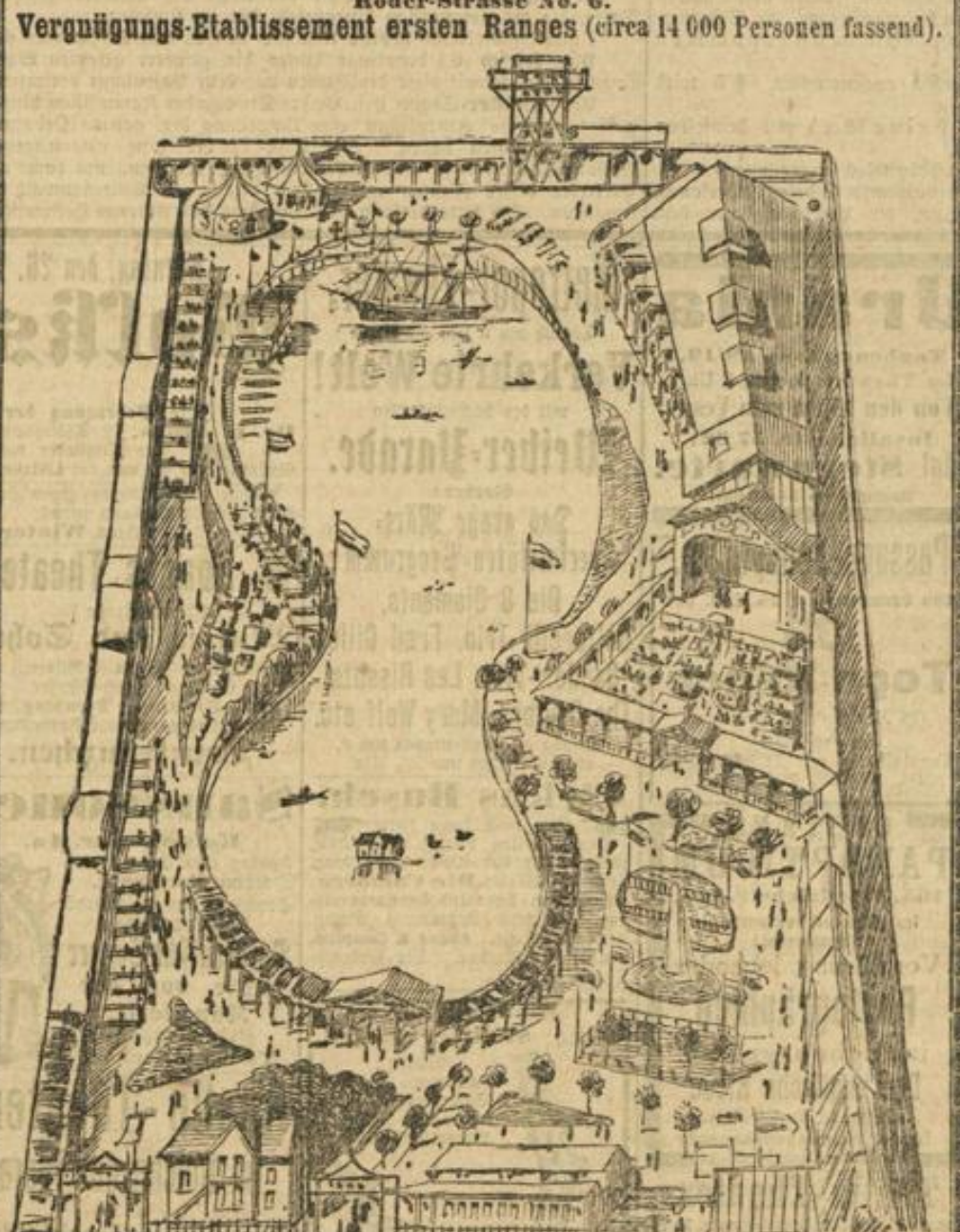
Horrenhüte, weich	1.50	2.50	3.50	4.50	5.50
da, steif	2.00	3.00	4.00	5.00	6.00
da, f. Haare	3.00	4.00	5.00	6.00	7.00
Chapeaux elapans	4.00	5.00	6.00	7.00	8.00
Kinderhüte	1.00	1.25	1.50	1.75	2.00
Herren Mützen	0.40	0.50	0.60	0.75	0.85
Kinder Mützen	0.30	0.40	0.50	0.65	0.75

Ladenhüte, Jagdhüte, Turnhüte etc.
Billige Damenhüte für Winterhüte!

Bitte genau auf die Adresse zu achten, da ich keine Filialen habe.

„Seeterrasse“ Lichtenberg

Röder-Strasse No. 6.
Vergnügungs-Etablissement ersten Ranges (circa 14 000 Personen fassend).



Eröffnung am 1. Osterfeiertag!
Die breite Röder-Strasse verbindet das Steuerhäuschen an der Lands-
berger Allee mit Dorf Lichtenberg. — Von den Ringbahnstationen Friedrichs-
berg und Landsberger Allee, sowie den Haltestellen der Elektrischen Strassen-
bahnen ist das Etablissement „Seeterrasse“ Lichtenberg zu Fuss in 10 Minuten
bequem zu erreichen.

Die Expedition des „Vorwärts“ und Buchhandlung befindet sich vom
19. d. R. an Telephonierstr. 1 Ecke Goethestrasse, vorn 1 Treppch.
G. Scharnberg. 27776

Spielen SIE Comödie?

Singen oder
deklamieren SIE?

Das Spielzeug für den Hausgebrauch
in allen Buchhandlungen und Musikgeschäften.

Charlottenburg.
Die Expedition des „Vorwärts“ und Buchhandlung befindet sich vom
19. d. R. an Telephonierstr. 1 Ecke Goethestrasse, vorn 1 Treppch.
G. Scharnberg. 27776

Charlottenburg.
M. Scherberg 13407
Wilmsdorfer-Strasse 127,
Uhrmacher und Goldarbeiter.
Großes Lager von Uhren
und Goldwaren zu
äußerst billigen Preisen.
Optische Artikel. Ausläufer
werden schmerzlos gelöst.

Anzüge
und Paletots von 30 M.
an, liefert elegant schnell 139420
Reinhold Werner,
Gr. Frankfurterstr. 70,
Kl. Andreasstr. 12.

Natur-Heilverfahren.
Sant., Horn- u. Nasenleiden,
Franzosenkrankheit, heilt sicher
ohne Verursachung. 13078
R. Wagner, Schulstr. 23,
9-12, 1-4, 2, 4-2

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
(Verwaltungsstelle Berlin).
Todes-Anzeige.
Montag, den 19. März, fand an
der Schwabkirche unter langjähriger
Mitglied, der Schloffer 111/17

Hans Simon.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Freitag-
nachmittag, von der Leichenhalle des
Cunrad-Kirchhofes aus statt.
Die Kreisverwaltung.

Für die vielen Beweise herzlicher
Liebe und Teilnahme, sowie für die
jährelangen Kränkchen bei der Be-
erdigung meiner geliebten Frau und
guten Mutter
Auguste Schulz
geb. Dietrich
sagen wir allen Verwandten, Freunden
und Bekannten unsern innigsten Dank.
Friedr. Schulz nebst Tochter.

Möbel
Spiegel u. Polsterwaren
reell, zu festen Preisen, empfiehlt
H. Strelow, Tischlermeister
Rixdorf, Richardstr. 116,
am Deutscher Platz.

Schultze,
Wasserthor-Str. 1/2.
Behandlung aller Haut-, Blasen-
und Gichtleiden ohne Verursachung
der Krankheit. 30731
Sprechstunden 9-2, 5-9.
Bei Besichtigung der
Behandlungsarten 10 Pro.

Falbe,
44. Elsassstr. 44.
Behandlung aller Haut- u.
Gichtleiden ohne Verursachung
der Krankheit. 9 morg. bis 9 abends,
Sonntag u. Donnerstag 9-2.
Bei Besichtigung der Behand-
lungsarten 10 Pro. 30702

Fuselrein!
mach es fein,
was Ihr trinkt.
Unbedenklich
erfüllt diese Anforderung im
höchsten Grade der
Strausander Korn
von Carl Süss, Weinbrennerstr.
Straußend.
Vorrätig all. groß. Deffinitionen
Generaldepot Usedomstr. 31.
Amt III 491. 13872

Hutlager 3,45
A. Rosenblum 3,45
Eröffnung der 8. Filiale
Spandauer Brücke 6
am Godejahn Markt.
Erste Filiale
Friedrichstraße 91/92.

**Haut- und
Harn-Leiden**
heilt 30000
ohne schädliche Mittel
E. Herrmann, Apotheker,
Georgenkirch-Platz Nr. 21.
Sprechst. 10-1/2 u. 5-8.

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort 5 Pfennig. Nur das erste Wort frei. Worte mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.
Wach-Platanen billig zu ver-
kaufen Alexanderstraße 12. 151
Vorjährige elegante Herren-
paletots und Anzüge aus besten
Stoffen 25-30 Mark. Verkauf Sonn-
abend und Sonntag. Versandhaus
Germont, Unter den Linden 24 II
Anbaumöbel, ganze Wänsch, aus
einzelnen, spottbillig, Posten-
weise 28, vorn II rechts. 101K
Anbaumöbel, ganze Wänsch,
spottbillig, aus einzelnen, Garten-
straße 32a, I links. 177
Möbel, bar und Teilzahlung,
billig, Frankfurter Allee 110, I. Etage
Königsbergerstraße 27. 2878
Zeytliche mit Hochentzern,
Fadrillager Große Frankfurter-
straße 9, parterre. 4119
Verstellen mit Matrizen, Schloß-
soja, Maschinenschild 26, -
Anschluß, Spiegelmaschinen, Spiegel,
Speiseeis 8, - Berlin, Schützen-
tranneau, Rindfleisch, Schiffe,
Regulator, Nähmaschine, Teppich,
Seiten, Glasrone, Pianino, Kirchen-
sachen umhändelt (solch spottbillig)
verkauflich Waldemarstraße 27, vorn I

Gordinehaus Große Frankfurter-
straße 9, parterre. 4119
Teppiche, Gardinen spottbillig
Blanchelle Reanderstraße 6. 119
Seiten, Teppiche spottbillig
Blanchelle Reanderstraße 6. 119
Remontoirwagen, Regulatoren
spottbillig Blanchelle Reanderstraße 6.
Fahrräder, zu totaler billigen
Preisen, auch Teilzahlung, Fabrik
Oranienstraße 33. 60K
Fahrrad verkauft Graf, Rinder-
straße 12, Charlottenburg. 487
Fahrräder, Teilzahlung, mögliche
Anzahlung, Lager vierhundert Fahrrä-
der, einjährige Garantie, liefern
direkt Privatens. Gebrauchte Fahrräder
sehr vorzüglich. Imperial, Fahrrad-
werke, Dieffenbachstraße 33. 1965
Leitungs-Karten und Kaufschin-
Stempel liefert seit 22 Jahren für
tantele Kassen und Vereine Jean
Folse, Hamburg, Drebbahn 45.
Verlag sozialistischer Bilder. Illustrierte
Preislisten gratis und franco.
Friedrichstraße 119. 1908
Nähmaschinen sämtlicher Systeme
ohne Anzahlung, wöchentlich 1 Mark,
jährliche Garantie. Postkarte gratis.
Landberger, Landbergerstraße 35,
Unterstadt gratis. — kein Baden 1688

Steyrden am billigen Fabrik
Große Frankfurterstraße 9, parterre. 4119
Drehbänke zu verkaufen bei Grafenow,
Dunderstraße 6. 4124
Styrolad und Wollantonal
(großer) dringend veräußert. Refina-
tion Wilhelmshavenstraße 14.
Federwagen, zweirädrig, noch
neu, preiswert zu verkaufen. Gellner,
Rixdorf, Prinz-Baudenstraße 11, 388
Fahrrad, billig, gut erhalten,
Denminnerstraße 13, Graumann.
Augustabad, Rinderstraße 60.
Bäder jeder Art für sämtliche Kranken-
lassen. 778
Pfandscheine kauft Blanchelle
Reanderstraße 6. 608
Möbel, alte, Schlaflohn kauft
Lazarus, Antamerstraße 20. 1074
Vereinzimmer empfiehlt Bier,
Alte Jakobstraße 119. 1288K
Vereinzimmer zu vergeben
Schillerstr. 4. 576
Elektrotechnik, 2. April praktischer
Abendkurs; 4. April theoretischer
Abendkurs. Jasion, Alte Jakob-
straße 24. 618

Buchbinder-Arbeit jeder Art
fertigt Ferdinand Rietner, W. Bülow-
straße 66, 2. Hof parterre. 2876
12 Vereine finden schöne neu
renovierte Vereinsräume in Bernauer
Restaurant, Schwedterstraße 23/24.
Essen und Garten zu Sommer-
festlichkeiten, 500-1500 Personen
möglich, zu vergeben. 4125
Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Farbige und **Farbige**ma-
chinen verlangt Rosenow, Schind-
straße 6. 496
Wäschereier, geblä, für so-
fort bei hohem Accorblahn gesucht,
Carl Rim, Drebbenerstraße 88/89.
Ein tüchtiger Werkzeugmacher findet
sich sofort dauernde Arbeit. Neu-Kuppiner
Fahrrad-Fabrik „Hermes“, Partel
u. Hump. 1008
Lehrling verlangt Glasmacher
Schäfer, Komfstraße 139, Holzge-
bürgung. 605
Farbigemacher gesucht. B. Wehmer,
Stallstr. 38. 635

Ein tüchtiger Schloffer (unver-
heiratet) auf Fabrikarbeiten wird sofort
verlangt. Gefällige Offerten unter
Brennholz, Rixdorf, Poststr. 10, Dan-
markt. 608
Polierer auf Weißblech verlangt.
Weiden, Rixdorf, Poststr. 2 part.
Tüchtige Schriftsetzer suchen Otto
Grund u. Co., Brunnenstraße-Fabrik,
Waldemarstraße 3. 606
Farbigemacher verlangt. Weiß-
blechfabrik Wolf, Dieffenbachstr. 33.
Lehrlinge verlangt Goldschmied-
fabrik Wolf, Dieffenbachstr. 33.
Suche für meine Weißblecherei
einen Werkführer unter B. M. Post-
amt 18. 456
Weibliche Arbeiterin, Unterröde,
Schmieden verlangt. Krüger, Rix-
dorf, Ufer 63. 706
Stepperin auf Singer- u. King-
schiffen-Maschine verlangt. Ritzsch,
geblä, Rixdorf, Rixdorfstr. 34. 596
Frauen finden dauernde und
lohnende Beschäftigung durch Zeitungs-
anzeigen. Meldungen vormittags
8-12 Jerusalemstraße 48/49 parterre
rechts. 123
Mütterinnen im Hause verlangen
bei hohem Wochenlohn. Ritzsch &
Wendel, Rixdorf, Rixdorfstr. 32. 1215

Mann sucht auf Bauhilfen. Post-
amt 11, Denminnerstraße 31. 4145
Zu Arbeitsmarkt durch
bestehenden Druck hervorgerufene
Anzeigen lösen 10 Pf. pro Zeile
Achtung!
Suche fleißige,
redigierfähige Herren
für den Betrieb eines teils abge-
gebenen Anzeigens gegen gute Provision.
Offerten unter **P. K. 1000** an
Hausenstein & Vogler A.G.,
Berlin W. 8, Leipzigerstr. 31/32. 1014
Bis 10 M. Nebenverdienst!
Ist leicht u. unabhängig für Personen
jed. Standes, auch Frauen. Patent-
verwertung. Gesellschaft Wolfstein
u. Co. (Königsberger Allee) 1017
Achtung! Stuccateure!
Die Arbeiter der Firma
Hauer, Berlin, befinden sich im
Ausland.
Zug ist fernzuhalten!
Alle arbeitsvermittenden Stuccateure
werden um Abbruch gebeten!

Kommunales.

Stadtkommunal-Verammlung.

12. Sitzung vom Donnerstag, den 22. März, nachmittags 5 Uhr.

Die Beratung des Stadtkommunal-Etats für 1900 wird an der Hand der Berichte des Stadtkommunal-Ausschusses fortgesetzt. Ueber die Special-Etats der Wasserwerke, Markthallen und der Hauptkasse der städtischen Werke referiert Stadtkommunal-Rat Scheele. Beantragungen sind nicht erfolgt, dagegen wird folgende Resolution vom Ausschuss vorgelesen:

Den Magistrat zu ersuchen, die in Aussicht gestellte Vorlage bezüglich der Pensionen der städtischen Arbeiter möglichst bald an die Versammlung gelangen zu lassen.

Kammerer Raab teilt mit, daß die nach Abschluß des Etats beantragten Kohlenzulassungen ungünstige Resultate ergeben haben, und stellt anheim, den Etat der Wasserwerke mit 110 000 M. für Kohlenbedarf mehr zu dotieren.

Stadtkommunal-Rat Dünse führt aus, daß die Verwaltung trotz der augenblicklichen Kohlennot in Deutschland keine Veranlassung habe, an den Etat etwas zu ändern. Die Werke würden auch dies Jahr Ueberschüsse liefern.

Stadtkommunal-Rat Lützen und Jacobi empfehlen den Antrag des Kammerers. Man müsse doch die Zahlen in den Etat setzen, die der Wahrheit entsprechen.

Stadtkommunal-Rat Bruns: Der Kammerer hat sonst andre Ansichten vertreten. Wenn die Lebensmittelpreise sanken und wir entsprechende Ermäßigungen im Etat beantragten, hat er sich stets dagegen ausgesprochen. Wir können mit dem Etatsantrag auskommen.

Kammerer Raab: Das angeführte Beispiel paßt nicht, da wir uns in jenem Falle an den mehrjährigen Durchschnitt halten.

Stadtkommunal-Rat Dünse: Wenn jetzt Subventionen ausgeschrieben werden, so sind die hohen Forderungen kein Wunder; nach vier Wochen werden sie wesentlich niedriger sein.

Stadtkommunal-Rat Borgmann: Bei früheren Gelegenheiten hat der Kammerer gerade solchen Wünschen auf Verringerung der Etatsätze seine Zustimmung versagt, da der Etat schon im September aufgestellt sei und die heutigen Zahlen nur zu einem Durchschnitte, zu einer Verwirrung führen könnten. Man hat auch auf den böhmischen Kohlenstreik Bezug genommen. Die Löhne der Bergarbeiter haben den Kohlenpreis nicht in die Höhe getrieben, denn für die Arbeiter ist der Streik völlig verloren gegangen. Binnen Kurzem wird zweifellos eine Verabstimmung und die Rückkehr zu einem normalen Preisniveau eintreten. Es sollte also an dem Etatsantrag nichts geändert werden.

Nach kurzer weiterer Debatte wird die Ausgabeabsetzung für Kohlen dem Antrage des Kammerers gemäß um 110 000 M. erhöht, die Resolution angenommen.

Auch der Etat der Markthallen und der Hauptkasse der städtischen Werke wird genehmigt.

Aus Anlaß der Arrangements zur Victoria-Brücke sollen auch den Eigentümern der Grundstücke Victoriastr. 19 und Königin-Augustastr. 18 für die aus der Straßenanhebung erwachsenden Nachteile Entschädigungen von 20 000 bzw. 27 000 Mark gezahlt werden.

Die nicht fest angestellten technischen Lehrerinnen im Gemeindefachdienst unterliegen nach dem neuen Invalidenversicherungsgesetz der Versicherungspflicht; diejenigen Lehrerinnen jedoch, welchen die Awarardität auf eine Pension von mindestens 116 M. jährlich gewährleistet wird, bleiben von der Versicherungspflicht frei. Der Magistrat will, um die Beiträge und die aus der Beitragspflicht erwachsende Arbeit zu sparen, den betreffenden 171 Lehrerinnen diesen Anspruch zusichern.

Es liegt ein Antrag auf Ausschüßberatung vor.

Stadtkommunal-Rat Preuß: Der Antrag bezweckt augenscheinlich, das Minimum von 116 M. in 300 M. zu verwandeln, welcher Betrag schon jetzt in minimo an die nicht angestellten technischen Lehrerinnen gezahlt wird. Der Magistrat wird gewiß nicht anstreben, sich damit einverstanden zu erklären, daß wir ohne Ausschüßberatung die Vorlage dahin verändern.

Stadtkommunal-Rat Freudenberger: Für die unveränderte Vorlage werden wir keinesfalls stimmen, da wir den Lehrerinnen zwar einen Rechtsanspruch gewähren, aber sie inhaltlich schlechter stellen, ihnen den Anspruch auf die Rente nach einer höheren Lohnklasse rauben würden. Das Richtige wäre Ausschüßberatung.

Oberbürgermeister Kirchner: Einen Rechtsanspruch haben die Damen nicht; es soll ihnen jetzt aus Anlaß des Invalidengesetzes ein solcher gewährt werden. Zur Erhöhung des Minimums liegt kein Anlaß vor. Der Magistrat muß ja immer bedenkllicher werden, solche Vorlagen zu machen, wenn jede Gelegenheit benutzt wird, eine Erhöhung herbeizuführen.

Stadtkommunal-Rat Preuß schließt sich, nachdem seine Anregung auf so unerwarteten Widerspruch gestossen, dem Antrage auf Ausschüßberatung an.

Dieser Antrag wird jedoch abgelehnt und die Vorlage unverändert angenommen.

Der Schloßplatz soll umgepfastert und umgestaltet werden. Als Umgestaltung ist vom Magistrat die Anlage zweier erhöhter Schutzhüllen für die bequemere Betrachtung und Würdigung des Schloßbrunnens, dann aber die Herumführung des vor der Westfront des Schloßes bereits durch Gemeindefachschluß von 1896 in einer Breite von 6 Meter festgelegten Vorgartens längs der Südfront des Schloßes geplant; es scheint der Bundesdeputation und dem Magistratskollegium aus ästhetischen Gründen nicht empfehlenswert, diese Schutzhüllen an der Südwestseite des Schloßes aufzuheben zu lassen. Die Verkehrserfordernisse auf dem Schloßplatz werden durch eine solche Umgestaltung nach der Vorlage nicht die geringste Beeinträchtigung erfahren. Die Kosten belaufen sich auf ca. 113 000 M.

Stadtkommunal-Rat Dünse erinnert an den früheren Wunsch der Versammlung, an der Westseite des Schloßes eine Geselebahn vorzubehalten. Davon sei noch immer keine Rede. Auch die Besitzverhältnisse der Schloßinsel seien nicht geklärt. Deshalb sei Ausschüßberatung nötig.

Stadtkommunal-Rat Borgmann: Für Ausschüßberatung bin ich auch. Ohne weiteres ist zuzugeben, daß die Zustände am Schloßplatz einer Verbesserung bedürfen. Sehen wir uns aber den Platz selbst an, so müssen uns recht trübe Erinnerungen kommen. Entgegen der Mehrheit aller Sachverständigen und der Bürgerschaft ist das Terrain an der Schloßfreiheit in einer Weise bebaut, welche in keiner Weise den Erwartungen entspricht. (Murmur.) Die Niederreißung der Häuser am Schloßplatz kostete die Stadt 1 700 000 M. und zwar bloß deshalb, weil die Wände der Kurfürstendörche nach Süden verlegt wurde im Gegenlage zu einem früheren Gemeindefachschluß. Die Folge war die Niederreißung der Häuser in der Königsstraße; im ganzen haben wir 6 Millionen zu zahlen gehabt. Für diese Millionäre, welche dem Marzial die Möglichkeit einer großartigen Fassade gab, ohne daß ein Pfennig für das Bauterrain gezahlt wurde, vermogen wir in der Behandlung der städtischen Behörden von der andern Seite in den letzten Jahren keinen Gegenwert zu erkennen. (Sehr richtig!) Wenn solche Wünsche an uns herantreten, dann bieten sie die einzige Möglichkeit, Wünsche, welche die Bürgerschaft seit langen Jahren hegt, z. B. die Durchlegung der Straßendörche durch die Charlottenstraße über die Linden oder die Vereitigung des Reitweges, vorzubringen. Diese Dinge müssen im Ausschüß eingehend beraten werden.

Stadtkommunal-Rat Mommsen: Wir begrüßen unvorerseits die Vorlage mit Freude und sehen darin eine glückliche Lösung der bestehenden Schwierigkeiten. Es ist durchaus angemessen, daß die Stadt Rücksicht darauf nimmt, daß der Schloßplatz am Schloß liegt, daß das Schloß in der Weise hervorgehoben und vom Stadtverkehr getrennt wird, wie es sich gehört. Diejenigen Mitglieder der Versammlung, welche über solche Kleinliche Eifersüchteleien sich

fachlich hinwegzusetzen bestrebt sind, hätten allen Grund, die Vorlage glatt anzunehmen. Sachliche Bedenken sind nicht erhoben worden. Ob wir der Krone einen Gefallen thun, weiß ich nicht, ist mir auch gleichgültig. (Ruf: Na, na!) Je weniger wir öffentliche Debatte darüber machen, desto besser. (Aha!) Wir werden für Ausschüßberatung nicht stimmen, da sachliche Einwendungen nicht erhoben sind.

Stadtkommunal-Rat Singer: Herr Mommsen spricht von Kleinlichen Eifersüchteleien; ich weiß mich davon frei, mir ist es auch gleichgültig, ob es sich um den Schloßplatz handelt, aber wir haben als Versammlung kein Recht, den Verkehr auf diesem Platz erheblich einzuschränken. (Widerspruch.) Wir ist aus der Vorlage nicht klar geworden, wiewegen der Magistrat die Vorgartenanlage auf dem Schloßplatz machen will. Es scheint fast, als ob der Magistrat königlicher ist als die königliche Hofverwaltung. Ich weiß nicht, ob Verhandlungen geführt sind, von denen wir keine Kenntnis haben; aus den uns bekannt gewordenen Verhandlungen geht nicht hervor, daß mit der vernünftigen Pflasterung des Platzes eine Gartenanlage verbunden sein muß. Es ist nicht unsere Sache, uns über das Bestreben, das Schloß burgartig abzuschließen, zu äußern; aber der Straßenraum, der heute für den öffentlichen Verkehr freigegeben ist, geht verloren, wenn wir der Vorlage zustimmen. Für den Wagenverkehr ist gerade dieser Streifen nicht zu entbehren. Kompensationen zu fordern, sei der städtischen Verwaltung nicht angemessen, meint Herr Mommsen. Da haben wir doch glänzende Beispiele des Gegenteils an dem Fiskus; der rührt nicht den kleinen Finger für die Stadt ohne Kompensationen. (Sehr richtig!) Und welche großen Summen hat die Stadtverwaltung nicht schon in die Königsstraße hineingesteckt! Auch der Abbau der Häuser am Schloßplatz war ein Entgegenkommen gegen die Krone. Der erste Wille des Fiskus ist es dagegen, den Berlinern den Botanischen Garten zu rauben. Und welche Summe hat der Fiskus i. J. für das Haus am Rollenmarkt von der Stadt geordert! Nun heißt es, man wolle uns beweisen: Der Schloßbezirk ist ein eigener Gutbezirk, und Ihr habt auf dem Schloßplatz gar nichts zu sagen! Das werden wir abwarten. Tatsächlich soll auf einem der belebtesten Plätze Berlins der Verkehr beeinträchtigt werden. Der Schloßplatz soll gepflastert, auch die Schloßfreiheit hergerichtet werden, aber weiterzugehen halten wir nicht für nötig.

Stadtkommunal-Rat Krause: Herr Singer hat technische Bedenken gegen das Projekt erhoben. Bei der Schloßfreiheit-Regulierung konnte der Schloßplatz noch nicht berücksichtigt werden. An den Vorbereitungen ist auch die Schloß-Verwaltung, vertreten durch Herrn Baurat Ihne, beteiligt gewesen, und dieser hat ausdrücklich auf die Fortführung des Vorgartens längs der Südfront als notwendig verwiesen. Die Bürgerleit-Saite braucht nur um drei Meter herausgerückt zu werden; es bleibt dann immer noch eine Breite für den Wagenverkehr, größer als die der Leipzigerstraße.

Stadtkommunal-Rat Wallach: Ich unterstütze den Antrag auf Ausschüßberatung aus den sachlichen Gründen. Wie steht es mit dem Grund und Boden? Sollen wir den abtreten oder bleibt er unzer? Und wie steht es mit den Kosten der Einrichtung? Das muß alles aufgeklärt werden, und dazu ist ein Ausschüß notwendig.

Oberbürgermeister Kirchner: Beurteilen Sie diese Vorlage gerade so wie jede andre, lediglich aus rein sachlichen Gründen. (Sehr gut!) Die Unterhaltung der Streifen liegt der Schloßverwaltung ob; die Ueberlassung der Streifen ändert an dem Eigentumsrecht der Stadt, soweit es besteht, nichts. Wenn es nötig ist, den Schloßplatz besser zu gestalten, so ist es nicht richtig, zuvor Kompensationen an anderer Stelle zu fordern. Wenn der Fiskus uns nicht entgegenkommt, so ist das leider richtig; aber der Fiskus ist ein ganz andres Rechtsobjekt als dasjenige, welches beim Schloßplatz in Betracht kommt. Von dem Inhaber der Krone kann niemand behaupten, daß der Stadt in nicht angemessener Weise gegenübergetreten worden wäre; ich brauche nur auf die Aufwendungen von dieser Stelle für die Verwirklichung Berlins zu verweisen, welche mit freigegebiger Hand gegeben worden sind. Sehen Sie sich die Siegesallee an (Zwischenruf), sehen Sie die Markthallenfront an, jedem geht das Herz dabei auf. (Zuruf: Dafür haben wir Millionen gegeben!) Nicht bloß im Interesse der Krone, sondern auch im Interesse des Verkehrs ist das geschehen in der Königsstraße.

Stadtkommunal-Rat Dünse: Eine elektrische Bahn über die Linden ist für mich keine Kleinlichkeit. Es sind auch sonst noch zahlreiche sachliche Bedenken vorhanden, die eine Ausschüßberatung rechtfertigen.

Stadtkommunal-Rat Ahlmann protestiert gegen die Kompensationsforderungen. Als der Kaiser der Stadt das große Geschenk der Ueberführung der Pferdebahn über die Linden machte (Stürmische Zurufe) — nun, doch jedenfalls eine Gabe — ist keine Kompensation von jener Seite gefordert worden.

Stadtkommunal-Rat Borgmann: Mit dieser Behauptung ist es nicht gethan. An der Südwestseite des Schloßes wird eine Bewegung geschaffen, die den Verkehr notwendig beeinträchtigen muß. Bei der Verhandlung über die Schloßfreiheit hat auch der Baurat Ihne einen Streifen verlangt, der drei Meter über das Gefändersche Portal hinausreichen sollte! Als die Unversitätsfrage durchgeleitet wurde, hat die Hofverwaltung sich zur Annahme des Opernhauses ein bedeutendes Terrain unentgeltlich abtreten lassen; so steht es mit der Behauptung, daß die Krone keine Kompensationsforderungen erhebt. (Sehr gut!) Und ein Geschenk soll die Genehmigung der Ueberführung über den Opernplatz sein? Man konnte doch höchstens verwundert sein, daß im „Zeichen des Verkehrs“ diese Ueberführung so lange verzögert worden war!

Auf nachmalige Anfrage des Stadtkommunal-Rats Wallach wiederholt der Oberbürgermeister seine Erklärung über die Frage des Eigentums an dem Vorgartenstreifen und fügt hinzu, daß, falls die Vorlage angenommen wird, auch die Schloßfreiheit-Anlage nach dem Wunsche der Versammlung ausgeführt werden wird.

Stadtkommunal-Rat Rosenow tritt unter Bezugnahme auf die mit dem Botanischen Garten gemachten Erfahrungen für Ausschüßberatung ein.

Stadtkommunal-Rat Singer: Der Oberbürgermeister glaubt wohl, daß das Terrain der Stadt als Eigentum verbleiben wird, aber Genauerer wissen wir darüber nicht und in der Vorlage ist nichts darüber gesagt. Die Fassade am Marzial ist eine hervorragende Veranstaltung, welche der Krone auch Kosten gemacht hat, aber der Stadt kostet sie 3 1/2 Mill. Der Oberbürgermeister hat auf das Geschenk in der Siegesallee hingewiesen. Hat die Stadt Berlin bei der Ausschüßung mitreden dürfen? Ich weiß nicht, ob sie nicht andre Gegenstände gewährt hätte, als die Verherrlichung von Markgrafen und Kurfürsten. Wir halten daran fest, daß der Verkehr ungehindert durch die beabsichtigte Umgestaltung beeinträchtigt wird. Wäre bloß die Pflasterung vorge schlagen, so wäre von keiner Seite ein Ausschüß für notwendig erklärt worden. Die erfreuliche Mitteilung, daß die Forderungen der Krone auf der Schloßfreiheitseite nicht mehr aufrecht erhalten werden sollen, wenn diese Vorlage durchgeht, beweist doch nur, daß auch diese Vorlage auf Kompensationen beruht. In der Vorlage steht auch davon nichts.

Oberbürgermeister Kirchner: Nicht für die Markthallenfront, sondern für den bessern Verkehr sind die Anwendungen der Stadt gemacht worden. Ueber die Auffassung des Herrn Singer bezüglich der Siegesallee würde ich mich nicht äußern, aber wir können dem Geschengeber keine Vorschriften über die Ausschüßung des Geschenkes machen. Die große Mehrheit ist dem Kaiser außerordentlich dankbar für das Geschenk auch in der Gestalt, wie er es uns gemacht hat. (Bravo!) Ich hoffe, daß diejenigen, die an der Ausschüßung Anstoß nehmen, vereinzelt sind. Ueber die Verkehrsverhältnisse auf dem Schloßplatz bin ich vollständig beruhigt. Der Botanische Garten hat mit der Krone gar nichts zu thun, er be-

findet sich im Besitz des Fiskus; hätten wir die Krone als Kontrahenten, so wäre diese Frage in einem der Stadt günstigeren Sinne erledigt worden.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag auf Ausschüßberatung mit 65 gegen 58 Stimmen angenommen. Von der neuen Fraktion der Linken, Stadtkommunal-Rat Dünse und Genossen, ist am 6. März folgender Antrag eingebracht:

Die Versammlung ersucht den Magistrat, mit ihr in gemischter Deputation über die Lage bzw. Neuordnung des höheren und mittleren Schulwesens zu beraten, namentlich auch zunächst über die Einrichtung von Reformgymnasien, höheren Mädchenschulen, einer technischen Mittelschule usw.

Stadtkommunal-Rat Dünse als Antragsteller stellt anheim, die Verhandlung darüber bis zum April zu vertagen.

Die Versammlung ist damit einverstanden. In betreff der Urania-Säulen und der Vermehrung der öffentlichen Uhren hat der Magistrat Vorschläge an die Versammlung gelangen lassen.

Die Vorlage geht auf Antrag Schwabe an einen Ausschüß von zehn Mitgliedern.

Hierauf wird wiederum in der Stadtkommunal-Verammlung fortgefahren. Referent ist zunächst Stadtkommunal-Rat Preuß. Der Etat der Kanalisationswerke und Rieselfelder ist vom Ausschüß mit 13 641 282 M. in Ermahnung und Ausgabe festgestellt worden. Auch hier ist bemängelt, daß in das Verzeichnis der unterstützten Personen 3 Neubewilligungen eingestellt sind. Es soll dagegen durch folgende Resolution Stellung genommen werden:

Die Versammlung ersucht den Magistrat, Neubewilligungen von Unterstützungen durch besondere Vorlagen zu beantragen.

Ohne Debatte wird der Resolution zugestimmt und der Etat genehmigt.

Bei den Etats für das höhere und mittlere Schulwesen hat man sich im Ausschüß auch über Herrn Jzmer unterhalten, der nach seiner Abstimmung gegen die Kanalvorlage gemahnt wurde, indem er seiner Hilfsarbeiterstelle im Kultusministerium verlustig ging, aber in sein Oberlehreramt nicht wieder eingetreten ist, vielmehr seine Pensionierung nachgesucht hat und sich zur Zeit gegen Erstattung der Vertretungskosten auf Urlaub befindet.

Von der Wiederholung der vorjährigen Resolution betr. die Vervollständigung der Zeichenlehrer hat man im Ausschüß Abstand genommen, da der Magistrat eine generelle Vorlage ankündigt, welche die zahlreich vorliegenden Anträge wegen Gehaltsaufbesserungen zum Gegenstand haben wird. Dasselbe ist hinsichtlich der Turnlehrer beschlossen worden.

Stadtkommunal-Rat Illstein fragt, ob Herr Jzmer auch in der Zeit vom September bis Januar sein Gehalt als Oberlehrer bezogen hat, wo er Redakteur bei der „Kreuzzeitung“ war.

Stadtkommunal-Rat Fürstenauf giebt dahin Auskunft, daß Herr Jzmer als Landtags-Abgeordneter selbst darüber zu entscheiden gehabt habe, ob er seine Lehrthätigkeit aufnehmen wollte oder nicht.

Stadtkommunal-Rat Illstein: In der von mir erwähnten Zeit war der Landtag nicht zusammen. Die erteilte Auskunft ist also ganz ungenügend.

Stadtkommunal-Rat Rosenow: Es scheint also, daß er in dieser Zeit sein Gehalt bezogen hat. (Stadtkommunal-Rat Fürstenauf: Er hat Vertretungskosten bezahlt.)

Stadtkommunal-Rat Dünse: Die Verhältnisse sind ansehnlich verworren. Jetzt hat der Herr seine Pensionierung nachgesucht, obwohl er vollständig gesund ist. In solchem Falle tritt man doch sonst ohne Pension aus.

Stadtkommunal-Rat Stadthagen: Der Magistrat hat vielleicht Bedenken getragen, Herrn Jzmer wieder den Unterricht der Kinder anzuvertrauen. (Heiterkeit.)

Stadtkommunal-Rat Dünse beantragt die Annahme einer Resolution, wonach die Versammlung ihr Bedauern darüber ausdrückt, daß Herr Jzmer auch außerhalb der Session ohne zureichenden Grund unter Fortzahlung des Gehalts beurlaubt worden ist.

Die Resolution wird abgelehnt, dagegen im Gegenlage zu dem Ausschüßantrag die vorjährige Resolution betreffend die Erhöhung der Pensionssummen der Zeichenlehrer auf Antrag Schwabe wiederum angenommen.

Beim Etat der Turnhallen kommt Stadtkommunal-Rat Borgmann auf die Anregung zurück, den Schulkindern die Schulhöfe mehr als bisher zum Spielen freizugeben, und ersucht, diese Frage nicht wie bisher der Entscheidung der einzelnen Direktoren zu überlassen.

Stadtkommunal-Rat Vertram bemüht sich, darzutun, daß auch bei dem heutigen System Erhebliches erreicht sei.

Die Etats werden genehmigt. Ueber die Etats für die Gemeindefachschulen und für den Hochbau referiert Stadtkommunal-Rat Bruns.

Bei der Besprechung des Gemeindefachschul-Etats im Ausschüß ist mitgeteilt worden, daß die rechtzeitige Genehmigung der abgeordneten Lehrpläne durch das Provinzial-Schulkollegium vorausgesetzt, das sieben- bzw. achtklassige Schulsystem am Michaelis d. J. in die Erscheinung treten werde. — Ueber die Pension der Schuldieners im Gleichstellung mit denen der höheren Lehranstalten ist der Ausschüß zur Tagesordnung übergegangen.

Stadtkommunal-Rat Kretling beantragt, die Summe von 10 000 M. für die Schulärzte zu verdoppeln; nur auf diese Weise werde man dem Beschlusse der Versammlung gerecht. Es habe sich um 20 Schulärzte gehandelt, nicht um 10; wie viel Schulen jeder zugewiesen erhalten solle, sei eine Sache für sich.

Stadtkommunal-Rat Vertram: Der Magistrat hat nicht mit 20 Schulärzten, sondern mit 20 Schulen den Versuch machen wollen. Nach einer Erwiderung des Stadtkommunal-Rats Kretling wird sein Antrag angenommen.

Stadtkommunal-Rat Stadthagen bringt die Klagen über die Fortdauer der Prügelpädagogik zur Sprache und fordert energisch Abhilfe von der Schuldeputation. In der 155. Schule habe ein Lehrer den Kindern der Ober-I-Klasse den Gebrauch des Taschentuchs verboten (Heiterkeit), sie direkt zur Lüge und Heuchelei angehalten, ihnen mitgeteilt, wenn man viel Bier trinkt, so ist man; oder „das ist so klar wie Sch—dreck“. Auf die Klagen der Eltern sagte der Direktor, der Mann sei aus Ostpreußen, er werde sich diese Ansbrüche mit der Zeit schon abgewöhnen. (Große Heiterkeit.) Redner führt noch weitere Aeußerungen dieses Lehrers an. Die Schuldeputation habe das Benehmen des Lehrers nicht gebilligt, aber auch den Knaben nicht ungeschult. Wegen solche Lehrer müsse disziplinarisch vorgegangen werden, und die Umschulung müsse in solchen Fällen erfolgen. Schon um ihres eigenen Ansehens willen müsse die Schuldeputation einschreiten, jedenfalls werde das Provinzial-Schulkollegium energischer vorgehen.

Stadtkommunal-Rat Vertram: Der betreffende Lehrer ist erst kurze Zeit hier; wir haben auch einmal einen Lehrer aus jener Gegend genommen. (Heiterkeit.) Das Recht, daß jeder Vater die Umschulung verlangen kann, können wir im Interesse der Disziplin nicht zugestehen. Ob die Quelle, aus der der Redner schöpft, ganz rein ist, läßt sich hier nicht feststellen. In Bezug auf die Disziplinierungsmaßregeln gegen die Lehrer sind uns die Hände sehr gebunden. Es ist ein gerichtliches Verfahren eingeleitet, dessen Ausgang müssen wir abwarten.

Stadtkommunal-Rat Stadthagen: Dieser Lehrer hat den Eltern abgebeten und um Zurückziehung des Strafantrages ersucht. Auf die Ablehnung hat er den Knaben in der Klasse erklärt, er werde sich nicht wieder soweit erniedrigen, sich zu weinen. Die im Keller wohnen, herabzulassen. (Hört! hört!) Ruheit der Lehrer muß aus der Schule verbannt werden.

Stadtkommunal-Rat Vertram zieht sich abermals auf die Zwangslage zurück, in welcher sich die Schulverwaltung bezüglich der Schuldisziplin angeht, der wechselnden Stimmungen im Unterrichtsministerium befindet.

Stadtv. Borgmann beschwert sich über den Mangel, daß immer noch gemischte Klassen bestehen, welche zwei Abteilungen mit verschiedenem Niveau haben. Ein solches System sei völlig rückwärtlicher Natur. Eine Nachweisung über die Zahl dieser Klassen sei vorzulegen.

Stadtschulrat Vertram: Die Insinuation, als ob die Volksschule, weil sie Volksschule sei, schlecht behandelt werde, muß ich entschieden ablehnen. Solche gemischte Klassen kommen auch in den höheren Schulen vor.

Stadtv. Borgmann: In den letzteren sind sie längst beseitigt. In den höchsten Klassen kann ein Lehrer oder Lehrerin nicht 70 Kinder in zwei Klassen mit irgend welchem Erfolg unterrichten. Gegen 10 Uhr wird die Stadtberatung abgebrochen.

Tokales.

Vom sozialen Pflichtbewußtsein des Unternehmers. Das königl. Polizeipräsidium teilt mit: Gemäß § 120a u. ff. der Gewerbe-Ordnung sind die Gewerbeunternehmer verpflichtet, die Arbeitsräume, Betriebseinrichtungen, Maschinen und Gerätschaften so einzurichten und zu unterhalten, daß die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit soweit geschützt sind, wie es die Natur des Betriebs gestattet. Insbesondere ist für genügendes Licht, ausreichendes Lüftung und Luftwechsel, Beseitigung des bei dem Betriebe entstehenden Staubs, der dabei entwickelten Dämpfe und Gase, sowie der dabei entstehenden Abfälle Sorge zu tragen. Ebenso sind diejenigen Vorrichtungen herzustellen, welche zum Schutze der Arbeiter gegen gefährliche Verletzungen mit Maschinen oder Maschinenteilen oder gegen andre in der Natur oder Betriebsstätte oder des Betriebs liegende Gefahren, namentlich auch gegen die Gefahren, welche aus Fabrikbränden erwachsen können, erforderlich sind. In Anlagen, deren Betrieb es mit sich bringt, daß die Arbeiter sich in Höhen und nach der Arbeit sich reinigen, müssen ausreichende, nach Geschlechtern getrennte Ankleide- und Waschräume vorhanden sein. Die Bedürfnisanstalten müssen so eingerichtet sein, daß sie für die Zahl der Arbeiter ausreichen, daß den Anforderungen der Gesundheitspflege entsprochen wird und daß ihre Benutzung ohne Verletzung von Sitte und Anstand erfolgen kann.

Diesen Anforderungen wird in vielen, namentlich älteren gewerblichen Anlagen noch nicht hinreichend entsprochen. Das Polizeipräsidium, dem die Pflicht obliegt, auf die Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen hinzuwirken und namentlich dafür zu sorgen, daß die verlangten Forderungen in neu zu errichtenden Anlagen berücksichtigt werden, bringt deshalb die gesetzlichen Bestimmungen in öffentliche Erinnerung. Da nachträglich bauliche Änderungen in schon im Betriebe befindlichen gewerblichen Anlagen in der Regel unliebsame Betriebsstörungen und größeren Kostenaufwand verursachen, so liegt es im Interesse der Gewerbe-Unternehmer, die gesetzlichen Forderungen von vornherein zu berücksichtigen. Diejenigen Gewerbeunternehmer, die über das Maß dieser Forderungen nicht genügend unterrichtet sind, seien darauf hingewiesen, daß die zuständigen Gewerbe-Aufsichtsbeamten bereitwillig eingehende Auskunft geben. Zu diesem Zwecke, sowie zur Auskunft über andre die Gewerbe-Aufsicht oder die Dampfseelsprüfung betreffende Angelegenheiten sind die Beamten der ersten Gewerbe-Inspektion, Mariannenplatz 21, der zweiten Gewerbe-Inspektion, Georgenkirchplatz 21, und der dritten Gewerbe-Inspektion, Calovstr. 24, in ihren Dienststunden am Dienstag und Freitag jeder Woche von 12 1/2 bis 1 1/2 Uhr bestimmt anwesend.

Friedrich Wilhelm II. Gestern sind vier Statuen auf einmal in der Siegesallee enthüllt worden. Eine stellt einen Hülsen dar, der Heinrich das Kind beistellt. Ueber die Feierlichkeit bei diesem Wildweib berichtet das „Verl. Ztbl.“:

Der Liebreiz in den jacten Tagen des jungen Markgrafen bewog den Kaiser zu der lächelnden Aeußerung: „Na, da werden ja meine Mädchenpensionate wieder schwärmen und dichten können.“ Weiter heißt es im „Verl. Ztbl.“: Die letzte Gruppe, die eingeweiht wurde, war die von Professor Brütt. Sie hat ihren Standort jenseits der Straße und den König Friedrich Wilhelm II. zum Mittelpunkt. An dieser Statue fand der Kaiser besonderes Wohlgefallen und drückte dem Künstler immer wieder seinen Beifall aus. Bei der Besichtigung der Wäse des Großfürstlichen V. Carmer besief der Kaiser den anwesenden Hofkommerzienrat Majoratsherrn Carmer auf das Plateau und sprach mit ihm über seinen Großvater. Und als sich der Kaiser dann zur zweiten Wäse, zu Immanuel Kant, wandte, ließ er sich mit dem Kultusminister in ein längeres Gespräch über den Königsberger Philosophen ein.

Das Verhältnis des bedenkenhaften Königs Friedrich Wilhelm II. und seines frommen Kultusministers Böllner zu dem Königsberger Philosophen ist in Nr. 65 vom Dienstag dieser Woche an der Hand des in Betracht kommenden Altentfalls von uns in Erinnerung gebracht worden.

Eine Nebenfigur. Man schreibt uns: Die beste und markanteste Nebenfigur, der hervorragendsten Zeitgenosse und ein würdiger Vertreter der Böhmerischen Zeit, wäre doch eigentlich nicht G. S. Kant, sondern der Kammerdiener Riehl! Riehl war der Heilige des achtzehnten Jahrhunderts. Warum schäuf der Bildhauer für diesen Mann keine Statue? Sie braucht ja nicht nach zu sein!

Die Ausstandsklausel scheint trotz allem noch in unternehmerfreundlichen kommunalen Kreisen herumzuspukeln. Zur Stellung der städtischen Deputation in Sachen der sog. Ausstandsklausel wird der „Voss. Ztg.“ noch geschrieben: „Die Deputation des Magistrats hat deshalb die Ausstandsklausel nicht ohne weiteres in die Submissionsbedingungen aufnehmen können, weil ihr Wortlaut der Korrektur bedarf. Ohne Zusammenhang mit den Statuten ist es leicht möglich, sie mißzuverstehen. Damit der Wortlaut der Klausel festgelegt werde, hat die Deputation eine Kommission gewählt, die mit den Delegierten des Verbandes der Waagehändler von Berlin und den Vororten hierüber beraten wird.“ Wie stimmt das zu der von uns kürzlich berichteten Erklärung des Stadtbaurats Hoffmann?

C. Jermu! Verschiedene Blätter bringen folgende Zuschrift: „Auf die Nachricht verschiedener Zeitungen von der Niederlegung einer großartigen Blumenpende mit der Aufschrift: „Den Kämpfern für Freiheit, Ehre, Vaterland“ am Grabe der Wärg-gefallenen erklärt Unterzeichneter im Auftrage der im Berliner D. O. vereinigten Wärg-gesellschaften und des Verbandes der alten Herren der Ortsgemeinde Berlin, daß beide Verbände diesem Vorgang durchaus fern stehen. stud. Harry Ilmow.“

Uns scheint, daß den in Betracht kommenden Herren auch ohne dies niemand zugestanden hätte, sie würden des ruhmreichsten nationalen Erinnerungstages durch eine Blumenpende gedenken.

In Sachen der Kochanstalt auf dem städtischen Schlachthof ist jetzt die Voruntersuchung geschlossen worden. Wie es heißt, wird die Staatsanwaltschaft nur gegen den Arbeiter Schmalinsky und den Köchler Lange Anklage erheben.

Vom Schülerbrügel. Die Jurisdiktion des Prägerlasses vom 19. Januar 1900 ist seitens der städtischen Schuldeputation den Rektoren der Berliner Gemeindefschulen mit dem Auftrage, denselben in der nächsten Konferenz zum Vortrag zu bringen, zugegangen. Nach der Befugnisung des Ministers der geistlichen Angelegenheiten sind alle Strafen in ein Buch einzutragen, welches vom Vorkeser der Schule allwöchentlich nachgesehen werden soll. Das vorgeschriebene Strafverzeichniß muß auf den letzten zehn Blättern des Lehrbuchs für jede Klasse der Berliner Gemeindefschulen angelegt werden.

Vom Friedrichshain. Die städtische Parl.-Deputation hat am Mittwoch unter Vorbehalt des Stadtrats Beschlüsse, am nächsten Mittwoch nachmittags 4 1/2 Uhr eine Lokalbesichtigung im Friedrichshain vorzunehmen, um an der Hand eines Situations-

plans die Beschlässe der Kommunalverwaltung betreffend die würdige Verschönerung der Gräber der Wärg-gesellschaften vorzubereiten.

Durch einen Brand in einem Stadtbahnhof wurde gestern mittag der Verkehr auf der Stadt- und Ringbahn zwischen den Stationen Lehrter Bahnhof und Bellevue fünfviertel Stunden lang unterbrochen. In dem Vogen Nr. 330, der von der Glas-, Porzellan- und Steinzeugfabrik von Heim u. Herzfeld demütigt wird, lagerten zahlreiche Packlisten, die mit Stroh gefüllt waren. Diese gerieten gestern mittag um 11 1/4 Uhr aus noch nicht aufgeklärter Ursache in Brand. Die Flammen loderten, von einem ziemlich starken Winde angefaßt, bald hoch empor und schlugen über den Bahnhöfen hinweg. Ein von der Stadt herkommender Zug kehrte vor den Flammen sofort um, ein anderer, der vom Tiergarten herkam, versuchte zunächst, hindurch zu fahren, gab aber den Versuch bald auf und fuhr ebenfalls zurück. Die Feuerwehr löschte die Flammen mit Handdruckspritzen und verhinderte ein Uebergreifen des Brandes auf die an den Bahnhöfen angrenzenden Schuppen. Um 1 Uhr wurde der Verkehr wieder aufgenommen. Der angebrannte Vogen scheint demnach unter der Hitze nicht allzu stark gelitten zu haben.

Von einem Passagier der Stadtbahn, der in der kritischen Zeit die Strecke befuhr, wird dem „B. Z.“ folgendes mitgeteilt: Unser Zug, der von Bellevue nach Station Lehrter Bahnhof unterwegs war, hielt plötzlich an der Paulstraße. Als ich an das Fenster trat, um nach der Ursache des plötzlichen Haltens anherzuhalten, sah ich, daß der Vogen mit dem besten Flammen entgegen. Unser Zug sowie zwei andre, die vor ihm an der Brandstelle hielten, erhielten sofort Roterndampf und fuhren nach Station Bellevue zurück. Die Rauchentwicklung war so kolossal, daß man innerhalb des Bahnhofs Bellevue kaum atmen konnte. Um 11 Uhr 51 Minuten mußte der gesamte Bahnverkehr, sowohl Stadtbahn wie Vorort- und Fernbahn, unterbrochen werden. Das Publikum, das in den gefährdeten Stadtbahnhöfen fuhr, verhielt sich ganz musterhaft ruhig. Trotzdem aus dem brennenden Stadtbahnhof die Flammen hoch über den Oberbau emporstiegen, war von keiner Panik die Rede, sondern in vollster Ruhe vollzog sich die Entleerung der Züge am Bahnhof Bellevue.

Ein Opfer des Straßenbahndienstes. Traurige Folgen hat ein Zusammenstoß zwischen einem elektrischen Ringbahnwagen und einem Brauerwagen gehabt, der sich Mittwochnachmittag am Straußberger Platz zutrug. Der Kaiser Wilhelm Müller, ein braver und pflichttreuer Mann, war seit neun Jahren bei der Großen Pferdebahngesellschaft angestellt und zuletzt mit der Führung eines elektrischen Ringbahnwagens betraut. Am Mittwoch hatte er das Unglück, mit einem Lichtenberger Brauerwagen zusammenzustoßen. Es ging dabei verhältnismäßig gut ab, nur einige Scheiben des Straßenbahnwagens wurden zertrümmert. Obwohl Müller keine Schuld trifft, so geriet er, nachdem er in der letzten Zeit schon wiederholt Spuren von Nervosität gezeigt hatte, wegen seines Mißgeschicks demnach in eine sehr große Aufregung. Seit vorgestern abend vermißt man ihn. In der Nacht hat er sich erhängt. — Auch dieser traurige Fall wird dazu beitragen, daß die Stadtverordneten-Versammlung die Arbeitsverhältnisse bei der als rückwärtslos und hartnäckig verrufenen Gesellschaft erträglicher zu gestalten trachtet.

Der Hund der flüchtigen Massense Fischer hat — wie uns ein Berichterstatter gegenüber andern Mitteilungen schreibt — die Reichshauptstadt noch gar nicht verlassen. Die H. hatte vor Eintritt ihrer Flucht den Hund dem deutschen Tierärzverein zur Pflege übergeben und sodann von New York aus einmal Unterhaltungskosten gesandt. Nachdem aber die Verpflegungskosten den gesamten Betrag wie auch den Wert des Hundes überstiegen, ist das Tier, eine prächtige deutsche Dogge, verkauft worden. Die Behörde wird, falls sie das „Angebot“ der Fischer acceptiert, das Geld für die Reise nicht auf diese selbst ausstatten, sondern die Kosten durch das deutsche Konsulat in New York erlegen lassen. Hierdurch wird jedenfalls verhindert, daß die H., wie es vielleicht ihre Absicht ist, die hiesigen Behörden um den geforderten Betrag prelle.

Vor den Augen seiner Braut versuchte sich Donnerstag der 23. Jahr alte, aus Danzig gebürtige Buchhalter Max Maslowski zu erschlagen, der bei der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft beschäftigt war und in der Aderstr. 124 wohnt. Der junge Mann hatte mit einem Mädchen aus der Wiedomstraße ein Verhältnis, das nicht ohne Folgen blieb. Da er sich um des Mädchens zu entledigen suchte, machte dasselbe ihm häufig Szenen. Bevor er sich aber mit ihr entgeltlich auseinandergesetzt hatte, ging Maslowski bereits mit einem Fräulein S. aus Apenitz, der Tochter eines Wärg-gesellschaftsbesizers, ein Verlöbniß ein. Als aber seine Braut von seinen früheren Beziehungen Kenntnis erhielt, war sie sehr aufgebracht und wollte nichts mehr von ihm wissen. Vorgestern machte sie die Verlobung schriftlich rückgängig. Maslowski geriet über den Abscheu in große Aufregung. Gestern ging er mit ins Comptoir, sondern fuhr nach Apenitz. Aber alle seine Versuche, Fräulein S. zu einer Sinnesänderung zu bewegen, scheiterten. Am griß der Verlobten vor ihren Augen zum Revolver und schoß sich in der Herzgegend eine Angel in die Brust. Ein Arzt legte dem Schwerverletzten einen Verband an und ein Wärg-gesellschaftsbesizer brachte ihn dann mit dem Apenitzer Krankentransportwagen nach Berlin in eine Anstalt.

In den Theatern, die das Mißleid heraufschaffen, gehört wohl in erster Reihe das Belle-Alliance-Theater, das im Schatten der großen Dragonerkaserne dies Jahr besonders fleißig dahinkammert. Bayrische und pleidensische Dialektspieler haben sich neuerdings bemüht, die achilles Vorübergehenden zu dämmen — vergeblich. Was solchen Künstlern nicht gelungen, wird, wie wir fürchten, auch der neuen wärglichen Tuppe nicht möglich sein. Die unter der Leitung des Direktors Gränese als Wiener Operetten-Theater mmt. Die von diesem Herrn komponierte Musik ist bei weitem nicht das Schlechteste an den beiden am Mittwoch aufgeführten Operetten. Sie sprudelt zwar nicht von Originalität über, ist aber flott zusammengestellt. Aber die Damen, welche die Musik singen, setzen so verschiedene Ansprüche beim Publikum voraus, daß sie erstklassig leider nicht gut in Betracht kommen können. Einiges Entsetzliches erweckte ihres Inhalts wegen die erste der Operetten „Cigaretten-Mädchen“. Gegenstand der Handlung ist ein Streik in einer I. I. österrischen Cigarettenfabrik, bei dem die staatlichen Vertreter der gottgesegneten Ordnung wenigstens nach preussischen Begriffen despektierlich schlecht davongekommen. Der Streik der Arbeiterinnen entsteht, weil sie vor den Nachstellungen des I. I. Fabrikdirektors keine Ruhe mehr haben und endet damit, daß die Forderung der Ausständigen auf Entlassung des Pflüßlings von der I. I. Regierung bewilligt wird. Eine kleine Liebesgeschichte, deren Held, der I. I. Inspektor der Fabrik, allen Ordnungsbegriffen zum Hohn mit den Ausständigen fraternisiert, fehlt nicht: das Entsetzliche erleben wir aber zum Schluß darin, daß dieser Beamte seines Väterthums ganz und gar verzieht und mit der Rädelstührerin der triumphierenden Ausständigen rechtlichen Verlobung feiert. Wie unverständlich ist das alles, wenn man sich die Mühe macht, es vom Standpunkt des Stumm- und Taubstummens aus zu betrachten! Die zweite Operette „Studentenstreiche“ ist eine bunte Maskerade, im übrigen aber ohne Inhalt.

Theater. Im Schiller-Theater ist die erste Aufführung der Revuette „Dinzig Sollen“, bürgerliches Trauerspiel in 3 Aufzügen von Erich Schläpfer für Freitag, den 30. März, angelegt. Als ein schließlich Donnerstag finden Wiederholungen des Victor Neuenhans Volksstück „Gebildete Menschen“ statt. — Der nächste in der Reihe der Dichter- und Tonbilder-Abende, die das Schiller-Theater im Bürgerpark des Rathauses veranstaltet, wird Adalbert von Chamisso gewidmet sein. Den gesungenen Teil hat Jeanne Holz übernommen.

Aus den Nachbarorten. Einen neuen Sieg hat die Socialdemokratie gestern bei den Gemeinderatswahlen in Mariendorf-Südende errungen. Dort wurde unser Parteigenosse Schüttelkop mit 181 gegen

158 Stimmen zum Gemeinderatsmitglied gewählt. So geht es allorten vorwärts!

In Tempelhof unterlag bei der Gemeinderatswahl unser Kandidat Genosse Müller mit 68 gegen 278 Stimmen. Es war dies der erste Versuch, der von unserer Seite gemacht wurde.

Schöneberg. In der zu Mittwoch abernamten Extra-sitzung der Stadtverordneten-Versammlung gelangte der Gesamtat mit 4096 139 M. in Einmüch und Ausgäbe zur einstimmigen Annahme. Die Versammlung nahm sodann Kenntnis von der Magistratsvorlage, betreffend die Eingemeindung der Angelegenheit von Friedenau. Nach längerer Erörterung wurde folgende Resolution fast einstimmig angenommen: „Indem die Stadtverordneten-Versammlung die Eingemeindung von Friedenau in Schöneberg im öffentlichen Interesse und angesichts der thatsächlichen Verhältnisse auf dem Gebiet der Gemeindeverwaltung, der Kanalisation, der Schulen, der Verkehrs-Einrichtungen, der Polizei usw. für dringend geboten hält, ersuchen dieselben den Magistrat, diese Vereinigung bei den zuständigen Staatsbehörden schon im Hinblick auf die von diesen früher gemachten Zugeständnisse durch persönliche Vorstellungen weiter zu verfolgen.“ Eine recht lebhaft debattirte ferner die Aufgabe der Stadtv. Haase und Genossen über die Ausübung der Fleischbeschau seitens der Stadt und die Erbauung eines Schlachthaus. Der Bürgermeister erklärte, daß der Magistrat nach passendem Terrain Anschau gehalten, jedoch nichts gefunden habe. Außerdem sei die Stadt augenblicklich mit so wichtigen Projekten, wie Krankenhaus u. dergleichen, beschäftigt, daß sich die Hinausschiebung des Baues empfehle. Zur Frage der Fleischbeschau bemerkte er, daß diese nur durch den Bau eines Schlachthaus und Erlass eines entsprechenden Ortsstatuts in städtische Verwaltung kommen könnte. Recht bezeichnend für den entgegengeetzten Standpunkt mancher Herren war eine allen Ernstes gethane Aeußerung des Stadtv. Sal. Fröhlich: „Die Errichtung eines Krankenhauses bringt Nichts ein!“

Vom Uebermut der Hausagrarien. In Rüdersdorf haben die Hausbesitzer bekanntlich beschlossen, an ausständige Maurer keine Wohnungen zu vermieten. Dazu äußern sich die Maurer in einem „Eingekund“ im „Lokal.“: „Wenn wir keine Wohnung mehr bekommen, so wohnen wir eben im Freien, denn es geht zum Sommer, und zum Winter laufen wir um Schloß Seebad, bauen es aus (denn wir haben ja Zeit genug und gründen eine Maurerkolonie. Wir haben also durchaus keinen Grund zu Befürchtungen und wünschen den Hausbesitzern viel Glück zu ihrem Vorkott.“

Die starke Regierung. Aus Eberswalde wird berichtet: Die Wahl des Stadtrats Lautenschläger zum Weigeordneten ist von der Regierung nicht bestätigt worden. Herr Lautenschläger ist seit längerer Zeit Stadtrat und seit dem vorigen Jahr Ehrenbürger der Stadt. Er hat unter den hiesigen Mitgliedern der freisinnigen Volkspartei eine führende Rolle gespielt.

Vermischtes.

Zum Königer Morde. Die Staatsanwaltschaft hat auf die Ermittlung des Mörders eine Belohnung von 700 M. ausgesetzt und die Polizeiverwaltung hat die zuerst ausgelegte auf 1000 M. erhöht. Die Hanssuchungen werden fortgesetzt, so fand am 21. März eine solche bei dem Kantor der jüdischen Gemeinde statt. Nach einer dem Grabender „Geselligen“ zugegangenen telegraphischen Meldung ist im Menschke, in dem der erste Fund von Leidentheilen gemacht wurde, ein Oberjunker in der Nähe der Synagoge gefunden worden.

Feuersbrünste. Aus Lemberg wird gemeldet: In Kolbaszowa brach auf dem Ringplatz ein Brand aus, welcher infolge des herrschenden Sturmwindes rasch um sich griff und etwa 200 Gebäude, darunter die Schule, das Bilariat und das Katasterbureau einäscherte. Die Alten dieses Bureau wurden gerettet. Es sind 600 Familien brot- und obdachlos geworden. — In Cieszano w brach, während die Feuerwehr in einem Nachbarort beschäftigt war, ein Brand aus, welcher zehn Häuser, darunter das Postgebäude und die Apotheke zerstörte. Bei beiden Bränden beteiligte sich das Militär in hervorragender Weise bei den Rettungsarbeiten.

Adelaide und Sibyl sind, wie aus Melbourne telegraphiert wird, als pestverleucht erklärt worden.

Marktpreise von Berlin am 21. März 1900
nach Ermittlungen des Hl. Polizeipräsidiums.

*) Weizen	D.-M.	15.10	14.-	Schweinefleisch 1 kg	1.60	1.10
*) Roggen	-	14.20	13.70	Rothfleisch	1.60	1.-
*) Futterweizen	-	14.-	13.-	Dammfleisch	1.60	1.-
*) Hafer gut	-	15.-	14.30	Butter	2.60	2.-
*) mittel	-	14.20	13.50	Eier 60 Stk	4.-	2.50
*) gering	-	13.40	12.80	Karpfen 1 kg	2.20	1.20
*) Nichtstroh	-	4.50	4.-	Kale	3.-	1.-
*) Heu	-	7.-	4.10	Hamber	2.50	1.-
*) Heulien	-	40.-	25.-	Lechte	1.80	1.-
*) Zweischöpfung	-	65.-	25.-	Lechte	1.80	0.80
*) Rindfleisch	-	70.-	30.-	Lechte	2.80	1.20
*) Kalbfleisch, neu	-	7.-	5.-	Lechte	1.20	0.80
*) Kalbfleisch, alte 1 kg	-	1.00	1.20	Krebse per Schof	12.-	4.-
*) ta. Band	-	1.20	1.-			

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammern — Notierungsstelle — und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppelcentner.
†) Kleinhandelspreise.

Bruttoerwartung vom 22. März Getreide. Die Tendenz des heutigen Getreidemarkts war im allgemeinen unentschieden. Am Frühmarkt neigte Weizen zur Abwärtsbewegung auf schwächere Preisnotierungen in New York und Chicago, während Roggen unter dem Einfluß des eingetretenen Schneesturms und der Weidungen über Nachschiffe eher eine Kleinigkeit fester war. Das Angebot in effektiver Waare trat etwas weniger bringlich hervor, auch war mehr Nachfrage vorhanden. Der Mittagsmarkt verlief sehr ruhig bei behaupteten Preisnotierungen. Durchsichtlich war Weizen unverändert, Roggen eine Kleinigkeit fester. Am Nachmarkt war das Geschäft sehr klein. Weizenmehl war überhaupt nicht gefragt; Roggenmehl wurde 0.65 M. besser bezahlt, Hafer verkehrte in schwacher Haltung. Rüböl behauptete seine gestrigen hohen Preise.

Spiritus loco 70er 48.00 M. Umsatz circa 10 000 Liter.
Papierfabrikate. Feuchte Kartoffelstärke 10.50 M. In reine Kartoffelstärke bisponibel und März 19.75 M. April-Mai 20.-20.25 M. Ab-sollende prima Qualität Stärke und Mehl bisponibel 17.50-18.50 M. per 100 Kilogramm.

Eier-Vericht vom 22. März. Normale Eier je nach Qualität von 2.70-3.10 M. per Schof. Ausgezeichnete kleine Ware je nach Qualität von 2.50 bis 2.55 M. per Schof. Kalteier je nach Qualität von 0.90 bis 0.90 M. per Schof. Tendenz: ziemlich fest.

Briefkasten der Redaktion.

W. S. Die preussischen Landtags-Abgeordneten beziehen Diäten in Höhe von 15 M. pro Tag während der ganzen Dauer der Session, auch wenn sie den Sitzungen nicht beiwohnen.

Witterungsübericht vom 22. März 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C.	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C.
Stettin	764	D	5	heiter	1	Haparanda	776	SO	2	bedeckt	-17
Damburg	760	ONO	4	heiter	4	Wetzlar	767	-	3	wolkig	4
Berlin	760	D	3	wolkig	2	Worms	765	O	3	bedeckt	3
Wiesbaden	751	NO	4	bedeckt	3	Wien	748	E	3	bedeckt	5
München	750	ED	3	heiter	5						
Wien	750	ED	3	wolkig	2						

Wetter-Prognose für Freitag, den 23. März 1900.
Ein wenig kälter, teils heiter, teils wolkig bei ziemlich frischen östlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.